

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst-abböler 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postcheckkonto Leipzig Nr. 534 77**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraph-Adresse: **Volkzeitung Leipzig**
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 72206

Inseratenpreise: Die 10gelbte Kolonelle 35 Pf., bei Blankvorschrift 40 Pf., Stellenangebote 10gelb. Kolonelle 25 Pf. Familiennachrichten von Privatpersonen die 10gelb. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 M. Inzerate v. ausw.: die 10gelb. Kolonelle 40 Pf. bei Blankvorschr. 50 Pf., Reklamezeile 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Volkshäuser entgegen

Während sie in Genf schwächen...

Krieg in Arabien

Zwischen Ibn Saud und britischen Mandatsgebieten

SPD London, 6. März.

Die aus Arabien eintreffenden, allerdings widerspruchsvollen Alarmmeldungen über die Zusammenstöße an der Grenze des Irak mit Wahabiten haben in parlamentarischen Kreisen der Arbeiterpartei starke Besorgnisse hervorgerufen. Nach einer Echango-Meldung aus Jerusalem soll der Wahabitenherrscher König Ibn Saud dem Irak und Transjordanien (beides sind britische Mandatsgebiete. Red.) den Krieg erklärt haben. Eine starke Streitmacht von Wahabiten mit modernen Waffen befindet sich im Gebiete von Maan. Sieben Tanks und 22 Flugzeuge seien zum Schutz der Grenze des Transjordanlandes entsandt worden. Man hält es hier, obwohl die Meldung von der Auslösung eines Heiligen Krieges bisher nicht bestätigt ist, für durchaus wahrscheinlich, daß sich ein kostspieliger und überaus schwieriger Krieg zwischen Großbritannien und dem bisherigen Schützling Englands, Ibn Saud, dem König von Hedjas, entwickeln wird. U. a. wird darauf hingewiesen, daß vor zwei Monaten, als die ersten Nachrichten über Strafexpeditionen gegen arabische Stämme in London eintrafen, von amtlicher Seite versichert wurde, diese Aktionen seien im Einverständnis und in Zusammenarbeit mit Ibn Saud unternommen worden. Aus den letzten Nachrichten scheint jedoch hervorzugehen, daß Ibn Saud nicht nur nicht mit den britischen Streitkräften zusammenarbeitet, sondern aufs äußerste darüber erbittert sei, daß britische Aeroplane und Panzerautos, 6 Monate nach der Unterzeichnung der völligen Unabhängigkeit von Ibn Sauds Gebiet, dessen Obrigkeit gebiet verlegt hätten.

Der Daily Herald, der eine Regierungserklärung über die geplanten Maßnahmen der britischen Regierung fordert, weist am Dienstag darauf hin, daß Ibn Saud trotz gewisser religiöser Gegensätze zwischen Wahabiten und Mohammedanern die bestmögliche Zustimmung der gesamten mohammedanischen Welt einschließlich der Millionen Mohammedaner Indiens finden werde.

SPD Berlin, 7. März. (Radio.)

Ibn Saud zieht mit 24 Frauen in den Krieg. Er hat nach den neuesten Meldungen sein Hauptquartier einschließlich Generallstab und Harem in Autos untergebracht. Der königliche Automobilpark besteht aus 8 offenen Geschloßern für den König und sein Gefolge, 2 Touristenwagen mit je 24 Sitzen zum Transport der bewaffneten Begleitmannschaft und den beiden Haremswagen. Die Haremswagen, von denen die englische Presse Abbildungen veröffentlicht, sind völlig geschlossene fensterlose und stoffe Pullmannsalons auf sechsradrigem Fahrgestell mit Inneneinrichtung für je zwölf Frauen. Die Schilderung der Reisegewohnheiten des Araberkönigs bildet vorläufig den Hauptteil der Berichtserstattung über den „heiligen Krieg“.

WTB London, 6. März.

Die Meldung, daß der König Ibn Saud den Wahabitenstämmen an der Grenze des Irak materielle und moralische Hilfe versprochen habe, wird in der Presse viel beachtet. Daily Telegraph bemerkt dazu: Es würde ebenso töricht sein, die Gefahr gering zu schätzen, wie sie zu übertreiben und an einen ersten Konflikt zu glauben. Die Stärke der britischen Truppen im Irak ist allerdings im Laufe der Zeit erheblich vermindert worden. Es sind dort ungefähr 45 Bombenflugzeuge, ein Dutzend Kampfflugzeuge und einige Sektionen Panzerwagen. Wenn aber die Lage bedrohlich werden sollte, würde es leicht sein, Verstärkungen aus Palästina und Ägypten heranzuschicken. Beträchtlich vermehrt wird die Lage von der Daily Mail aufgefaßt, die in Ibn Sauds Erklärung die Verlobung des Heiligen Krieges gegen den Irak erblickt. Dem Blatte zufolge kann der König eine Armee von 300 000 Mann aufstellen.



König Faisal vom Irak

Alle Blätter erinnern daran, daß Ibn Saud von 1917 bis 1924 eine britische Subvention von 5000 Pfund Sterling monatlich erhielt unter der Bedingung, daß er Frieden halte.

„Messe der Konjunktur?“

Das Messamt hat sie im voraus so genannt. Man kann auch nichts dagegen sagen, weil man nicht weiß, ob eine gute oder schlechte Konjunktur gemeint war. Wie wir schon im ersten vorläufigen Messbericht sagten, berechtigt die Zahl der Messgäste allein noch nicht zu einem Urteil über den Erfolg der Veranstaltung. Und gerade diesmal kamen besonders viele Unbeteiligte aus dem 200-Kilometer-Umkreis Leipzigs, die sich bei strahlendem Frühlingswetter auch einmal in den Trubel gleiten lassen wollten.

Unbestritten gut war dadurch die Konjunktur für das einheimische Gastwirts- und Vergnügungsgewerbe. Doch darüber hinaus ist ein ganz genau umrissenes Bild nicht einheitlich zu geben.

Der Abstieg beginnt... Noch immer bilden die Aufträge des provinziellen mittleren und kleinen Einzelhandels den Rumpf des Messeauftragsbestandes. Wie sieht es mit ihnen aus? Die Läger sind ausverkauft, geräumt in der letzten Hochflut einer guten deutschen Inlandskonjunktur. Ist daraus zu schließen, daß sie wieder voll aufgefüllt werden müssen? Das könnte man erwarten, wenn sich nicht der „Abstieg“, der dem Konjunkturhochstand immer in natürlicher Reihenfolge an den Fersen hängt, inzwischen eingetreten wäre. Die Kaufkraft sinkt, die Preise ziehen an. Einige wichtige Rohstoffe sind schon gesteigert worden, die Löhne sind ihnen nicht gefolgt. Es kriecht unter den Arbeitern. Das „Ideal der Arbeitsgemeinschaft“ ist ferner als je. Große Arbeitskämpfe sind ausgebrochen, noch größere können jeden Tag kommen. Und im Hintergrund lauern wieder die Gespenster der Massenarbeitslosigkeit, die nur darauf warten, den Zustand von 1926 wiederherstellen zu helfen.

Kann ein Geschäftsmann unter diesen Verhältnissen sicher disponieren? Falls der Einzelhändler überhaupt eine Sicherheit hat, dann kann es nur die sein, daß die schönen Tage vorüber sind, in denen er kaum das nötige Verkaufspersonal austreiben konnte. Es müßte schon ein dummes Kaufmann sein, der unter solchen Umständen große Bestellungen aufgibt; die Mehrzahl kauft nur das, was sie unbedingt braucht und läßt sich von den wieder sehr viel günstigeren Zahlungsbedingungen nicht verleiten, unvorsichtig zu disponieren. So etwas nennt die bürgerliche Presse dann, weil sie nicht in den Ruf des Messmachers kommen will, „vorsichtige Bedarfsdeckung“. Also Messe der vorsichtigen Bedarfsdeckung? Warum wollen wir umschreiben? Bleiben wir bei den Worten des Messamtes, und stellen wir ergänzend fest: Es war eine Messe der absteigenden Konjunktur!

Eine Reihe abfahrender Ursachen wirkt zusammen, deren wichtigste wir noch einmal aufzählen wollen: Sinken der Kaufkraft, Besorren von produktions einschränkenden Arbeitskämpfen, Abstoppen der Kredite. Wie wirkt sich das im einzelnen aus? Beginnen wir mit der Betrachtung der Schwerindustrie, die fälschlich als bereits durchrationalisiert bezeichnet wird. Wir geben ihr keinen neuen Tip damit, wenn wir in diesem Zusammenhange einmal feststellen, daß von fertiger Rationalisierung, soweit sie durch Maschinen erreicht werden kann, nicht gesprochen werden darf; denn sie weiß das selbst mindestens ebenso gut wie wir. Nur die Arbeitskraft, deren steigende Ausnutzung durch organisatorische Maßnahmen ohne nennenswerte Kosten erreicht werden kann, ist durchrationalisiert. Trotzdem wurden große Produktionsmaschinen kaum gekauft. Zum Teil wurden die, die man schon aus früheren Messen sehen konnte, in richtiger Würdigung der Geschäftslage gar nicht erst wieder hingeschickt. Es herrschten kleinere Spezialmaschinen, die sich der Mittelfabrikant kaufen kann. Ganz neue Modelle waren vorhanden und diese wurden heftig gefragt. Aussicht auf Abschlässe besteht. Dagegen stockte das Geschäft schon bei kleinen Maschinen, die — ebenfalls zum großen Teil ganz neuartig — für Handwerksbetriebe berechnet sind.

Auf der ganzen Technischen Messe wurde fernerhin, soweit man sich ein umfassendes Urteil bilden kann, hauptsächlich dort gekauft, wo kleine arbeitserleichternde Apparaturen zu finden waren, z. B. maschinelle Einrichtungen zum Abschleifen von Polierflächen, selbsttätige Rifenheber ohne großen Motor, kleine elektrische Hobelbänke und ähnliche Dinge, die in dieser Richtung liegen. Außerdem fanden Baummaschinen großes Interesse, in allererster Reihe Straßenbaumaschinen, wie sie hauptsächlich aus Amerika kommen.

Und die Mustermesse? Natürlich machte sich hier die Zurückhaltung genau so bemerkbar. Das einzige, was in fast unbeschränkter Menge gekauft wurde, waren Modeartikel. Nicht etwa Anzüge, Kleider, Mäntel, sondern kleine Ausstattungsgegenstände, wie Kragen, Schlipse, pseudo-elegante Unterwäsche, kunstseidene Strümpfe usw. Ist das ein Zeichen für den zunehmenden Wohlstand der breiten Massen? Nein, im Gegenteil: Man nimmt einen Teil für das Ganze, begnügt sich mit Rinkertischen, wo ein solcher Grundbestand selbstverständlich wäre, ist mit der Dachkammer zufrieden, wenn man den Polast erbaut hat.

Das Geschäft der restlichen Branchen entspricht genau dem Bild, das wir ansfangs gezeichnet haben: „Vorsichtige Bedarfs-“

Das neue polnische Parlament Die Niederlage der Rechtsparteien

OE. Warschau, 6. März.

Die endgültigen Wahlergebnisse ergeben folgenden Ausblick: Im Sejm wird die Regierung 134 Stimmen haben, nämlich die 128 ihrer Liste 1, 5 Stimmen der Nationalen Arbeiterpartei und die 2 der westpolnischen Union. Demgegenüber erreicht die Rechtsopposition nur 80 Stimmen (katholisch-nationaler Block 37, Plozt und christliche Demokraten 34, Rechtsflügel der Nationalen Arbeiterpartei 9). Auf der Linken führt die Sozialdemokratie mit 63, danach folgt Wyzwolenie (36) und Dombitigruppe (25). Die Konstellation zeigt, daß der Regierungsblok mit den Linksparteien eine Mehrheit hat, jedoch gegen die Sozialisten nichts ausrichten kann. Der Minderheitenblock hat 66 Mandate erfochten und würde mit den anderen nichtpolnischen Gruppen zusammen 70 Stimmen haben. Es erscheint jedoch zweifelhaft, ob die Weichrußen und Ukrainer überhaupt am Sejm teilnehmen werden, da sie wegen der Wahlbeeinflussung und Wahlmissbräuche in den Ostmarken so erbittert sind, daß sie möglichsterweise den Sejm ganz boykottieren werden. Sie erklären den Stimmengewinn der Regierungsliste in bezug auf etwa 40 Mandate als „gemachte Wahlen“. Die Kommunisten sind nicht stark vertreten, da ihre Listen zum Teil verboten wurden. Die Deutschen haben dank reger Wahlbeteiligung 15 Mandate.

Die heutige Warschauer Presse bespricht vor allem den „unerwartet weitgehenden Zusammenbruch“ der ehemals stärksten Gruppen, die sich um die Nationaldemokraten scharten. Die Nationaldemokraten und ihre Mitglieder zählten bei der Auflösung des alten Sejm noch über 200 Stimmen, jetzt haben sie kaum 90 Mandate erlangt. Das zweite Hauptergebnis ist der große Erfolg der Regierungsliste. Der regierungsfreundliche Kurzer Voran nennt das Wahlergebnis einen Sieg der Popularität Pilsudskis über das Parteiwesen. Der Regierungsblok hatte aber von Anfang an dadurch einen großen Vorsprung vor allen andern Gruppen, daß er höchste behördliche Unterstützung fand und große Mittel zu einer erblühenden Propaganda auszuheben konnte. Der sozialistische Robotnik begrüßt den Stimmen-

gewinn der Sozialisten, die von 41 auf 63 Mandate gekommen sind. Die rechtsstehende Gazeta Warszawska beklagt das Wahlergebnis und sieht den Grund in der Zersplitterung der Rechtsparteien.

WTB Danzig, 6. März.

Die am 2. März paraphierte Vereinbarung zwischen Danzig und Polen über die Eisenbahnerfrage ist heute von den Vertretern beider Regierungen unterzeichnet worden.

Einig mit Ungarn

Geheime Rüstungen vom Völkerbund gebildet

SPD Genf, 6. März.

Die Delegierten der fünf im Völkerbundrat vertretenen Großmächte kamen am Dienstagnachmittag zu einer „privaten“ Besprechung zusammen. Sie beschäftigten sich insbesondere mit dem italienisch-ungarischen Waffenstillstand. Man kam nach Einigkeit in die von Ungarn überreichten Dokumente und Protokolle über den Vorkfall bei St. Gotthard zu der Ueberzeugung, daß für eine Investigation eine Notwendigkeit nicht vorliegt. In einer geheimen Sitzung des Rates soll am Mittwoch ein Komitee aus drei Delegierten unbeteiligter Staaten gewählt werden, das eine Entscheidung darüber herbeiführen soll, ob man sich mit einer direkten Behandlung des Streitfalles in Genf begnügen oder eine zivile Kommission nach St. Gotthard zu dem Zweck, nähere Feststellungen an Ort und Stelle zu machen, entsenden soll.

Im Verlauf der Aussprache wurde von Chamberlain u. a. auch der polnisch-italienische Konflikt zur Sprache gebracht. Die Angelegenheit soll jedoch erst näher erörtert werden, wenn der aus Rom angeforderte Bericht in Genf eingetroffen ist. Ist er nicht zufriedenstellend, so wird der Rat wahrscheinlich einen Vermittler zu den direkten Verhandlungen nach Königsberg entsenden. Mit der Rote Kollegas an Frankreich beschäftigte sich der Rat nicht.

Neue Erfolge der Arbeiterpartei

SPD London, 6. März.

Die ersten Ergebnisse der in dieser Woche in einem Teil Großbritanniens stattfindenden Grasschaftswahlen zeigen starke Gewinne der Arbeiterpartei. Insbesondere in Wales werden Siege der Arbeiterpartei über die bürgerlichen und unabhängigen Kandidaten gemeldet.

bedung". Noch keine Nachkriegsmesse zeigte so wenig Reue wie diese. Man spezialisiert sich auf leicht verkäufliche alte Fabrikate, verbessert sie hier und da ein bisschen und wartet auf bessere Zeiten, in denen wieder jeder Ramsch verkauft werden kann, nur weil er neu ist.

Damit wäre das Wichtigste über die Frühjahrsmesse 1928 gesagt. Wie jede vorhergehende, gab sie einen Ausblick frei auf die kommende Entwicklung der Konjunkturverhältnisse innerhalb der deutschen Wirtschaft. Aber noch eines müssen wir nachtragen, damit unser Bild nicht unvollständig bleibt: das Ausland scheint diesmal nicht so sehr durch Schlechte wie durch Kaufleute vertreten gewesen zu sein. England vor allen Dingen trat mit einer größeren Anzahl von Einkäufern auf den Plan. Ueber die Abschlüsse, die für die britische Insel und auch für die übrigen Teile des Imperiums bestimmt sein sollen, hat man noch nichts gehört. Die Einkäuferstadt der Vereinigten Staaten bleibt der Qualität nach hinter früheren Messen zurück; dafür war eine größere Menge in- und ausländischer Exporthändler an der Arbeit. Frankreich und Italien fragten, aber kauften nicht. Die Randstaaten scheinen im üblichen Rahmen geblieben zu sein. England beginnt also zu kaufen. Das ist eine Neuerung, die ihrer Wichtigkeit entsprechend verzeichnet werden muß. Und so fügt sich unserem Konjunktur- bild, das wir auf Grund des Verkaufs der Messe in großen Umrißen gezeichnet haben, noch ein wesentlicher Zug ein: das Exportgeschäft und die spezielle Exportproduktion werden sich etwas beleben.

Keinesfalls aber kann dieser Zuwachs an Aufträgen aus dem Auslande die abgeflaute übermäßige Inlandskonjunktur des vergangenen Jahres ausgleichen. Nur ein Bruchteil des Auftragsausfalles kann von dieser Seite wettgemacht werden. Sinkender Auftragsbestand bedeutet sinkende Produktion und steigende Erwerbslosigkeit. Jahrelanger Lohndruck macht sich noch in der Auslieferung der Konjunktur durch Lohnkämpfe bemerkbar. Schon wieder wittert man in wichtigen Bezirken der Grundindustrien, nachdem gerade erst hartnäckige Arbeitskämpfe diktatorisch und sicher nicht auf lange Dauer beigelegt worden sind. Der Konjunkturabstieg setzt die Arbeiterbewegung für die kommenden Kämpfe weiter in Nachteil, und die Schraube der sinkenden Kaufkraft dreht sich wieder endlos. Müßen wir alles ausprechen, was sich daraus für die nächsten Monate ergibt? Jeder Arbeiter kann sich auf Grund seiner Erfahrungen und Überlegungen diese Fragen selbst beantworten. Und zur nächsten Messe im Herbst 1928 werden wir sehen, daß sich Konjunkturtiefpunkte im Zeitraume kapitalistischer Ueberproduktion und schärfster Weltmarktkonkurrenz nicht so leicht überwinden lassen, wie die Konjunkturgipfel.

Um das Notprogramm

Schwierigkeiten bei der Vorbereitung

Bei der Vorbereitung des Arbeitsprogramms im Reichsrat haben sich, wie die Deutsche Allgemeine Zeitung meldet, gewisse Schwierigkeiten herausgestellt. Die Vorlagen über das Gewerbesteuerkontingent und über die Rentenbankkredite sind zurückgestellt worden. Was die Verteilung der landwirtschaftlichen Mittel anlangt, so waren bereits Bedenken des Zentrums gegen eine Veranschlagung der Preußenklasse durch Bevorzugung der Rentenbankkreditanstalt geltend gemacht worden. Bedenken der Länder, und zwar nicht nur Preußens, gegen die Zentralisierung der Agrarkredite sind hinzugekommen. Man wandte sich gegen die Erweiterung der Kompetenzen der Rentenbankkreditanstalt, die sich bisher auf langfristige Realcredite beschränkt hat und jetzt auch die Ausgabe von kurzfristigen Personalcredits erhalten soll. Auch in der Frage des Personalcredits bestehen Schwierigkeiten. Die Bedenken des Zentrums sollen zwar, wie gemeldet, durch direkte Verhandlungen zwischen Deutschnationalen und Zentrum ausgeräumt sein; das würde aber ein Abstoßbeiden der Deutschen Volkspartei nach sich ziehen. Der Personalcredit unterliegt gegenwärtig der Nachprüfung des Sparausschusses.

Hergt gegen die Ehescheidungsreform

SPD Im Rechtsausschuß des Reichstages, der am Dienstag in die Spezialberatung der Ehescheidungsreform eintrat, wiederholten Deutschnationale und Zentrum ihre Verschleppungsversuche. Sie wurden diesmal von dem Reichsjustizminister unterbrochen. Er erklärte, namens der Reichsregierung, daß die Ehescheidungsreform nicht zum Notprogramm gehöre und daher nicht mehr erledigt werden könne, daß sogar die Behandlung dieser Frage geeignet sei, die Erledigung des Notprogramms zu fördern. Die Mehrheit des Ausschusses beschloß jedoch, in die sachliche Beratung einzutreten. Die Verhandlungen werden Mitte nächster Woche fortgesetzt.

Die Hilfsgruppen der Deutschnationalen

Die Tafel-Union meldet: Die erste ordentliche Vertreterversammlung der christlich-nationalen Bauernpartei, die in Weimar stattfand, wählte zum vorläufigen Vorsitzenden der Partei den Landtagsabgeordneten Baum-Kaufmann. Der Sitz der Parteileitung befindet sich in Weimar. Entsprechend der außerordentlich günstigen Aufnahme, die die Gründung der Partei am 17. Februar in Berlin unter den Bauern aus allen Teilen des Reiches bisher gefunden hat, wurde beschlossen, in allen Wahlkreisen des Reiches Listen für die Reichstagswahlen aufzustellen.

Der Reichstagsabgeordnete und Präsident des Reichs-Landbundes Hepp ist aus der Deutschen Volkspartei und aus der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ausgeschieden, um im Wahlkreis Bielefeld-Kassau für die neu gegründete Christlich-Nationale Bauernpartei die Spitzenkandidatur für die kommenden Reichstagswahlen anzunehmen.

Die Bank rettet ihre Russencredite

SPD Paris, 6. März. In der Kammer wurde am Dienstag über die Amortisation der von der Bank von Frankreich zu Rechnung des französischen Staates während des Krieges Rußland gewährten Kredite verhandelt. Der sozialistische Abg. Baron wies darauf hin, daß diese Gelder auch zur Subventionierung von Denikin und Kalkoff verwendet worden seien. Das wurde jedoch von der Regierung bestritten. Uziol forderte im Namen der sozialistischen Fraktion, daß die Revision der Vorlage bis zu einer allgemeinen Regelung des Verhältnisses zwischen der Bank von Frankreich und dem Staate verlagert werde. Unter Stellung der Vertrauensfrage lehnte Poincaré eine Vertragung ab, da die Amortisation dieser 6 Milliarden Franken zu den Voraussetzungen der geschehenen Stabilisierung in Frankreich gehöre. Die Kammer genehmigte darauf das Gesetz unverändert.

Die Revolte unter den Kommunisten

Eine dritte kommunistische Partei

„Leninbund“

Die Spaltung in der kommunistischen Bewegung macht weitere Fortschritte. Seit dem unter der Führung der von Stalin geduldeten Zentrale alle Führer der linken Opposition aus der Partei ausgeschlossen worden sind, gelangt es der KPD zwar wieder, essen- lange Resolutionen und Beschlüsse einmütig zu fassen, aber die Arbeiteropposition ist dennoch nicht tot. In dem ehemaligen Organ der KPD, dem Volkswillen in Suhi, hat sie sich seit dem 1. Januar dieses Jahres ein Reichsorgan geschaffen. Will die Opposition nicht zur politischen Ohnmacht verurteilt sein, dann muß sie zu einer organisatorischen Zusammenfassung ihrer Kräfte über das ganze Reich hinwegkommen. Diesen Schritt haben die linken Kommunisten unter der Führung des Hamburger Oktoberrevolutionärs Urbahns am letzten Sonntag getan. Auf einer Reichskonferenz in Berlin wurde nach einem politischen Referat, das Gustav Mayer, Berlin, hielt, die Gründung eines Leninbundes beschlossen. In dem Referat wurde mit besonderer Betonung unterstrichen, daß die linken Kommunisten die „pseudoradikale Behauptung“, Sowjetrußland sei ein „gewöhnlicher bürgerlicher Staat“, kategorisch ablehnen. Nach ihrer Auffassung „entwickeln sich in den letzten Jahren die kapitalistischen Elemente in Rußland dank der relativen Stabilisierung des Kapitalismus im internationalen Maßstab und dank des von der Komintern eingeschlagenen Kurzes schneller als die „sozialistischen“. Trotzdem sei „eine proletarische Diktatur in Rußland noch vorhanden“. Statt der linken Gesetze, die in Rußland jetzt von ein- papierernen Unionsgesetzen und einer verzerrten Spaltungsoffen- sive gegen alle revolutionären Elemente begleitet werde, sei eine radikale Aenderung des Kurzes, der von der Wurzel auf falsch sei, notwendig.

Für diese Kursänderung in Sowjetrußland und in der Kom- munistischen Internationale wollen die linken Kommunisten durch die Gründung des Leninbundes arbeiten. In einem Aufsatze sagen sie, daß der Leninbund keine neue Partei sein und auch kein neues Programm aufstellen will. Mitglieder können alle Kom- munisten werden, die ausgeschlossen worden sind und die noch der KPD angehören, soweit sie auf dem Boden Lenins stehen, die grundlegenden Beschlüsse der bisherigen 5 kommunistischen Welt- kongresse anerkennen und für die Wiedervereinigung aller Kom- munisten in Deutschland und in der kommunistischen Internationale kämpfen. In den angenommenen Statuten wird weiter gesagt, daß dieser Bund international mit allen Gruppen zusammen- arbeitet, die auf dem Boden des Leninismus stehen und für die Beseitigung des Stalinturmes und für die Wiederherstellung der alten Leninischen Internationale kämpfen. Ausdrücklich grenzen sich die linken Kommunisten gegen die Kommu- nistische Arbeiterpartei ab. In dem Aufruf werden dann noch die größten Fehler der kommunistischen Politik der letzten Jahre auf- gezählt. Es heißt da:

Die Entwicklung in der von Lenin gegründeten kommunistischen Internationale und in der KPD hat in den letzten Jahren ein er- schreckendes Ueberwiegen des Opportunismus und des Revisionismus zutage gebracht. Mit der Stärkung der indes nur verhältnismäßig und zeitweiligen Stabilisierung des Kapitalismus sind innerhalb der KPD ebenfalls faule, rechte, opportunistische, revisionistische und liquidatorische Stimmungen gewachsen. Der allgemeine falsche opportunistische Kurs der heutigen Führung der kommunistischen Internationale führte zu einer Reihe schwerer Niederlagen des Proletariats, oder begün- stigte solche Niederlagen; so war es in England, in China, in Deutschland. Der Einfluß der offenen Refor- misten wuchs, was sich besonders auch in Deutschland im Ver- lauf der letzten Monate mit erschreckender Deutlichkeit zeigte. . .

Nebensächliches aus Genf

SPD Genf, 6. März.

In der Dienstag-Sitzung des Völkerbundesrates nahm man Kenntnis von den Arbeiten der Wirtschaftskommission und setzte als Datum der nächsten Tagung dieser Kommission für die Be- ratung der aus dem Artikel 16 folgenden wirtschaftlichen San- ktionen den 14. Mai fest. Dann wandte sich der Rat dem Stand der Ratifikationen der Völkerbundskonventionen zu. Hier gab es zum Teil sehr scharfe Vorwürfe und Bemerkungen. Chamberlain forderte, daß keine neue Konvention entworfen würde, ehe die schon vereinbarten die zur Verwirklichung nötige Anzahl von Ratifizie- rungen erreicht hätten. Rumänien, Japan, die Niederlande und Deutschland kündigten daraufhin die baldige Ratifikation der Opiumphandelskonvention an. Beschlossen wurde, die Frage der Ratifikation im allgemeinen auf die Tagung der nächsten Rats- session zu legen. Unter Hinzuziehung eines Vertreters der Schweiz wurde schließlich noch der Neubau des Völkerbundpalastes be- raten. Da Briand verschiedene Änderungen in den Plänen der Architekten verlangte, wurde die Entscheidung vertagt.

Eine Resolution wird gefaßt

SPD Genf, 6. März.

Die Sicherheitskommission hat auch am Dienstag ihre Arbeiten nicht beendet. Optimisten behaupten, daß sie am Mittwoch fertig würde. Lange juristische Diskussionen liegen durchblicken, daß den Musterverträgen eine schnelle Annahme von vielen Staaten kaum beschieden sein wird. Man genehmigte einen Mustervertrag für „gegenseitige Unterstützung“, wie er auf Wunsch von Deutschland, England und Holland genannt wurde. Ferner wurde eine Resolution für die friedliche Beilegung aller Konflikte gefaßt.

Russischer Wunsch

SPD Genf, 6. März.

In Völkerbundssekretariat ist ein Telegramm von Litwinow, dem Präsidenten der russischen Abbrüstungsdelegation, eingelaufen, in dem gewünscht wird, daß die Türkei bei den Verhandlungen der Vorbereitenden Abbrüstungskommission am 15. März hinzugezogen wird. Der Rat wird über diesen Vorschlag noch beschließen.

Schon fast vergessen!

TU Rom, 6. März.

Im Amtsblatt wird ein gesetzlicher Erlaß veröffentlicht nach dem die am 16. Oktober 1925 in Locarno unterzeichneten Ver- träge zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien ratifiziert wurden.

In China hat das Bündnis mit der chinesischen Bourgeoisie und den Generälen Tschiantaisch, Fong, Tui, Sinag, mit der ganzen Kuomintang die schwerste Nieder- lage der chinesischen Revolution und damit auch des internationalen Proletariats herbeigeführt. . .

In der Sowjetunion wurde seit zwei Jahren, wie selbst in wichtigen Artikeln der Prawda unter dem Druck der Verhält- nisse zugegeben werden mußte, eine Gesetzgebung auf dem flachen Lande betrieben, welche die Kulakenwirtschaften unerträglich benutzte, die Wege zum Kapitalismus im Dorf ebnete und in jähzornigem Gegenjaß zu allen leninistischen Lehren, sowie zur Sowjetverfassung steht.

Nicht besser war die Außenpolitik in diesen Jahren. An- näherung an den Völkerbund, pazifistische Reden vor den größten kapitalistischen Mäusern in Genf, die Bereitschaft zu großen Kon- zessionen auf dem Gebiete der Bezahlung von Zarenschulden — das sind kennzeichnende Momente der Außenpolitik der gegenwärtigen Führung der russischen Partei.

Und zu diesem allgemeinen falschen Kurs kam der organisa- torische Kurs der derzeitigen Führung, der Kurs auf die Spaltung der kommunistischen Parteien, auf die Hinandrängung der linken Elemente, der leninistischen Opposition.

Die sichtbarste und bisher drohendste Station auf diesem Wege, der zur Liquidation der kommunistischen Bewegung führen kann, wenn er nicht verlegt wird, ist die Verbannung der rus- sischen Oppositionellen durch die Stalinische Mehrheit, eine Aktion, die das Ueberleben des Kommunismus in der ganzen Welt auf das schwerste gefährdet hat, eine Aktion, welche die Billigung der reaktionärsten Bourgeoisie findet, eine Aktion, welche dem Stalin von dieser Seite das Lob eines großen Staatsmannes einträgt.

Dieser Urteil über die kommunistische Politik kommt aus dem Munde von Kommunisten. Erklärt werden diese Fehler aus dem Ueberwiegen des Opportunismus und des Revi- sionismus in der jetzigen KPD und in der Komintern erklärt.

Die Reichskonferenz und besonders die Gründung des Lenin- bundes sollen den linken Oppositionsführern ihren Einfluß auf die Arbeiter wieder vernehmen. So rechtfertigen sie diese Gründung dann noch damit, daß sie hoffen, durch sie das Abströmen kommu- nistischer Arbeitermassen zur SPD zu verhindern. Diese Hoffnung wird sicher zu schanden werden, wenn die Sozialdemokratische Partei in den kommenden Kämpfen wieder mit aller Energie die proleta- rischen Interessen wahrnimmt. Und da die KPD ihren Mit- gliedern verbietet wird, gleichzeitig dem Leninbund anzugehören, da weiter der politische Kampf wenig Aussicht auf eine erfolgreiche politische Wirksamkeit nach dem Rezept der linken Kommunisten bietet, dürfte sie mit ihrer Gründung nicht den gewünschten Zweck erreichen. Aber die Arbeiterbewegung ist zur Freude ihrer Feinde wieder um eine Spaltungsorganisation reicher.

Los von Moskau!

Eine neue kommunistische Partei in der Tschechoslowakei

J. B. Wir haben bereits berichtet, daß die Absicht des Vol- burcaus, einige ehemals kommunistische Führer der Brüner Ge- werkschaftsbewegung, wegen „Angehörigkeit“ auszuschließen, auf Schwierigkeiten gestoßen ist. Nunmehr hat sich die kommunistische Opposition in Brünn bereits fest organisiert. In einer am 2. März stattgefundenen Vertrauensmännerversammlung nahmen über 100 Ver- treter aus Brünn und den umliegenden Bezirken teil, in welcher die Gründung einer oppositionellen KPC und die Herausgabe eines besonderen Tagblattes Ruda Kowost (Rote Gleichheit) beschlossen wurde. Dr. Ceer, einer der Ausführenden, erklärte, daß die Aufgabe der Kowost, des Brüner Organs der KPC auf 3000 ge- sunken sei, wobei sie nicht einmal veräußert werden.

Die letzten Wahlergebnisse der Gemeindevahlen beweisen übrigens überall einen starken Rückgang der Kommunisten.

Spanien und der Völkerbund

SPD Paris, 7. März. (Radio.)

Nach dem Petit Parisien will der Völkerbundsrat auf An- trag Briands ein offizielles Schreiben an Spanien richten, um der spanischen Regierung unter Hinweis auf die Demission Spaniens aus dem Bunde, die im Dezember dieses Jahres endgültig werden soll, sein tiefstes Bedauern über diesen Schritt auszusprechen. Der Petit Parisien glaubt zu wissen, daß Spanien daraufhin seinen Eintritt wieder anmelde werden, was um so leichter fallen dürfte, als nun gerade die Tanagerverhandlungen zu einem befriedigenden Abschluß gelangt seien.

Politische Amnestie in Ungarn

(Ung.) Aus Anlaß der achten Jahreswende, seitdem Nikolaus v. Horvath der Reichsverweser Ungarns ist, hat dieser am 2. März dieses Jahres Amnestie verlinken lassen als dem, „wie es in der Verkaufbarung heißt — unter Verhütung gegen die jeden Staatsbürger ohne Ausnahme verpflichtende Wählung und Selbst- disziplin aus politischen Motiven Strafhandlungen begangen haben“. Merkmal dieser Amnestie-Erlasse ist, daß auch in diesem Falle die politischen Emigranten vollständig und die Verurteilten zum größten Teil wieder ausgeschlossen bleiben. Unter solchen Um- ständen kann von der Erreichung dessen, was als Zweck dieser Amnestie angeführt wird: „Schaffung einer leidenschaftslosen, selbstverständlichen und Herbeiführung der sozialen Harmonie“ richtiges Verständnis nicht die Rede sein. Denn die organisierte Ar- beiterbewegung Ungarns wird niemals jener vergessen, die nahezu ihr ganzes Leben in der Arbeiterbewegung verbracht haben, an dieser aber nicht teilnehmen können, weil der Geist des Falles und der Unverständnis, von dem die Regierung den Emigranten gegen- über erfüllt ist, ihnen die Heimkehr unmöglich macht. Als Mindest- maß der Amnestie wäre zu erwarten gewesen, daß man den politi- schen Emigranten und Verurteilten gegenüber wenigstens an- nähernd jenes Maß anwendet, welches selbst die gegenwärtigen Würdigen von jeder Strafe befreit hat.

Nach drei Jahren wurde dieser Tage das Verbot be- treffend den Sitzungsverkehr der Képesza (Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Ungarns) seitens der Regierungsbeförde- rung aufgehoben. Das einzige sozialdemokratische Tagblatt in Ungarn kann somit wieder auf der Straße erscheinen, kopiert werden.

Deutschland wieder ohne König!

Amanullah, der König von Afghanistan, wird Mittwoch- mittag Berlin verlassen nachdem er sich vorher vom Reichsprä- sidenten verabschiedet haben wird. Er fährt zunächst nach Essen. Hernach wird er sich über Paris nach England begeben.

Die Krise im Zentrum

Falschliche Gedankengänge bei Dr. Stegerwald

Dr. Stegerwald bleibt was er ist. Sein Charakterbild schwant nicht in der Geschichte. Er ist der treueste Hüter des Zentrums, an dem Herr Dr. Marx, der Volksgemeinschaftskandidat, seine Freude hat, trotz mancherlei Differenzen, die es zwischen den beiden gegeben haben mag. Darum auch die Feindschaft gegen Dr. Wirth, der immerhin manches durcheinander brachte, wenn gleich auch er als getreuer Sohn der katholischen Kirche nur im Sinne der Erhaltung des Zentrums tätig ist. Aber Dr. Wirth findet keinerlei Gnade vor den Augen der christlichen Gewerkschaftsführer, trotz seiner „linken“ Theorien, trotz seiner Reichsbannerideologien oder vielleicht besser gesagt, eben wegen derselben. Der Freiburger Staatsphilosoph erkennt die Krise der Demokratie, von der, trotz der Festigung der Republik immer mehr gesprochen und gesprochen wird. Er steht in der Entwicklung der „linken“, oder besser gesagt, der sozialen Schichten im politischen Leben, oder marxistisch formuliert, in der Kristallisation der Klassen, die Hauptgefahr. Darum der Kampf gegen das Vordringen der christlichen Gewerkschaften in der Zentrumsarbeit, die Betonung des „wirtschaftlichen Sozialismus“ in den Reden Imbusch u. a., und als Gegenhilfe dazu die Proklamierung des „Primats der Politik“.

Diesen Problemen galt die Rede Dr. Stegerwalds auf der zentralistischen aufgezogenen Kundgebung der christlichen Gewerkschaften, die am vergangenen Sonntag in Duisburg stattgefunden hat und über die wir bereits kurz berichtet haben. Dr. Stegerwald ging von den beiden Gegenpolen aus, die an beiden Enden wittern, um die Grundlagen der Zentrumsarbeit zu erschüttern. Sie verkörpern sich in den deutschnationalen Professor Span, den Sohn des verstorbenen großen Zentrumsführers und Dr. Wirth. Der erstere wolle von der westeuropäischen Demokratie nichts wissen, er wolle, ähnlich wie in England, die Aristokratie verstarren mit der Volks- und Staatsführung betraut wissen. Demgegenüber stehe Dr. Wirth stark unter dem Einfluß der französischen Gedankenwelt, aber der Ursprung und das Wesen der deutschen Demokratie sei ganz anderer Natur:

„Wir müssen, dem deutschen Wesen entsprechend und im Hinblick auf die deutsche Geschichte, von der Korporation her, von der Familie her, vom alten deutschen Genossenschaftsgeist her zum Volksgedanken, zum nationalen Gedanken kommen. Wir haben das parlamentarische Regierungssystem. Im sozialdemokratischen Lager sind Partei und Gewerkschaften eins. Die christlichen Arbeiter wollen keine neue Klassenpartei, sie wollen eine soziale Volkspartei.“

Diese „soziale Volkspartei“ ist das Zentrum der Stegerwald und Marx, das als der „gesellschaftliche Mikrokosmos“ im kleinen alle sozialen Schichten des Volkes in sich schließt. Zwar kämpft, wie aus den Beschlüssen der Duisburger Tagung zu ersehen ist, Herr Dr. Stegerwald für eine Kräftigung der Arbeiterposition in der Zentrumsarbeit, aber damit enthält sich gleichzeitig das eigentliche Wesen seiner Opposition. Er erkennt den Gärungsprozess unter den Arbeitern der Zentrumsarbeit und die Aufgabe Stegerwalds ist darin begründet, diese Strömungen in die richtigen Bahnen zu lenken. Er knüpft an die sozialen Forderungen der christlichen Gewerkschaften an und sucht einige Arbeiterkandidaturen mehr durchzuführen. Das wird ihm von den Instanzen gut und gerne zugestanden. Dann predigt er den Frieden in der Zentrumsarbeit, er war und bleibt Herr Dr. Marx und der katholischen Großindustriellen getreue Opposition. Nebenher trägt er dazu bei, den Dogmatismus Wirths niederzukämpfen, eine Rolle, die den gewissen Mänteln-Clabbader alle Ehre macht. Gerade der Stegerwaldopposition fällt die Aufgabe zu, die Schiffslein des Zentrums zusammenzubalten.

Der Gärungsprozess in den katholischen Arbeitertreihen entwickelte sich im Kampfe um die Befoldungsordnung. Sie ist auch heute in weiten Bevölkerungskreisen noch höchst unpopulär. Die politische Verantwortung dafür trägt Dr. Marx, der als Kanzler des Kabinetts verfassungsmäßig die Linien der Politik zu bestimmen hat. Herr Stegerwald redet noch ebenso radikale Lüge wie zuvor:

„Solange diese Zustände bestehen und solange die mit am schwersten arbeitenden Bergarbeiter nicht einmal ihren Friedenslohn erreichen können, und solange die vor der höllischen Hitze arbeitenden deutschen Hüttenarbeiter noch mit der 12-Stunden-Schicht die längste Arbeitszeit in Europa aufzuweisen haben und die deutsche Wirtschaft die 150 bis 200 Millionen Mark, die zur Verringerung der Dinge in diesen beiden Industrien notwendig wären, angeblich nicht aufzubringen vermag, können 1 1/2 Milliarden Mark für die Erhöhung der Beamtengehälter und Pensionen usw. nicht ausgeworfen werden.“

So also spricht der Mann, der mit den Arbeitern „fühlt und denkt“. Doch das Zentrum hat alle diese Sünden mitgemacht. Aber wer ist der eigentliche Schuldige?

„Nicht ein rechtsgerichteter, sondern ein Zentrumminister, der Mitglied des Reichshofes ist, trägt neben dem Reichstag in erster Linie die Verantwortung für Art und Ausmaß und unsoziale Beförderungen der Beamtenbefoldungsreform.“

Also nicht Dr. Marx, nicht Guérard und Kästner tragen die Schuld, sondern der linksgerichtete Finanzminister Dr. Schäfer, der Reichsbannermann, über dessen Finanzpolitik in diesen Spalten das Notwendige gesagt worden ist. Aus dieser Feststellung ergibt sich unverkennbar und klar, welche Ziele die Opposition unter Stegerwald verfolgt. Ihm soll die katholische Arbeiterchaft dazu dienen, wie schon immer, den rechten Zentrumsflügel stark zu machen. Darum auch seine scharfen Reden gegen das Weimarer Vorkabinett. Das Zentrum hat das Ziel verfolgt, die Beamtenbefoldungsordnung etappenweise durchzuführen.

„Aber dieses Ziel ist in allen Koalitionsparteien lange verhandelt worden, und es wäre auch praktisch erreicht worden, wenn Breußen mitgemacht und nicht die preußische Sozialdemokratie aus agitatorischen Gründen den wilden Mann gespielt hätte.“

Das also ist des Pudels Kern. Die Zentrumsopposition als Kerntruppe im Kampf gegen die Sozialdemokratie. Diese hat sich auch sonst das ärgste Alibi des katholischen Gewerkschaftsdiktors zugeeignet. Während der letzten sechs Jahre habe sich die Sozialdemokratie völlig abseits gestellt, sie habe es dem Zentrum überlassen, den Staatskassen aus dem Dreck zu ziehen. Darum das Wüten gegen den Parlamentarismus, insbesondere im Dr. Wirth'schen Sinne, der praktisch „zu einer parlamentarischen Judenschule“ führen werde.

Schon aus diesen Gedankengängen lugt der falschliche Kern in der Gesamtinstellung Dr. Stegerwalds hervor. Zwar verweist er auf das Übergewicht der Arbeiter, Angestellten und Beamten in der Gesamtbevölkerung. Von den 45 Millionen Wählern gehören diesen Schichten wenigstens 26 Millionen zu. Worin bestehen aber die Aufgaben, die jetzt zu lösen sind, und welches sind die Wege, die jetzt einzuschlagen wären?

„Nachdem der Staat gesichert ist, gilt es, seine wirtschaftliche Grundlagen für das deutsche Volk zu schaffen. Jetzt liegt die große Auseinandersetzung ein zwischen Wirtschaft und Sozialpolitik, jetzt hat die deutsche Staatsführung zu beweisen, ob sie ähnlich wie Hoover in Amerika und Mussolini in Italien, das Wirtschaftsbewußtsein mit dem Volkswußtsein zu verbinden, den Geist der allseitigen Wirtschaftsbewußtheit zu beleben und anzufeuern vermag. Das ist heute mit Herrentumtum, mit Kalkül, aber auch mit Klassenkampfgeist nicht möglich. Dazu ist Arbeitsgemeinschaftswille und Arbeitsgemeinschaftsgestaltung in allen Dingen erforderlich.“

Also „Arbeitsgemeinschaftsgestaltung“ nach den Methoden des Faschismus, im Sinne Mussolinis. Daraus ergeben sich die eigentlichen Ziele dieses Führers der Zentrumsopposition unverkennbar und klar. Das sind die Schlussfolgerungen Stegerwalds aus der „Krise der Demokratie“.

Aus Licht mit Phoebus!

Die Öffentlichkeit verlangt Aufklärung

In den interessierten Kreisen scheint man sich noch immer mit Händen und Füßen gegen die jetzt von allen Seiten geforderte Veröffentlichung des Sämisch-Berichtes über die Phoebus-Affäre zu sträuben. Anscheinend will man mit allen Mitteln verhindern, daß die Öffentlichkeit volle Aufklärung über den Skandal erhält. So berichtet das Berliner Tageblatt folgendes:

„In Kreisen, die sehr eingeweiht sind, wird behauptet, die Reichsregierung, die allmählich zu der Einsicht gelangt, daß die Veröffentlichung des Sämisch-Berichtes auf die Dauer nicht verhindert werden kann, wolle auf den Spar-Kommissar Sämisch einen harlen Druck ausüben, er möge eine nachträgliche Änderung des Berichtes veranlassen. Anscheinend solle dann der so zugesagte Bericht zur Veröffentlichung freigegeben werden. Daß Sämisch ein solches Ansuchen zurückweisen würde, halten wir für selbstverständlich.“

Das B. T. verlangt von der Regierung eine eindeutige Erklärung, daß nicht ein falscher, sondern der unveränderte Originalbericht veröffentlicht wird. Diese Forderung muß mit allem Nachdruck unterstellt werden. Die Öffentlichkeit muß endlich volle Aufklärung erhalten. Das ist um so notwendiger, als auch sonst noch allerhand Gerüchte umherschwirren. So berichten die Zeit-Notizen, daß die Hintermänner Lohmanns und der anderen Beschuldigten in den letzten Tagen versucht haben, auf republikanische Abgeordnete mit „gut vaterländischer Gesinnung“ einzuwirken. Man habe den Abgeordneten vorgeredet, niemand, der gefehlt habe, solle gerechtfertigt werden, aber der Bericht Sämisch führe leider mit genauen Zahlen und Daten sämtliche Geschäfte der Seetransportabteilung auf, und nun sei unglücklicherweise auch die Finanzierung der gesamten Spionage-

abwehr über deren Konten gelaufen. Darum sollten die Abgeordneten einsehen, daß die Veröffentlichung unmöglich erfolgen könne. Dem Einwand, daß man ja diese Dinge nicht zu veröffentlichen brauche, wird mit allen möglichen Ausflüchten zu begegnen versucht.

Nach der Darstellung der M. wird von „ununterrichteter Stelle“ erklärt, daß die Behauptungen in der Fassung, wie sie den Abgeordneten vorgelesen werden, überhaupt unzutreffend seien und nur dazu dienen sollten, die Schuldigen vor Strafe und vor der in diesem Falle mit Recht besonders gefürchteten Regrechpflicht, dem Erfah der „verlorenen“ Beiträge zu bewahren. Gerade deshalb aber muß erst recht unbedingt die Veröffentlichung des Berichtes verlangt werden. Für Mittwoch sind die Fraktionsführer in die Reichskanzlei bestellt worden, wo der Reichskanzler ihnen Mitteilungen über die Phoebus-Angelegenheit machen will. Wie die deutschnationale Pressestelle erklärt, fordern jetzt selbst die Deutschnationalen völlige Klärung der Angelegenheit. Hoffentlich gelingt es jetzt den vereinten Kräften, die Regierung endlich zu bewegen, mit dem Bericht herauszutreten ins Licht der Öffentlichkeit. Sonst müßte im Reichstag noch nachdrücklich nachgeholfen werden.

Die Freunde der Fememörder

Die Reichstagung des Nationalverbandes Deutscher Offiziere in Kassel hat am Dienstag eine Solidaritätserklärung für die Fememörder Schulz und Genossen angenommen. Die im Nationalverband organisierten deutschen Offiziere haben sich damit wieder einmal selbst entehrt und zum Ausdruck gebracht, was Gefassetes Kind sie sind.

Gescheiterte Koalitionsverhandlungen

Aus Bremen berichtet der Soz. Pressedienst: Die seit Dezember vorigen Jahres in Gang befindlichen Verhandlungen zur Neubildung des Bremer Senats sind ergebnislos abgebrochen worden, nachdem die Volkspartei der Sozialdemokratie nicht den ihr zahlenmäßig gebührenden Einfluß auf die Bremer Regierung einräumen wollte. Es ist zur Zeit noch nicht abzusehen, ob jetzt eine kleine Koalition aus Sozialdemokraten und Demokraten zustandekommt oder ob Neuwahlen erforderlich werden.

Das heilige Eigentum

SPD. Paris, 7. März (Radio).

Die Sowjetregierung hat gestern vor dem Pariser Kassationshof einen bedeutenden Prozess verloren. Bei der Beschlagnahme des Privateigentums in Rußland hatte sich die Flotte der Compagnie Kopti, einer gemischten russisch-französischen Gesellschaft, von Odessa nach Marseille geflüchtet und war dort von den französischen Aktionären als französisches Eigentum reklamiert worden. Sofort nach ihrer Erkennung durch die französische Regierung hatten die Sowjets Klage auf Herausgabe dieser Flotte eingeleitet. Sie sind aber jetzt von dem höchsten französischen Gerichtshof abgewiesen worden mit der Begründung, daß die Beschlagnahme zu Unrecht erfolgt sei, weil sie nicht von einer gerechten Entschädigung der Betroffenen begleitet gewesen sei.

Die Belohnung

SPD Paris, 5. März.

Der bisherige Leiter der russischen Handelsvertretung in Frankreich, Pjalafow, der wegen seiner Teilnahme an der Trozki-Opposition gemahnt wurde, kehrt auf seinen Pariser Posten zurück. Er hat inzwischen seine „feindlichen Anschauungen“ widerrufen und um Wiederaufnahme in die kommunistische Partei gebeten.

„Schwert!“

Die Forderung der Samoaner nach Selbstregierung

SPD London, 6. März.

Die 200 wegen Organisation einer Eingeborenen-Polizeitruppe verurteilten Einwohner Samoos haben die ihnen von der britischen Behörde angebotene bedingte Begnadigung abgelehnt. Der Sprecher der Verurteilten teilte der britischen Regierungsbefehle mit, daß die von seinen Großbritanniens gemachten Konzessionen ungenügend seien. Die Eingeborenen Samoos fordern volle Selbstregierung ohne weiße Beamte. — Unter diesen Bedingungen seien sie bereit, die britische Oberhoheit und Flagge anzuerkennen. Der britische Beamte erwiderte, daß diese Forderungen hochehrwürdig seien und nicht in Betracht gezogen werden können.

Notizen

Bei der Stichwahl für die noch ausstehenden zehn Gemeinderatsitze in Hagenau, Elsaß, wurden nach einer Reibung des Polit-Journals die zehn Mitglieder der Liste des früheren Bürgermeisters Weiß gewählt, ohne daß ein eigentlicher Wahlkampf stattfand, da die Gegenparteien ihre Listen zurückgezogen hatten.

11 Aus New York wird gemeldet: Der Senat ratifizierte gestern den amerikanisch-französischen Schiedsgerichtsvertrag. Der Auswärtige Ausschuh des Repräsentantenhauses hat den Antrag abgelehnt, auf Unterseeboote als Kriegswaffe zu verzichten.

12 Der Stadtrat von Wellington (Neuseeland) nahm einen Beschluß an, wonach Geschenke und andre Kriegstrophäen von allen öffentlichen Plätzen der Stadt entfernt werden sollen. — Ein vernünftiger Beschluß!

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Alfred Herre in Leipzig
Verantwortlich für den Inseratenteil: Hugo Sekyand in Leipzig
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig

Gegen Manneschwäche zur Anregung und Kräftigung bei vorzeitiger Erschlaffung ist Errettungen das beste Kräftigungsmittel. — Allein echt König-Salomo-Apotheke (Ecke Nikolaistraße) Postversand Grimmische Straße 17

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

Die Pension des Butschkapitäns

Die Republik muß zahlen

Das Reichswehrministerium hat Ehrhardt auf Grund einer Schadenersatzforderung aus dem Kapp-Putsch die Pension zugesagt. Die Zivilkammer des Landgerichts I in Berlin verhandelt. Das Gericht entschied:

„Der Rechtsstreit wird insoweit für erledigt erklärt, als der beklagte Fiskus nach der Klageerhebung auf die Geltendmachung eines über die Pension hinausgehenden Schadens verzichtet hat. Im übrigen wird festgestellt, daß der beklagte Fiskus nicht berechtigt ist, mit seinen Schadenersatzansprüchen aus dem Kapp-Putsch gegen die Pension des Kapitäns Ehrhardt weiter aufzurechnen als gegen den pfändbaren Teil der Pension.“

Das ist der vierte Teil der Pension! Dreiviertel der Pension steht Kapitän Ehrhardt jetzt also als Prämie dafür ein, daß er die Löhnung der Marinbrigade erhöhte und sie dann nach Berlin geschickt hat, um die Republik zu kürzen. So haben deutsche Richter entschieden, die ihr Gehalt von der Republik beziehen und deren Aufgabe es sein sollte, die Republik zu schützen!

Das Urteil des Berliner Landgerichts wird in weiten Kreisen der republikanisch gesinnten Bevölkerung Empörung hervorzurufen, um so mehr, als feststeht, daß der militärische Leiter des Kapp-Putsches von 1920 seitdem seine Wählerereien gegen die Republik nicht abläßt. Erst vor kurzem sind bei Hausdurchsuchungen im Bureau Ehrhardts und bei verschiedenen Führern seiner Organisationen Briefe und Dokumente gefunden worden, die beweisen, daß Ehrhardt und seine Kumpane nach wie vor hochverräterische Pläne verfolgten. Zum Danke dafür spricht ein republikanisches Gericht dem Putschistenführer noch dreiviertel der Pension zu. Braucht man sich dann zu wundern, daß Ehrhardt auch mit diesem Urteil noch nicht zufrieden ist und jetzt gegen diese Entscheidung des Gerichts eine Berufung einlegen will? Vielleicht findet sich doch ein Gericht, das dem Putschkapitän auch noch das fehlende Viertel „von Rechts wegen“ zuerkennt.

Auf Grund des seinerzeit in Berlin im Bureau des Kapitäns Ehrhardt beschlagnahmten Materials, das eine Reihe von Urteilen enthielt, ist neuerdings auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft an mehreren Stellen eine Durchsuchung bei Angehörigen dieses Bundes vorgenommen worden. So wurde u. a. das Münchner Bureau des Wikingbundes, ferner die Wohnung des ehemaligen Adjutanten Ehrhardts, des Oberleutnants Liebig durchsucht. In Breslau fand in der Wohnung eines Herrn Gärtner, der ebenfalls dem Wikingbund angehört, eine Hausdurchsuchung statt.

„Deutsche Kulturschande“

Datenkreuzler gegen Hitler

Zu den vielen Beweisen dafür, daß die Würtischen, insbesondere die National-Sozialisten, aus Begeisterung für den Diktator Mussolini offen Verrat an den Deutschen Südtirolern üben, ist neuerdings ein weiterer getreten. Der Würtische Beobachter, das Organ Hitlers, veröffentlicht seit einiger Zeit Briefe aus Italien, die die ganz klare Tendenz haben, die innere politische und wirtschaftliche Lage Italiens als bedauerlich hinzustellen und den Eindruck zu erwecken, als ob es den Südtirolern viel besser ginge als den Deutschen in Polen, in der Tschechei usw. Diese Kriecherei der reichsdeutschen National-Sozialisten ist selbst deren eigenen Parteigenossen in Österreich doch zu starkem Tadel. Das Wiener Organ der österreichischen National-Sozialisten, der „Gamer“, schreibt in einem Leitartikel:

„Das Verhalten Hitlers zur Südtiroler Frage ist geradezu als deutsche Kulturschande zu bezeichnen. Gewiß, unsere Volksgenossen in der tschechischen Republik, in Polen, im Elsaß, haben sehr zu leiden, aber so bestialisch scheint uns die Verdächtigungen nicht zu sein, wie jene in Südtirol. Abgesehen davon, bleibt es eine völlige Gemeinheit, das Volk der Südtiroler etwa als gottgegeben hinzustellen zu wollen, weil andere deutschen Stämme ebenfalls drangeführt werden. Im politischen Leben gibt es für jeden Führer einen Prüfstein. Für Hitler ist derselbe Südtirol, und in jüngerer Zeit wird sich beweisen, daß Adolf Hitler daran gescheitert ist.“

Die Wirtschaftspolitik vor dem Reichstag

Curtius verteidigt sich

30. Sitzung vom 6. März 1928.

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums wird fortgesetzt.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius

äußert sich zu verschiedenen in der Debatte aufgeworfenen Einzelproblemen. Er erklärt: Wir werden bei der ersten möglichen Gelegenheit den deutsch-englischen Handelsvertrag kündigen und versuchen, bei den neuen Verhandlungen die jetzt zutage tretenden Mißstände abzuklären.

Meine Industriepolitik, meine Bemühungen um Zollentlastungen haben nach meiner Überzeugung zugunsten der Landwirtschaft gewirkt. Den Grundfragen, die Abg. Lejeune hier in seiner Rede aufstellte, sind ja zum Glück er selbst und seine deutschnationalen Freunde in der Regierung nicht gefolgt (Abg. Lejeune-Zung (Dn.): Ich habe 1926 genau so geredet wie jetzt!)

Mit dem Abg. Heinig halte auch ich eine größere Publizität der Wirtschaft für notwendig. Ich kann ihm aber nicht in allen seinen Betrachtungen über die Lohnpolitik folgen. Auf diesem Gebiet können wir nicht die ganz anders liegenden amerikanischen Verhältnisse zum Vergleich heranziehen.

Abg. Sulzmann (Soj.)

betont, daß die Löhne der Bergarbeiter weit hinter der Preisentwicklung zurückgeblieben seien. Ein internationales Kohlenabkommen unter Mitwirkung von Arbeitnehmern sei notwendig, um die nachteiligen Folgen eines Konkurrenzkampfes nach Möglichkeit auszuschalten.

Abg. Eßer (Ztr.) stellt fest, daß Oppositionsreden auch aus dem Lager der bisherigen Koalitionsparteien gekommen seien, obwohl die Wirtschaft seit langen Jahren durch politisch rechtsstehende Minister betreut worden sei.

Abg. Benthien (D. Wp.) polemisiert gegen die Wirtschaftspartei und verlangt Anwendung der Reichsverbindungsordnung auch durch Betriebe wie die „Breuhag“. Das Einbringen der öffentlichen Hand in die Privatwirtschaft müsse aufhören.

Abg. Barthel (Dem.): Wenn die Reichshandwerksordnung noch nicht verabschiedet ist, so treffe die Schuld daran in erster Linie die Deutschnationalen. Die Wirtschaftspartei würde in Verlegenheit geraten, wenn sie diesbezüglich nach den nächsten Wahlen einmal den Wirtschaftminister stellen sollte.

Abg. Dr. Reichert (Dn.) nimmt das Eisenartikell gegen den Vorwurf des Abg. Rauch in Schutz, es habe mit seinen Preis-erhöhungen die Wohnungsbaupolitik sabotiert. Welche Aufregung würde wohl in Bayern entstehen, wenn man in ähnlicher Weise die Bierpreis-erhöhungen kritisieren würde (Heiterkeit rechts).

Abg. Florin (Komm.) führt aus, der Stahltrajf und der Bergbau brächen ungeheure Gewinne auf Kosten der Konsumrenten und der schlechtbezahlten Arbeiter ein. Das Gedingwesen im Bergbau führe zu einer unmenslichen Ausbeutung der Arbeiterkräfte.

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.) begründet eine Entschließung ihrer Fraktion, die die Reichsregierung um Maßnahmen ersucht für die Durchführung systematischer, einheitlicher Bearbeitung und Förderung der Aufgaben der Hauswirtschaft, insbesondere der hiermit zusammenhängenden wirtschaftlichen und technischen Fragen.

Die Beratung wird hierauf abgebrochen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes über Leistungen in der Invaliden- und Angestelltenversicherung. Die Vorlage, die einen Teil des Sozialprogramms der Regierung bildet, will eine Erhöhung der Steigerungsbeträge für die Invaliden-, Kranken- und Altersrente, für die Angestellten- und Knappschaftliche Pensionsversicherung herbeiführen.

Abg. Karsten (Soj.) bezeichnet die Regierungsvorlage als unzureichend sowohl in der Höhe der ausgeworfenen Beträge als auch in der Art der Verteilung. Die Sozialdemokraten würden im Ausschuß Verbesserungsanträge stellen.

Abg. Frau Krenschke (Komm.) übt gleichfalls scharfe Kritik an der Vorlage, die in keiner Weise die berechtigten Forderungen der notleidenden Sozialrentner erfülle. — Damit schließt die Beratung. Die Vorlage wird dem Sozialpolitischen Ausschuß überwiesen.

In einer persönlichen Bemerkung weist Abg. Heinig (Soj.) die von Abg. Dr. Reichert (Dn.) gegen ihn gerichteten Angriffe zurück. Der Redner erklärt, er habe keineswegs den Reichstag getäuscht. Die Kampfesweise von Dr. Reichert sei verächtlich.

10.30 Uhr wird die Weiterberatung des Wirtschaftsetats auf Mittwoch, 14. Uhr, vertagt.

Stahlhelmuniform abliefern!

Interessantes aus einem Arbeitsgerichts-Prozess

Vor dem Vester Arbeitsgericht stand kürzlich ein Landarbeiter und sein Arbeitgeber Baron Kanjerling. Der Landarbeiter klagte, weil Kanjerling ihn fristlos entlassen hatte. Diese Klage war aussichtslos, denn der Landarbeiter hatte sich Holz, das er von seinem Gläubiger nicht kaufen konnte, angeeignet, und das ist natürlich ein Grund zur fristlosen Entlassung, was der Kläger auch schließlich einräumte.

„Sie haben doch noch eine Stahlhelmuniform, bestehend aus Mütze und Windjacket, die Eigentum des Dominikus ist, das daselbst die Sachen geliebert hat!“

Das ist an sich nichts Neues. Wir wissen schon lange, daß die Refraktionsmethoden der Fiskusverbände nicht lediglich auf freier Meinungsbildung beruhen, daß die slavensüchtige Abhängigkeit der Landarbeiter dazu benutzt wird, sie in diese Verbände zu pressen. Aber es ist doch sehr wertvoll, zu erfahren, wie klar und einfach auf schließlichen Gütern Arbeitsvertrag und politische Meinung miteinander verbunden werden.

Über der Herr Baron und seine ihm nachstehenden Standesgenossen irren, wenn sie meinen, mit der Windjacket, von der das höchste Brot abhängt, siehe der Landprolet auch die entsprechende Bestimmung an. Bei den kommenden Wahlen werden die Landarbeiter beweisen, daß auch sie erwachen und an der Seite ihrer lächelnden Klassen-genossen für ihre Menschenrechte zu kämpfen beginnen.

Die gestohlenen Altarbilder

Kriminalroman und kapitalistische Wirklichkeit

Ein Kunsthändler von internationalem Ruf, aus einer der vornehmsten und angesehensten Berliner Familien, der Sohn des bekannten und in der gesamten Kunstwelt hochgeschätzten Begründers und Direktors des Berliner Kupferstichkabinetts ist homosexuell. Gerät so in die Hand von verbrecherischen Erpressern, muß sich deswegen Geld schaffen, anausgekehrt, immer neue, riesenhafte Beträge. Er ist einer der bedeutendsten und gewiegtsten Kunstkenner der Welt, ein Genie der Bilderbeurteilung, ein Mann mit genialen geschäftlichen Fähigkeiten.

Um Geld zu bekommen, gibt er seine Hand dazu, erst jüngst von einem Münchener Kunsthistoriker auf Schloß Cadolzburg bei Fürth entdeckte wertvolle Altartafel zu lassen. Zwei gewerbsmäßige Einbrecher werden gebunden. In abenteuerlicher Fahrt werden die örtlichen Verhältnisse ausgeländlich und mit seltener Tollkühnheit der Diebstahl durchgeführt. In der Nacht des Verbrechens eilt der Kunsthändler nach Berlin zurück, um für alle Fälle ein Alibi zu haben.

So der Sachverhalt! Ein Roman, eine geschickt erfundene Detektivgeschichte von Nat. Pinkerton? Nein, geschrieben in Deutschland im Jahre 1928. Der „Feld“ der Geschichte ist der bekannte Kunsthändler Friedrich Wilhelm Lippmann. Er und sein Freund, der Münchener Kunsthändler August Meyer, ferner der 29 Jahre alte Armin Schmidt, ein Berufsverbrecher, sind verhaftet. Es ist Wirklichkeit, schaurige Wahrheit, und klingt doch wie ein Roman. Und es gibt so einen Roman, der das alles schildert, fast wie es geschehen ist. Das Buch des bekannten genialen dänischen Schriftstellers Sven Elvefjord: „Tausend Eisen im Feuer“, das im Jahre 1925 ins Deutsche überetzt wurde, und heute zählen wir 1928. Dort schreibt er:

„Kein menschlicher Beruf wird so verschieden beurteilt, wie der Kunsthandel; er gibt Spielraum für das tiefste Mißtrauen und den höchsten Grad von Vertrauen; innerhalb dieser Grenze gibt es Menschen, die die Eigenschaften von Verbrechenhändlern besitzen, bei denen man aber zugleich eine künstlerische Hellsichtigkeit antrifft, die neue und wertvolle Schönheitswerte an den Tag gebracht haben.“

Daß Lippmann unter dem finanziellen Druck dauernder Erpressungen stand, machte ihn zum Verbrecher, zum Finanzmann und Leiter internationaler Organisationen des zweifelshaftesten Kunsthandels. Und wir geben wieder Elvefjord das Wort:

„Überall in Europa sind eine Menge einzelner Menschen und ganze Banden am Werke, die halbverrückten Sammlern seltene Kunstwerke verkaufen.“

Wieso konnten aber die Verbrecher auf die Idee kommen, Kunstwerke zu stehlen, deren Abhandkommen in der ganzen Kunstwelt das größte Aussehen erregen mußte?

„Sie können mir glauben“, schreibt der dänische Schriftsteller, „daß mysteriöse Museumsdiebstähle häufig auf diese Weise zu erklären sind. Seltene Schätze, die purlos aus den Museen verschwinden, sind sicher oft in dem Besitz irgendeines leidenschaftlichen Sammlers, der sie, vor den Blicken der Welt verborgen, betrachtet und sich ihrer freut. Denn das ist ja gerade das Typische bei diesen psychologisch interessanten Fällen, daß diese Unglücklichen sich die Schätze nicht aneignen, um damit zu prahlen, sondern um sie für sich allein zu haben.“

Nur auf einen derartigen Käufer konnte Lippmann rechnen, und da man ein so gewagtes Unternehmen nicht unternimmt, ohne einen sicheren Abnehmer zu haben, steht sicherlich hinter dem ganzen abenteuerlichen Verbrechen, verborgen im Hintergrund ein großer Unbekannter, der in dem Falle nicht nur in der Phantasie des Schriftstellers existiert, sonst hätte das ganze Verbrechen Lippmanns keinen Sinn gehabt.

So die Voraussetzungen dieses Kriminalromans des täglichen Lebens. Des täglichen Lebens? Ja! Der Fall S. Bergmann mit seinen arbeitskräftigen Bucherklienten, der Erpressungsfall des Staatsanwaltes Jakob und die vielen anderen, die verlustig, heimlich oder nicht entdeckt wurden, sie spielen alle auf demselben soziologischen Boden, in einer Gesellschaft, die ihre Moralgesehe und ehrenten Grundzüge aufgibt. Nur eine völlige Unterhöhlung der geistigen Grundlagen der heutigen Wirtschaft, — löst solche Fälle, wie jetzt zuletzt den Fall des Kunsthändlers Lippmann, entstehen und als fast alltäglich erscheinen. Zur näheren Illustrierung der Angelegenheit sei noch festgestellt, daß es der verhaftete Kunsthändler gewesen ist, der die wertvollste Gemäldegalerie des amerikanischen Multimilliardärs Pierpont Mor-

gan zum allergrößten Teil zusammengestellt hat. Daß aber unsere Vermutung stimmt, daß Lippmann für seine Verbrechen Hintermänner gehabt hat, beweist eine Mitteilung des „Achtuhr-Blattes“, daß der Kunsthändler „schon vor einigen Jahren den schwachen Versuch unternommen, sich gegen die Erpressungs-mandier seiner Umgebung aufzulehnen“. Und dann schreibt die bürgerliche Zeitung weiter: „Weil man aber die mit der (polizeilichen) Anzeige verbundene Anklage mancher peinlichen Affäre im Kunsthandel verhüten wollte, ist es damals durch das Eingreifen eines sehr bekannten Berliner Kunst- und Antiquitätenhändlers gelungen, Lippmann von seinem Entschluß abzubringen.“

Durch dieses sensationelle Eingeständnis wird der Skandal natürlich noch größer und der Fall Lippmann ist nicht mehr der Fall eines einzelnen, vielmehr unglücklich veranlagten Menschen, sondern ein unglücklicher Skandalfall des gesamten Kunsthandels, der die Verumpfung und Korruption der ganzen kapitalistischen Geschäftswelt und ihrer Grundzüge beweist!

Fred Frank.

Schweres Eisenbahnunglück

Eine Person getötet — 20 verletzt

Gestern abend, kurz vor 18 Uhr, ereignete sich auf dem Bahnhof Jebdigen der Strecke Uelzen—Langwedel ein folgenschweres Zugunglück. Ein Güterzug, der von Uelzen kam, fuhr auf Bahnhof Jebdigen auf einen dort haltenden Personenzug mit großer Wucht auf. Mehrere Wagen wurden zertrümmert. Eine Person wurde getötet geborgen. Zahlreiche andere, es wird von 20 Schwere bzw. Leichtverletzte gesprochen, mußten in das dortige Krankenhaus übergeführt werden. Die Ursache des Unglücks konnte noch nicht festgestellt werden. Wahrscheinlich hat der Güterzug das auf Halt stehende Signal überfahren.

Der Zusammenstoß erfolgte unter einem donnerähnlichen Getöse. Die letzten Wagen wurden buchstäblich ineinandergehoben. In dem ziemlich stark besetzten Loksalug brach unter den Reisenden eine Panik aus. Das Bahnhofspersonal und zahlreiche unerleht gebliebene Reisende beteiligten sich an dem Rettungswerk. Einige Zeit später erschien an der Unfallstelle ein Hilfszug mit Sanitätspersonal. Beide Gleise des Streckenabschnittes Uelzen—Langwedel waren die ganze Nacht hindurch gesperrt. Der Betrieb auf der Unglücksstrecke konnte in der Nacht durch Umsteigen und Umleitungen aufrechterhalten werden.

Ein schrecklicher Tod. Vor etwa drei Monaten wurde die Frau eines Landwirts in Levice in der Tschekoslowakei von einem toten Hunde gebissen. Die Frau wurde, entgegen dem Rat des Arztes, nicht in ein Institut eingeliefert, sondern von der Familie zurückgehalten, und als sich bei ihr Zeichen von Tollwut einstellten, gefesselt in eine dunkle Kammer gesperrt. Das Essen wurde ihr durch die Tür gereicht. Die Frau nahm jedoch keine Nahrung zu sich, bis und trankte alle, die sich ihr näherten und brachte sich auch selbst schwere Biss- und Kratzwunden bei. Nach drei Tagen erlag sie schließlich der Krankheit. Die Angehörigen der Frau sowie alle Bewohner des Bauernhofes wurden einem Prager Institut überwiesen.

Skandal bei einem Verschönerungsvortrag. In Wien kam es während eines Lichtbildervortrages, den die Pariser Herzogin D. Suzanne Noel über kosmetische Operationen hielt, zu einem lebhaften Skandal. Die Vortragende hatte bei ihren Ausführungen eine Lebersticht über die zahlreichen Möglichkeiten der Verschönerung und Verjüngung an Hand von Lichtbildern demonstriert. Im Austausch zwischen der Rednerin und den Zuhörerinnen. Der Primarius des Rudolfiner Hauses unterbrach plötzlich den Jani und riefte gegen die Pariser Herzogin die Beschuldigung, ihr Vortrag sei ein standeswidriges, auf Patientensug berechnetes Reklame-Unternehmen. Ein Vertreter der Veranstalterin des Vortragens, der „World University“, protestierte gegen diese Angriffe und kündigte an, daß die Vortragende gegen den Primarius eine Ehrenbeleidigung einreichen werde. Der Primarius mußte schließlich das Feld räumen, da das Damenpublikum inzwischen lebhaft für die französische Herzogin Partei genommen hatte.

Rund um Technische und Bau-Messe

Von H. W. Ing., Zeit.

II. (Schluß.)

Die Normung und Typung auch des Bauwesens, der Ertrag des herkömmlichen, von Hand Ziegel für Ziegel gefertigten Bauwerkes durch genormte, leichte, großflächige Ertragplatten schreitet weiter fort. Auch des Zimmermanns Arbeitsfeld ist jetzt bedroht. Das frühere Fachwerkhaus-Holzgerüst bildet sich zum Profilleisengerüst um, in der Werkstatt vorgefertigt und -gebohrt, an Ort und Stelle schnell von Schloßern zusammengebaut, in die Felleisen die einzelnen Platten eingeseht, und fertig steht in unglaublich kurzer Zeit das Haus da. Der Wohnungsmangel und seine schleunige Beseitigung sind die besten Anwälte dieser Bauweise.

Aber — auch wo man mit gewöhnlichen oder Kalksandsteinziegeln arbeitet — auch die letzteren erobern sich anhaltend Gelände —, selten wenigstens beim Bau die Lasten schnell und billig in die oberen Stockwerke geschafft werden. Schnelllaufzüge (Abb. 1), selbst von geringem Gewicht und leicht anzubringen, sind in mehrfacher Ausführung vertreten. Oben ist der Aufzug zu einem Schwantrahnen ausgestattet, der die Last sicher und bequem abzunehmen gestattet. Selbsttätige Endausrichtung beseitigt Gefahren, die aus Unachtsamkeit entstehen könnten.

Die zunehmende Eisen-Beton-Bauweise und der damit bedingte Verbrauch eigenartig gebogener Rundstahls und Drähte (die die Zugspannungen dem Beton abnehmen) hat praktische Hilfsmaschinen auf den Markt gebracht. Die abgebildete Biege-Maschine (Abb. 2) arbeitet bei geringem Kraftverbrauch selbsttätig; es sind nur die Eisen einzulegen, so daß Tagesleistungen von 38 Tonnen gebogenen Eisens erreicht werden sind. Auch eine Reihe kleinerer handhabbarer Rundstahlschneidemaschinen sind auf der Messe vertreten.

Der von neueren Architekten stark verfolgte Glasbau hat zur Konstruktion von Beton-Fenstern geführt, bei denen Flächen unmittelbar in Beton gesetzt, Holz- und Eisenkonstruktionen also überflüssig sind.

Im Vorbeigehen fallen noch auf praktische Geräte für Innengerüste, die den Holzverbrauch dafür herabsetzen und auch Lohn für Zupfungsarbeiten sparen sollen.

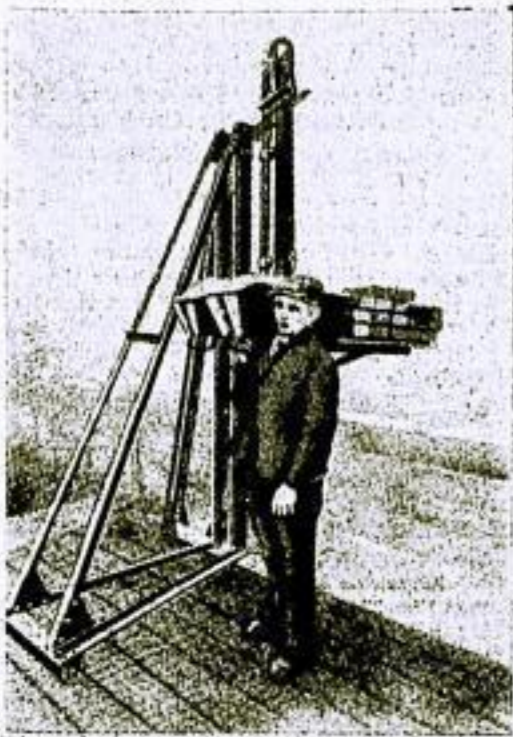


Abb. 1. Baumaterial-Schnelllaufzug. Last eingeschwenkt — Abnahme derselben.

Harmonika-Schwebetüren und Saaltrennungswände, leicht und haltbar aus dem mehr und mehr verwendeten Sperrholz gefertigt, schaffen zweckmäßige Raumlösungen.

Eine „flüssige Tapete“, ein Fliesenstrichstoff, soll auch im Neubau gleich die geweißten und gestrichelten Wände überflüssig machen.

Baustoffe der verschiedensten Art, Marmor und farbige Klinker, Kacheln und Emaileum zeigen, wie vornehm heute Wohnungen begüterter auszustatten sind.

Verlassen wir nun die Baumesse, um uns dem Hause der Elektrotechnik zuzuwenden, so begegnen wir einem Eisenbahnwagen von 8250 Kilogramm Gewicht, der in höchst ungewöhnlicher Weise an einem Keilkopfs-Porzellan-Isolator aufgeführt ist, um die mechanische Festigkeit des Porzellans zu erweisen. Diese wird ja übrigens, wenn auch unauffälliger, durch die Porzellan-Abstützung der beiden Funktürme gleichfalls erweisen.

Das Haus der Elektrotechnik.

Im Elz-Hause selbst sind von den Großfirmen wieder allerhand Neuentwicklungen zur Schau gestellt. Die Staubsauger sind inzwischen in Sonderpavillons auf den Augustusplatz übergestellt. Den Hauptausgangspunkt bei der WEG bildet ein Wandertisch mit beiderseitigen Schiebern, an dem die fliegende Festigung eines Fährers vorgezeigt wird. Fünf-Kilometer-Wandertische sind bereits in der WEG in Betrieb, eine Strecke vom Meißelgebirge bis Niederwolkwitz; das könnte bedeuten ungeheure Verbilligung des Produkts und vorläufige Arbeitszeit! Aber wie viele von denen, die zu dieser neuzeitlichen Galerien-Arbeit verdammt sind und an solchen Wandertischen arbeiten, sind sich über den Produktionsprozess überhaupt klar? Und von den Aktionären wird doch schwerlich ein sachlicher Aufklärungsunterricht zu erwarten sein! Diese unangenehme Pfaffenverchiebung zwischen der kapitalistischen Produktionsweise und der vielleicht vorwiegend noch kleinstädtisch-ständischen

Denkweise der Arbeitenden gibt den ungeheuren sozialen Mißstand für sie selber. Scheinwerfer für innere Erleuchtung herbei!

Ein neuer Drehstrom-Motor, der Doppelnut-Motor, gewährt für Motoren bis zu 12 PS, also die große Mehrzahl, die Möglichkeit, den billigen und einfachen Kurzschlussanker zu verwenden, ohne daß die Stromnehe durch unangenehme Stöße beim Anlaufen belästigt werden. Sonst sind an Kleinmotoren noch vorhanden niedliche, aber doch kräftige Schmiedeseuergebläse, Kreiselpumpen für Landhaus-Wasser-Verzögerung, Handbohrmaschinen u. a. m.

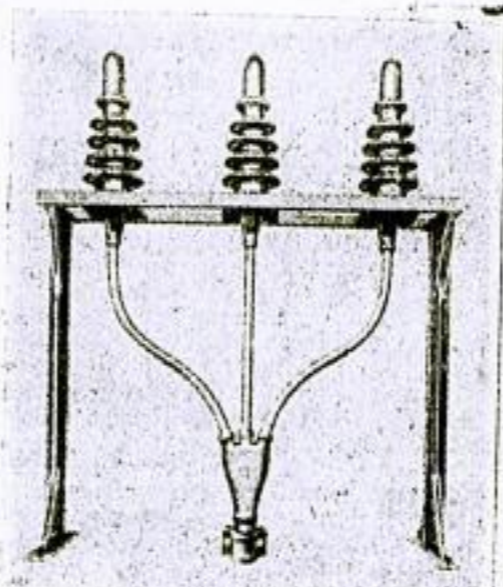


Abb. 2. Spreizkopf-Kabelstuh für eine Betriebsspannung von 60 kw.

Die Frage der Hochspannungs-Kabel wird in steigendem Maße gelöst. Einen Abschluß für ein 60 000-Volt-Drehstrom-Kabel zeigt unsere Abb. 3. Unbedingt ist es vorzuziehen, die Hochspannungsleitungen unterirdisch zu verlegen. (Eines Kabellegemaschine der Westhütte ist auf dem Freigelände zu sehen.)

Bei der zunehmenden Fliegerei ist das Hochspannungs-Spinnen, das uns so eng überpannt, entschieden recht bedenklich; auch die Flieger ohne Benzin, die Dorspänne, machen mangels elektrotechnischer Kenntnisse beim Anlegen solcher Leitungen sehr unangenehme Erfahrungen. Aber noch gefährlicher ist die Antriebsbarkeit solcher Reize für feindliche Flieger. In Barkriegszeiten waren solche „strategischen“ Rücksichten durchaus maßgebend. Arbeiten wie daran, daß sie jetzt endgültig überwunden werden.

Ein Schnellschalter für 2000 Ampere, gußeisen-gestapelte Schaltanlagen und ein Groß-Automat zeigen die Beherrschung gewaltiger Energien ohne unnützes und teures Feuerwerk. Ein Schweißapparat für Querschnitte bis 300 Quadratmillimeter (keine Handlötgröße), Glüh- und Härteöfen beweisen, daß man die unübersehbare Wärmewandlung der elektrischen Energie nach jeder Richtung auszunutzen gelernt hat. An den Quecksilber-Gleichrichtern, die durch den „tanzenenden grünen Funken“ die abenteuerliche Gestalt der Glasröhren für den Polen etwas besonders Ansehendes haben, ist durch eine Hilfszylinder die Notwendigkeit beseitigt, sie zur Inbetriebsetzung erst umzulippen, so daß sie jetzt die Konkurrenz gegen den viel teureren und umfangreicheren Maschinen-Transformator desto ausdauerlicher aufnehmen können.

Ebenfalls zeigt ebenfalls gewaltiges Hochspannungsgerät und seine bekannten Stedenperde, Mehraparate und selbsttätige Fernsprechanlagen. Das Sagenwerk ist gleichfalls mit mächtigen Porzellan-Strom-Durchführungen und neueren arbeitssparenden Motoren für Drehstromnehe vertreten. In den Seitengängen und Galerien die gewohnte Fülle an Isoliermaterial, Beleuchtungs-körpern, Radio-, Heiz- und Kochgerät.

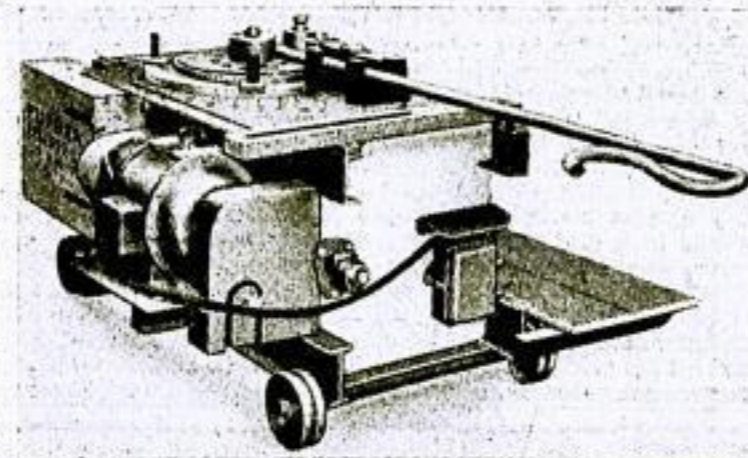


Abb. 3. Rundstahlschneidemaschine.

Kaum am Plage bzw. kaum genügend beachtet dürfte die Getriebe-Ausstellung des Vereins deutscher Maschinenbau-Anstalten in Halle 6 sein. So etwas ist nichts für das hastende Treiben einer Messe. Es gehören allein Stunden dazu, wenn man von den einzelnen Getrieben sich klare Vorstellungen bilden will; ganz zu schweigen von den Darstellungen der Gang- und Rastpolbahnen, Wende- und Wechselkreise. Es ist freilich bedauerlich, daß solche Sammlungen nicht allen Gewerbeschulen zu beschaulichem Studium zur Verfügung stehen. Das Geld wird für Phobus-Experimente halt nötiger gebraucht!

Sächsische Angelegenheiten

Webers Rede

Unterhalb Stunde las der sächsische Finanzminister Weber die von den Räten im Ministerium verfaßte Zusammenfassung aller möglichen Dinge im Landtag vor. Vorher wurde noch angefündigt, daß die Rede schon gedruckt wurde, bevor sie Weber verlas. Tatsächlich wurden auch schon während Webers Rede Druckabzüge der Rede verteilt. Einige Abgeordnete machten sich nun den Spaß, Weber zu kontrollieren, ob er auch richtig ables. Aber das wurde sehr bald langweilig, so daß dem Vorleser überhaupt kaum noch jemand zuhörte. Nur ein paar Abgeordnete blieben noch im Saale, gelangweilt oder mit irgend etwas anderem, nur nicht mit der Rede des Finanzministers beschäftigt. Nun sind ja Reden zur Begründung des Etats in der Regel lang, aber sie brauchen ja deshalb nicht so tödlich langweilig zu sein wie diese Rede war. Weber wirkte wie ein Handlungsgehilfe, der den Auftrag hat, einen Prospekt seiner Firma vorzulesen. Den Auftrag hat er schlecht genug ausgeführt.

Am Donnerstag 11 Uhr wird die Aussprache über den Etat beginnen. Sie wird sicher lebendiger sein als die Rede; als erster Redner dürfte Genosse Arzt zum Wort kommen.

Der Aeltestenrat hat beschlossen, in den kommenden Wochen nur noch Donnerstags Plenarsitzungen abzuhalten, damit die Ausschüsse die Beratung des Etats beschleunigen können. Vom 29. März bis 19. April soll der Landtag in die Osterferien gehen, dann ist eine mehrtägige Pause für die Reichstagswahl geplant, am 12. Juli sollen die großen Ferien beginnen.

Die ganze Aufmachung hat nur einen Nachschleier. Sie läßt völlig außer acht, daß sich in das Programm noch eine Landtags-neuwahl schiebt, wenn nämlich der Staatsgerichtshof der Existenzberechtigung dieses Landtags sein Urteil gesprochen hat.

Langsam kann ja der Staatsgerichtshof die Entscheidung über die Klagen des Zentrums und der Unabhängigen nicht mehr hinausziehen. Dann wird es aber lange Gesicht geben.

Talsperrenbauten

Die sächsische Regierung hat dem Landtag eine Denkschrift über die technischen Mittel zur Bekämpfung von Hochwasserkatastrophen in den Tälern des Müglitz- und Gottkeubachgebieten zugesandt. Als Ergebnis der angestellten Untersuchungen wird u. a. folgendes festgestellt:

1. Ein Ausbau der Flussbetten der Müglitz und der Gottkeuba zur unschädlichen Abführung der ganz außergewöhnlichen Hochflut vom Juli 1927 kann nicht in Frage kommen, da er — ganz abgesehen von den unerschwinglichen Kosten — unerträgliche Eingriffe in die wirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Verhältnisse der Täler bedingen würde, die einer fast vollständigen Leerstellung der Täler gleichkämen. Der Ausbau für ein Hochwasser von einer Größe, wie sie bei dem früher bekannten größten Hochwasser vom Jahre 1897 festgestellt worden ist, erfordert für das Müglitz- und für das Gottkeubachgebiet einen Aufwand von 32 Millionen Mark. Diese hohen Kosten stehen in keinem angemessenen Verhältnis zu dem erreichten Nutzen. Man muß sich deshalb auf den Ausbau für die gewöhnlichen, etwa in einem Jahrzehnt wiederkehrenden Hochwasser beschränken, wie er jetzt von der Wasserbauverwaltung durchgeführt wird. Zur Bekämpfung von außergewöhnlichen Katastrophen sind andre Maßnahmen notwendig.

2. Der Wald- und Bodenschutz, das heißt die Aufforstung des oberen Einzugsgebietes der Flüsse, kann Hochwasserkatastrophen in ihrer Auswirkung nur um ein sehr geringes Maß abschwächen und bietet keine hinlängliche Gewähr als Hochwasserschutz. Der Plan einer systematischen Aufforstung der großen Flächen des Niederschlagsgebietes kann daher nicht weiter verfolgt werden, wenn auch im Interesse einer geregelten Wasserwirtschaft auf eine vermehrte Ausbreitung der Waldflächen in den Quellgebieten der Flüsse besonderer Wert zu legen ist.

3. Die Errichtung der vorgeschlagenen Talsperren bei Bärenstein im Müglitztal und bei Gottkeuba im Gottkeubachgebiet wäre bei dauernder Leerstellung eines entsprechenden Hochwasserschutzraumes in den Speicherbecken ein geeignetes technisches Mittel zur Zurückhaltung schädlicher Hochfluten selbst vom Ausmaße der außergewöhnlichen Katastrophe vom Jahre 1927. Die Talsperren erfordern einen Gesamtaufwand von 22,4 Millionen Mark.

4. Ein den Talsperren gleichwertiger Hochwasserschutz läßt sich durch Errichtung der drei Rückhaltebecken bei Geising und Krahhammer im Müglitzgebiet und bei Dörsgrund im Gottkeubachgebiet erreichen. Die Rückhaltebecken erfordern einen Gesamtaufwand von 12,35 Millionen Mark und verursachen eine jährliche Belastung des Staatshaushalts auf 17 Jahre mit rund 0,91 Millionen Mark und auf weitere 94 Jahre mit rund 0,67 Millionen Mark.

5. Danach stellt sich der Kostenaufwand für drei Rückhaltebecken bei gleicher technischer Leistung in bezug auf den Hochwasserschutz um rund 10 Millionen Mark niedriger als für zwei Talsperren. Angesichts der Schwierigkeit der Kapitalbeschaffung, die voraussichtlich noch viele Jahre anhält, wird bei der Wahl zwischen Talsperren und Rückhaltebecken unter den Verhältnissen der Zeit weitestgehend den Rückhaltebecken der Vorzug gegeben werden müssen.

Die Talsperren im Müglitz- und im Gottkeubachgebiet würden nicht nur dem Hochwasserschutz dienen, sondern auch zahlreichen Untertägern, welche die Wasserkraft der Müglitz und der Gottkeuba benutzen oder diesen Flüssen Fabrikationswasser entnehmen oder Abwässer in sie einleiten, wesentliche privatwirtschaftliche Vorteile anderer Art bringen.

Die Regierung erklärt sich bereit, zunächst mit den Interessenten des Müglitz- und des Gottkeubachgebietes Verhandlungen darüber zu führen, ob sie so großen Wert auf die Errichtung von Talsperren legen, daß sie bereit sind, für die Erfüllung ihres Wunsches in Gestalt von laufenden Beiträgen Opfer zu bringen, die es der Re-

Hohe Qualitäten u. niedrige Preise

sind die Kennzeichen der Erzeugnisse der grössten Schuhfabrik Deutschlands

SALAMANDER



Petersstraße 16

Leipzig

Grimmaische Straße 15

Beginn der sächsischen Etatberatung

In seiner Etoisrede, die der Finanzminister Weber am Dienstag im Landtag hielt, führte er u. a. folgendes aus:
 Ehe ich mich dem Etat zuwende, gestatten Sie mir einige kurze Ausführungen über die

erleidet das Land Sachsen (Staat und Gemeinden zusammen) für das Rechnungsjahr 1928 einen Ausfall an Kraftfahrzeugsteueranteilen von rund 7,5 Millionen Mark.

Bei allem Verständnis für die schwierige Lage der agrarisch eingetragenen Länder gehen doch diese Lasten weit über das gegenüber der sächsischen Wirtschaft vertretbare Maß hinaus.

Der vorliegende Etat enthält erstmalig die Ausgaben für die Befolgung der Staatsbeamten für ein ganzes Jahr auf der Grundlage der im Dezember 1927 vom Landtag verabschiedeten Besoldungsreform. Der tatsächliche Gesamtbedarf an Besoldungen im Betrage von 46 900 000 Mark vermindert sich durch Beiträge Dritter, z. B. der Städte zu den Listen der Polizei, der Staatstheater sowie der Volks- und Fortbildungsschulen um rund 7 500 000 Mark, so daß eine endgültige Mehrbelastung der Staatskasse infolge der Besoldungsreform in Höhe von rund 38 800 000 Mark für das volle Jahr verbleibt.

Die tatsächliche Kasse des Staates beträgt jetzt, einschließlich der Marlegelder, Unterzählungen und Versorgungsgebühren der Ordnungspolizei, nunmehr 56 529 000 Mark gegenüber 17 500 000 Mark in der Vorkriegszeit.

Ich wende mich nunmehr den

Nutzungen des Staatsvermögens

zu. Die Gesamtfläche der Staatswälder hat sich im abgelaufenen Kalenderjahre um 904,5 Hektar auf insgesamt 176 380 Hektar erhöht.

Eine planmäßig geleitete Wasserwirtschaft

gewinnt bei der starken Industrialisierung, dem starken Bevölkerungszuwachs und der dichten Besiedelung der Täler Sachsens immer größere Bedeutung. Das wichtigste Mittel zur Lösung dieser Frage ist zweifellos der Bau von Talsperren.

Eine große Aufgabe der sächsischen Wasserbaudirektion im Rechnungsjahr 1928 wird die endgültige Instandsetzung des Unweitertalotrophengebirgs des Gottscheub- und Müglitztales sein.

Dem Verkehrsweisen in Sachsen kommt eine stetig zunehmende Bedeutung zu. Es sind zunächst die staatlichen Kraftwagenlinien, die wiederum erhebliche Fortschritte gemacht haben.

Die Bedeutungsvoll die Entwicklung des Kraftwagens ist, ergibt sich auch aus der Beobachtung, daß Kraftwagenlinien in steigendem Maße häufig sind, für eine gewisse Zeit Schienenbahnen zu ersetzen.

Eine wesentliche Vermehrung der Einnahmen ergibt sich bei der

Instandsetzung und der Staatsbahn.

Beiin Haushalt der Zuschüsse sind wesentliche Veränderungen außer der Umorganisations der Polizei in Kap. 33 nicht eingetretten.

Zustandsetzung der Straßen

sein, für deren Instandsetzung und Befestigung nunmehr ein abschließendes Ergebnis der schwierigen Verhandlungen vorliegt. Der in der Denkschrift der Regierung vom 4. Februar 1928 aufgestellte und vom Landtag angenommene Plan konnte in vollem Umfang eingehalten werden. Es ist nunmehr endgültig gelungen, die Zerstückelung der Straßen aufzuheben und sie wieder fast in die Hand zu bekommen.

Im kommenden Jahre sollen neben kleineren Bauten die gefährliche Ortsdurchfahrt bei Langenleuba-Oberhain im Zuge der Reichenhainer Straße und die dringend notwendige Verbreiterung der über die Elbbrücke in Pirna führenden Straße neu in Angriff genommen und im übrigen erst die zahlreichen größeren und kleineren im Gange befindlichen Straßenbauten fertiggestellt werden.

Die vorläufigen Planungen für den Neubau der staatlichen Elbbrücke in Reichen liegen dem Akademischen Räte zur Begutachtung vor. Voraussetzungen sind mit Rücksicht auf die hohe technische und künstlerische Bedeutung des Baues ein Wettbewerb auszuschreiben.

Wenn man sich die Ausgaben des Haushaltsplans ordnet nach den großen Aufgabengebieten des Staates, so bringt er ganz erstaunliches, gegenüber der Vorkriegszeit bedeutend erweiterte Leistungen auf. Die Ausgaben für die Beamtenbesoldung und vor allen Dingen für die Ruhegehaltsempfänger sind bereits genannt worden. Die Kosten für die Polizei machen insgesamt 48,8 Millionen Mark aus, wovon allerdings vom Reiche und von den Gemeinden 24 Millionen Mark zurückerstattet werden.

Ganz enorm sind auch die Aufwendungen für das Gebiet des Bildungswesens

gestiegen. Der staatliche Zuschuß für die Volks- und die Fortbildungsschulen beträgt rund 63 Millionen Mark und der für die höheren Schulen 9,8 Millionen Mark.

In Staatsmitteln für den Wohnungsbau für Staatsbeamte sind wie im vorigen Haushaltsplan insgesamt rund 3 Millionen Mark vorgesehen. Zur Deckung des Wohnungsbedarfs kommt dann noch der aus der Mietsteuer zur Verfügung stehende Betrag von rund 108 Millionen Mark.

Zur Beschaffung von Zwischensicherheiten beteiligt sich außerdem der Staat an der Erhöhung des Aktienkapitals bei der Landes- und Wohnungs-Fürsorge-Gesellschaft „Sächsisches Heim“, um namentlich gegenüber der Deutschen Bau- und Bodenkant in Berlin eine bessere Kreditunterlage für Zwischensicherheiten zu schaffen.

Der vorgelegte Haushaltsplan ist ein Beweis dafür, daß die sächsische Regierung bestrebt ist, trotz der finanziellen Notlage all den großen Aufgaben eines Staatswesens gerecht zu werden.

Die Aussprache über den Haushaltsplan in Verbindung mit zahlreichen Anträgen beginnt am Donnerstag, 11. Uhr.

erzeugung ermöglichen, ihre finanziellen Bedenken zurücktreten zu lassen. Entsteht hierdurch ein Ausschub im Beginn der Bauarbeiten, so verhängt sich dieser auch in der Erwägung, daß zur Zeit noch der Bau von vier Talsperren sowie der Ausbau der Flußläufer der Müßlig und der Gottscheuba im Gange ist, Arbeiten, für die der Staat im Jahre 1928 rund 14 Millionen Mark, im Jahre 1929 rund 4 Millionen Mark aufzubringen haben wird.

Ein Einbrecher zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt

Das Gemeinsame Schöffengericht Dresden verurteilte heute den 34 Jahre alten Märten Kostrol aus Hirschberg in Schleifen wegen schweren Rückfalldiebstahls in 37 Fällen zu einer Gesamtstrafe von 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Außerdem wurde auf Zulässigkeit der Polizeiaufsicht erkannt. Der mitangeklagte 25 Jahre alte Glasstecher Wöhme wurde wegen Hehlerei und Begünstigung zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Einbrüche sind in der Zeit von Oktober 1926 bis Juni 1927 in vielen Gemeinden Sachsens und der Provinz Schleifen begangen worden. Der Anklage gegen Kostrol hatten über 600 Diebstahle zugrunde gelegen.

Gummiknüppel auf dem Maskenball

Einem aufregenden Abschluß fand ein Maskenball in Jesau bei Rameau. Die Gendarmerie hatte alle Vorkehrungen getroffen, um zu verhindern, daß sich unklare Vorkommnisse, wie sie sich kürzlich bei einem Tanzveranstaltungen zugetragen hatten, wiederholten. Nach Schluß des Tanzes gegen 2 Uhr kam ein Trupp Menschen von Rameau, der sich in den Gasträumen niederließ. Der Aufforderung des Wirtes und der Polizeibeamten, das Lokal zu verlassen, kamen die Gäste nicht nach. Bald kam es zu Tätlichkeiten gegen die Gendarmeriebeamten, die von ihrem Gummiknüppel Gebrauch machten. Auf diese Weise wurde das Lokal von den Gästen geräumt. Eine vor dem Lokal versammelte Menge von etwa 100 Köpfen bedrohte die im Lokal befindlichen Beamten der Polizei, weshalb diese das Überfallkommando der Gendarmerieabteilung Arnsdorf herbeiriefen, das jedoch nicht einzugreifen brauchte, weil mittlerweile sächsische Polizei die Demonstranten mit der blanken Waffe auseinandergetrieben hatte. Bei der gewaltsamen Räumung haben etwa 15 Personen Verletzungen davongetragen.

Der Staatsanwalt wird in dem Nachspiel zum Maskenball sichtlich einen Landfriedensbruch erblicken.

Ein Altersheim des Sächsischen Staatsbeamtenvereins. Der Sächsische Staatsbeamtenverein für Pfortschneidungen hat in Dresden-Bühlau einen erheblichen Teil des aufgelassenen Sanatoriums Bühlau angekauft, um dort für betagte Ständesangehörige ein Altersheim zu errichten. Es ist geplant, 50 Kleinwohnungen zu zwei Zimmern mit Nebenraum zu schaffen. Bei der Aufnahme werden Bewerber bevorzugt, die in den großen Städten eine Familienwohnung zur Verfügung stellen.

Chemnitz. Ein gefährlicher Jungenstreich. Auf der Silberdorfer Straße machte sich ein zehnjähriger Schulknabe an der Bremsvorrichtung eines an der dortigen Endstelle haltenden Straßenbahnwagens zu schaffen. Mithin löste sich die Bremse, und der schwere Wagen fuhr in immer rasenderem Tempo die abschüssige Silberdorfer Straße hinab. Schließlich sprang der Wagen aus dem Gleis und prallte gegen einen Straßbaum, wodurch er schwer beschädigt, zum Stehen kam. Es muß als ein Wunder bezeichnet werden, daß bei der gefährlichen Fahrt kein weiteres Unglück passierte.

Chemnitz. Im Hause des Arztes verunglückt. Wegen einer Verletzung des linken Auges wollte ein Schlosser einen Arzt aufsuchen. Unter der Tür begegnete ihm die Aufwartung des Arztes mit einem Hakenkasten. In diesem Augenblick explodierte eine Glasflasche, die in dem Hakenkasten lag, wobei der Schlosser durch Glassplitter nochmals an dem bereits verletzten Auge so schwer verletzt wurde, daß er sogleich nach dem Stadtkrankenhaus gebracht werden mußte.

Chemnitz. Ein rabiaten Fahrgast. Der Führer einer Kleinstadtdroschke wurde von seinem Fahrgaste, einem 25jährigen Handlungsgehilfen, in dem Augenblick angegriffen, als er das Fahrgeld verlangte. Der Täter wurde verhaftet, nachdem ihm die Waffe entzogen worden war.

Blauen. Der Tod auf der Straße. Das sechs Jahre alte Töchterchen des Maurers Ebert wurde von einem Auto überfahren und so schwer verletzt, daß es gestorben ist.

Oberhau. Ein erfolgreicher Lebensretter. Der Schlosser Hermann Georgi rettete vom Tode des Ertrinkens ein fünfjähriges Mädchen, das in einen Beiriedgraben gefallen und bereits 15 Meter weit von den Wellen fortgerissen worden war. Georgi ist für zwei ähnliche Taten bereits mit der Rettungsmedaille ausgezeichnet worden.

Lage der sächsischen Wirtschaft,

die die Grundlage unseres gesamten Staats- und Volkslebens bildet. Die in meiner vorjährigen Etoisrede zum Ausdruck gebrachte Vermutung auf Besserung der wirtschaftlichen Lage ist in dem zurückliegenden Jahre für große Teile nicht nur eingetreten, sondern noch weit übertraffen worden. Das zeigt sich am deutlichsten in der Erwerbstätigenstatistik. An der Reichsgarantie für Besoldungen nach Aufstand hat sich Sachsen bisher mit 8 400 000 Mark beteiligt.

Die Aufstellung des Haushaltsplanes war in diesem Jahre wie wohl noch nie durch Mehraufgaben vorbelastet. Die Besoldungs-erhöhung, die Mietsteigerung, die Erhöhung der Angestelltenbezüge, der erhöhte Zinsenlohn für schwelende Schulden, die Verzinsung der erhöhten Aufwendungen für den Straßenbau und auch für die Erhöhung der Postgebühren machten insgesamt eine Vorbelastung von 44 Millionen Mark aus. Dazu kam noch das veranschlagte Defizit des laufenden Haushaltsjahres von 31 Millionen Mark, so daß sich bei sorgloser Finanzpolitik ein Fehlbetrag von 75 Millionen Mark ergeben hätte, der unweigerlich neue Steuern nach sich gezogen hätte. Trotz dieser enormen Vorbelastung legte die Regierung dank der Einsicht der einzelnen Ministerien den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1928/29 mit einem Fehlbetrag von 21,4 Millionen Mark vor, der nach Abzug der Rücklage von 1,8 Millionen Mark in Wirklichkeit nur 19,6 Millionen Mark beträgt. Ohne die Besoldungserhöhung und deren unmittelbare Auswirkungen wäre demnach die Regierung in der Lage gewesen, den Etat mit einem Überschusse von rund 20 Millionen Mark vorzulegen, d. i. der Gesamtetat der staatlichen Gewerbetätigen.

So bedauerlich es ist und so sehr es meinen finanzpolitischen Grundgedanken widerspricht, einen Defizitetat vorlegen zu müssen, so ergibt sich doch dieser Zustand aus der Weigerung des Reiches, seiner Verpflichtung nach Artikel 8 der Reichsverfassung und § 54 des Finanzausgleichsgesetzes nachzukommen. Zum erstenmal in der deutschen Geschichte tritt der Fall ein, daß alle deutschen Länder einen Defizitetat einbringen, weil das Reich sich weigert, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Sachsen befindet sich mit seinem Etat in der Gemeinschaft sämtlicher Länder, und doch wird wohl kein Land in diesem Ausmaße nachweisen können, daß es in der Drohung seiner Ausgaben so weit gegangen ist, um den Besoldungsmehraufwand auszugleichen.

Die sächsische Regierung hat volles Verständnis für die schwere Lage des Reiches, das durch die Reparationszahlungen schwer belastet ist, aber sie kann nicht einsehen, daß die finanzpolitischen Folgen daraus die Länder allein tragen müssen und sich der schweren Kritik der von ihnen hauptsächlich besteuerten Wirtschaftskreise aussetzen sollen.

Auf der Länderkonferenz war es das Bestreben aller beteiligten Ländervertreter, die Verwaltung zu vereinfachen und nicht noch weiter zu komplizieren. Jede überspannte Zentralisation in der Verwaltung ist letzten Endes teurer als die Dezentralisation. Im Reichstage wird die Höhe der Ueberweisungsteuern an die Länder in der Regel zur Veranlassung genommen, den Ländern gegenüber von erhöhten Dotationen zu sprechen. Das ist eine Auffassung, die dem Finanzausgleich ganz und gar widerspricht.

In Sachsen sind die Steuererhöhungen der Gemeinden und Bezirksverbände im Rechnungsjahr 1925 gegenüber denen von 1913 wesentlich härter angewachsen wie die des Staates.

Die Einkommensteuer und Ergänzungsteuer haben den Gemeinden und Bezirksverbänden 1913 rund 88 Millionen Mark und dem Staate rund 77 Millionen Mark erbracht. Der diesen Einnahmen entsprechende Anteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer des Reiches hat den Gemeinden und Bezirksverbänden im Rechnungsjahr 1925 rund 93,7 Millionen Mark, dem Staate dagegen nur rund 80 Millionen Mark erbracht. Der Anteil der Gemeinden und Bezirksverbände hat mithin 1925 rund 106,6 Prozent, der Anteil des Staates 1925 dagegen nur rund 103,8 Prozent der Annahmen aus der Einkommen- und Ergänzungsteuer 1913 betragen.

Die Verhältnisse haben sich bis zum Jahre 1927 immer mehr zugunsten der Gemeinden verschoben, da die Gemeinden auf die Realsteuern erhöhte Zuschläge nach und nach erhoben und auch sonstige neue Abgaben eingeführt haben.

Eine Umänderung des Landesfinanzausgleichs zwischen Staat und Gemeinden zugunsten des Staates kann unter diesen Umständen deshalb zur Zeit nicht in Frage kommen.

Dadurch, daß die Umsatze unter die einzelnen Länder nur zu einem Drittel nach dem Verhältnis des Einkommens und zu zwei Drittel nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl zu verteilen ist, erleidet das Land Sachsen für das Jahr 1928 schädigend eine Einnahmefall von rund 4,9 Millionen Mark.

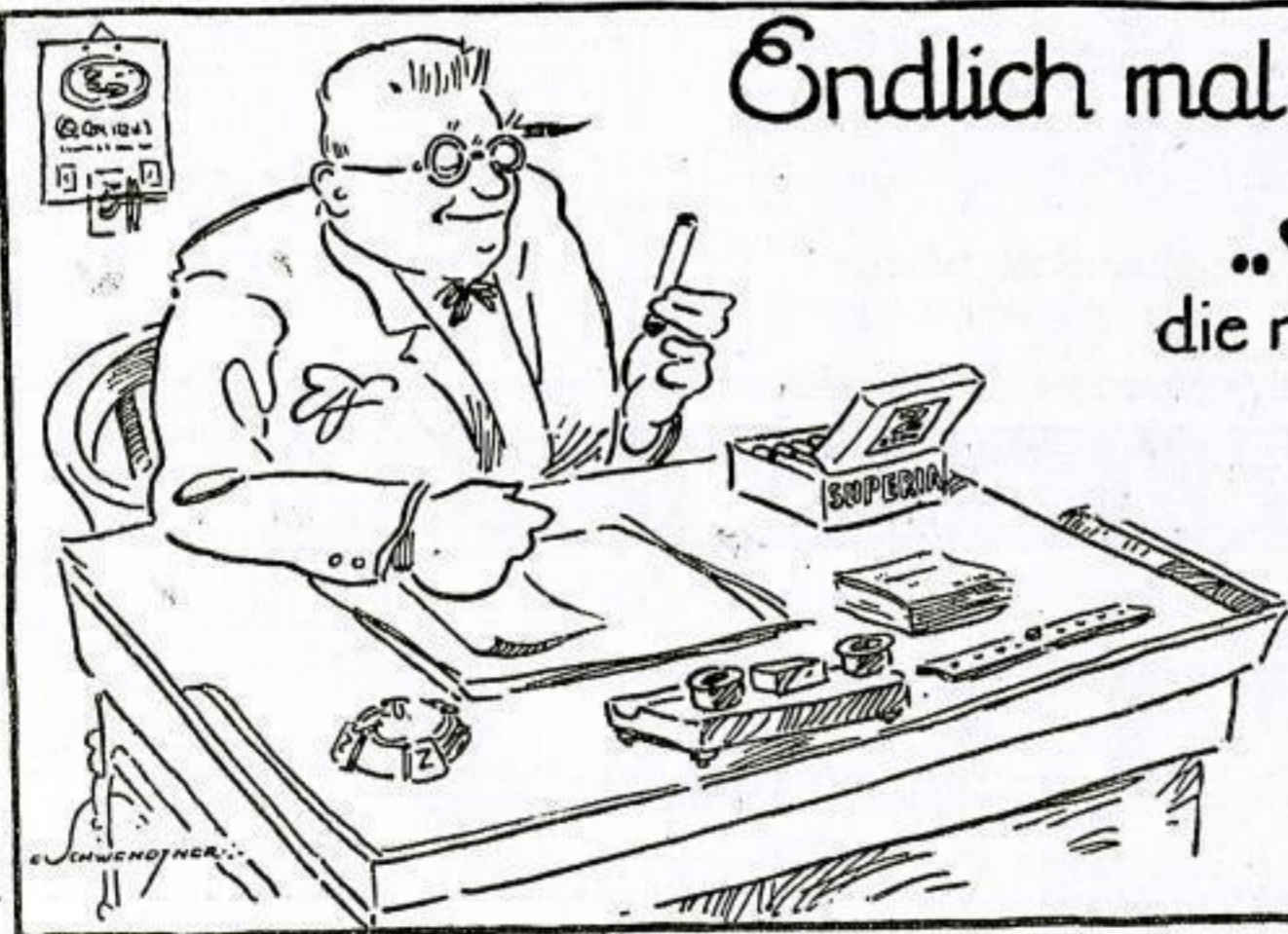
Das Land Sachsen, das auf den Kopf der Bevölkerung weit über dem Reichsdurchschnitt an Umsatzsteuer ausgedrückt hat, hat einen im umgekehrten Verhältnis hierzu liegenden geringen Anteil, das Land Bayern dagegen einen außerordentlich hohen Anteil an der Umsatzsteuer erhalten. Preußen erhält ziemlich genau das Aufkommen in seinem Lande.

Es bedarf keiner besonderen Darlegung, daß ein solcher Verteilungsschlüssel ungerecht und für das Land Sachsen je länger um so schwerer ertragbar wird. Auch der Schlüssel für die Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer unter die Länder ist durchaus ungerecht und sächlich nicht gerechtfertigt. Durch den ungerechten Verteilungsschlüssel

Endlich mal was anderes!

„SUPERIA“
die neue charaktervolle

Zigarette
53





Wesgespräch im Thüringer Hof

Großer Messbetrieb. Aber es trifft sich, daß ich einen Tisch finde, an dem nur ein Mensch sitzt. In reifen Jahren, mit gepflegtem Schnurrbart, Schweinszahn an der Uhrseite, überhaupt Topf des flaffenbewußten Leipziger Bürgers. Versucht mich anzuquatschen, ich lehne ab. Der Tisch wird mit Messerfremden besetzt, die durch ihr lärmendes Gespräch sich sofort als rheinische Fabrikanten zu erkennen geben. Mein Speicher ist ganz Ohr und hängt sich sofort in ihr Gespräch. Einer der Fremden ruft den Kellner um die Speisekarte. Wie ein Wiesel spricht der Speicher in die Höhe und bringt sie dem Fremden. Der geborene Lakai. Gegenseitiges Anprosten. Der Speicher fühlt Mädonnets Gnade auf sich glänzen und geht aus sich heraus. Ah ja, die gute alte Zeit. Wo sich Arbeiter und Chef noch duzten. Heute ist dieses schöne Verhältnis durch die Sozen getrübt. Und durch die Juden.

Der Speicher findet bei den rheinischen Fabrikanten volles Verständnis. Ja, die Sozen und die Juden! Der Speicher schwimmt in Wonne. Beugt sich gewichtig vor.

„Ja, mir habbn hier gitzlich ein egladandes Beispijel. Der Augustusblas, unser scheenster Blas, is durch e Hochhaus verschandelt worden. Von e reichgewordenen Inftabjonsjuden. 's Brotschbedd war abgelähnt. Was macht där Jilu? Er gibt dän sozialistischn Schabtdverordnebn suffzig Mille vor ihrn Folgshausbau.“

Jetzt kann ich mich nicht mehr zurückhalten und sage ihm, daß er hier eine Unwahrheit verbreitet. Er lacht mich dümmlich an. „Nuffa, ä Kerddum. Nih vorsch Hochshaus, nee, där Groch, där Jude, hab die suffzig Mille for der Folgshaidung, die robe Dräggschleider, gegäm.“

„Erlauben Sie, was Sie hier erzählen, ist alberne und unverschämte Lüge. Wollen Sie mir Ihren Namen nennen?“

„Nu, hee, mir sibzn doch hier am Bierdische un wolln uns gemiedlich unterhalbn.“

„Sie verbreiten aber gemüßlich froche Verleumdungen.“

„Schdimms verleihd nich, dassis Hochshaus gehaud wärd?“

„Weischn Sie nicht aus, sondern begründen Sie Ihre alberne Behauptung oder beken Sie sie mit Ihrem Namen.“

„Na, wo ich doch blooß gemiedlich mei Bier drinken will. Nu, Sie schejn genau Bescheid ze wiffn.“

„Allerdings, darum habe ich Sie einen Lügner genannt. Wollen Sie mich nicht verflagen?“

„Ah, dummes Jeld, wo ich blooß friedlich ä Bierdischgespräch mache.“

„Ich werde Ihren Namen feststellen lassen.“

„Ach, nu nee.“

Unterhalb der nächsten Minute hatte der Held gezahlt und verschwand, mich mit tückischem Blicke mustend. Und auch die rheinischen Fabrikanten besungten mich feindselig. Sie waren bestimmt für die Sorte Friedlichkeit, die aus der albernem Verleumdung so läppig spricht.

Novus

Begräbnis im Kristallpalast

Das mehrere Wochen dauernde Hungern ist kein Zugmittel mehr für das Varieté, seitdem der letzte namhafte Hungerkünstler gerade in Leipzig seinen Beruf diskreditiert hat. Trotz der Verzgie, trotz der Wächter hatte er reichlich nahrhafte Hühnerbouillon konsumiert und somit die unzähligen Neugierigen, die sonst noch keinen hungernden Menschen gesehen hatten, geprellt. Was man ihm nicht übernehmen sollte.

Der neue Wundermann, der sich am Sonnabend im Kristallpalast für 175 Stunden einlagern, verbuddeln, verschüren, ver-nageln und notariell verriegeln ließ, gedentt also reichlich sieben Tage lang bei gänzlicher Nahrungsenthaltung im kataleptischen Schlaf zu verharren. Da die Untersuchung des Rotars vollständiges Abgesperrtsein von der Luft ergab, ist der Eingezargte auf das denkbar niedrigste Maß von Atmung angewiesen. Nase und Ohren sind ihm mit Wachs verstopft, auf dem versträubten Sarge liegt eine Schicht von Torfmüll, und der Schlafende hat augenscheinlich nichts als einen Hammer und eine Alarmglocke bei sich, mit denen er sich bei vorzeitigem Erwachen bemerkbar machen oder auch die kleine Glascheibe einschlagen kann, durch die man ihn nach Erliegung des Eintrittsgeldes betrachten darf. Denn auch hier sind Neugierige erwünscht.

Eine solche außergewöhnliche Willensanstrengung ist der Wissenschaft nichts Neues, und zahlreichen Arbeitern ist langes Hungern und Verweilen in dumpfen Löchern nicht fremd. Dem Faktir, der sich da im Kristallpalast sehen läßt, bringt es aber etwas ein, falls sich genügend Neugierige finden. Für diejenigen, die ihm etwa nachsehen wollen, sei das Wesentliche aus seinem Leben gesagt.

Er hat einen sehr, sehr dicken Bauch, der nicht auf sonstiges Hungern schließen läßt. Ueberhaupt macht er den Eindruck eines Münchener Bierbürgers. Ob er Huber oder Niederwürger oder Kulide heißt, weiß ich nicht. Aber er ist jugedebenermaßen Deutscher von Geburt, der sich seinen dicken Bauch mit einem farbenstreubigen indischen Gewande dekoriert und sich den indischen Namen To Aha beigelegt hat. Er gibt an, den in Indien weit verbreiteten Beruf eines Faktirs auszuüben, d. h. eines Künstlers in der Bezwingung aller der Dinge, die dem Menschen sonst Vergnügen machen. Da ihm schon in jungen Jahren die abendländische Kultur keinen Spaß mehr machte, ging er nach Indien, um sich dort religiös zu erneuern. Das macht man dortzulande, indem man sich an einen alten Mann anschließt, der die fragwürdige Kunst aller Genüsse predigt. Auch To Aha fand einen. Als dieser Weise starb und auf dem Scheiterhaufen schmorte, war die religiöse Erinnerung To Ahas schon soweit vorgeschritten, daß er den verammelten Scheiterhaufengästen eine Probe seiner Weisheit und Willenskraft geben konnte. Er zeigte seine Trauer für den Verstorbenen, indem er sich öffentlich und lebendigen Lebens den eigenen Daumen abmagte. Sein heutiger Manager, der sich „Experimentalpsychologe“ nennt, konnte nicht angeben, ob es der rechte oder linke Daumen war. Vielleicht ist er wieder nachgewachsen.

Nun, der Bauch des Herrn To Aha bürgt dafür, daß er später nicht immer an den eigenen Hungerpoten hat nagen müssen. Falls Herr Bommichen aus Schönefeld oder Stütz sich für den Beruf interessieren sollte, weiß er nun, wie es gemacht wird. Zu der durch Arbeitslosigkeit und Wohnungslosigkeit schon erworbenen Uebung gehört nur noch eine starke Willenskraft, dann ein auf dem Scheiterhaufen bratender Meister und selbstverständlich der Drang nach religiöser Erneuerung. Ein indischer Name ist leicht aus dem

Legikon zu ersetzen und indische Kleidung aus der Maskengarderobe zu leihen. Den Manager mit dem Vornamen „Experimentalpsychologe“ will ich gern machen. Wir werden die verdienen. Wie ist's, Walter Meier aus Pannsdorf, wollen wir's versuchen? Hannes.

Der Rat verteidigt seine Gehälter

Vom Rate wird mitgeteilt: Die in der letzten Stadtverordnetenversammlung von Seiten der SPD-Fraktion ausgesprochene Behauptung von der Erhöhung der Ratsgehälter um 70 Prozent erweckt den Anschein, daß die besoldeten Stadträte nach der neuen Besoldungsvorlage tatsächlich eine Erhöhung ihrer Bezüge um 70 Prozent erhalten sollen. Das entspricht nicht den Tatsachen. Richtig ist vielmehr, daß die besoldeten Stadträte nach der neuen Besoldungsordnung tatsächlich eine Erhöhung ihrer Bezüge um 23 Prozent erhalten würden. Eine 70prozentige Erhöhung würde nur in dem Falle praktisch werden, daß ein besoldeter Stadtrat das Anfangsgehalt bezieht, was zur Zeit nicht der Fall ist. Der Rat hat eine solche Erhöhung des Anfangsgehaltes für erforderlich erachtet, weil anders die Gewinnung tüchtiger Kräfte auf die Dauer unmöglich ist, da in anderen deutschen Großstädten längst Anfangsgehälter gewährt worden sind, die weit über die bisher in Leipzig gewährten Anfangsgehälter hinausgehen.

Die Erklärung des Rates beweist nichts gegen unsere Forderungen im Stadtverordnetenkollegium. Wenn es auch richtig ist, daß die Mehrzahl der gegenwärtig amtierenden Stadträte, weil sie bereits die Höchstgehälter beziehen, nach der neuen Besoldungsordnung tatsächlich nur eine Erhöhung ihrer Bezüge um 23 Prozent erhalten, so geht der Rat doch selbst zu, daß eine 23prozentige Erhöhung in den Fällen praktisch wird, wo ein besoldeter Stadtrat das Anfangsgehalt bezieht. Die sozialdemokratische Fraktion wünscht deshalb, die Anfangsgehälter statt mit 12000 Mk. mit 8400 Mk. zu beginnen zu lassen, um diese gewaltige Steigerung zu vermeiden. Sie vermag die Verantwortung für eine 70prozentige Gehaltserhöhung nicht zu übernehmen, insbesondere auch nicht im Hinblick auf die äußerst dürftigen Aufbesserungen der Gehälter der unteren Beamten, die oft kaum mehr wie 200 Mk. im Jahre betragen. Eine Erhöhung von 70 Prozent des bisherigen Anfangsgehaltes von 6000 Mk. ergibt eine Gehaltszulage von rund 5000 Mk. jährlich. Auch die Erhöhung der Gehälter der gegenwärtig im Amt befindlichen Ratsmitglieder um 23 Prozent ergibt immerhin eine jährliche Erhöhung des Gehaltes um circa 3000 Mk.; denn 23 Prozent oben wirken sich eben anders aus als 23 Prozent unten.

Was den Einwand des Rates anlangt, daß die Erhöhung der Anfangsgehälter für erforderlich gehalten wird, um tüchtige Kräfte auf die Dauer zu gewinnen, so stehen wir auf dem Standpunkt, daß ein Anfangsgehalt von 8400 Mk., zu dem noch 1728 Mk. Wohnungsgeldzuschuß treten, keineswegs zu niedrig ist, zumal die Zahlung des Anfangsgehaltes in den seltensten Fällen praktisch wird, da neu antretende Stadträte ihre bisher in der Verwaltung verbrachte Dienstzeit angerechnet erhalten, so daß sie in Wirklichkeit mit höherem Anfangsgehalt beginnen. Besonders qualifiziertere Kräfte von Ruf und Fähigkeiten können somit im Rahmen der Staffel durch Anrechnung von Dienstjahren oder, wenn es nicht anders geht, auch durch Sonderregelung gewonnen werden. Das von der sozialdemokratischen Fraktion geforderte niedrigere Anfangsgehalt von 8400 Mk. würden tatsächlich nur solche Stadträte

erhalten, die eine bisher in der Verwaltung verbrachte Dienstzeit nicht nachweisen können, also solche Persönlichkeiten, die aus der Arbeiterbewegung hervorgehen. Der Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, die Grundgehälter der Ratsmitglieder von 12000—16000 Mk. herabzusetzen auf 8400—14000 Mk. dürfte den Beweis dafür erbringen, daß die Sozialdemokratie ohne Rücksicht darauf, ob Stadtratsmitglieder der Arbeiterpartei betroffen werden — und diese allein würden ja, wie schon nachgewiesen, den niedrigeren Anfangsgehalt erhalten — auch auf dem Gebiete der Besoldung sachliche Politik treibt, die nichts mit Futterkripenpolitik gemein hat.

Lebensgefährliche Bahnüberführung

Wir haben schon vor einiger Zeit auf die Bauähnlichkeit der im Zuge der Altkstraße nach Schönefeld befindlichen Bahnüberführung hingewiesen. Die Brücke ist so bauähnlich, daß sie durch die Straßenbahnzüge und schwere Lastfahrwerke zum Schwanken gebracht wird. Man hat vor längerer Zeit umfangreiche Reparaturarbeiten an der Brücke vorgenommen, die aber zu einer dem starken Fahrverkehr gewachsenen Stabilität der Brücke nicht führten. Jetzt ist nun auf Antrag der Reichsbahngesellschaft vom Polizeipräsidenten wegen Durchführung neuer Ausbesserungsarbeiten angeordnet worden, daß die Brücke für Fahrzeuge über 10 Tonnen Gesamtgewicht gesperrt ist und von Fahrzeugen über 5,5 Tonnen Gesamtgewicht nur in Schrittlängigkeit befahren werden darf und daß auf ihr größere Menschenansammlungen zu unterbleiben haben. Trotzdem fahren über die Brücke noch die Straßenbahnzüge, die doch ein Gesamtgewicht von über 10 Tonnen haben. Es ist eine geradezu strafbare Unverantwortlichkeit, daß die Brücke, die durch Hindernis nicht so gestärkt werden kann, daß sie den starken Verkehrsansprüchen genügt, nicht ganz gesperrt und eine neue Brücke gebaut wird. Nicht nur die große Belastung der Brücke durch den starken Fahrverkehr gefährdet die Sicherheit der Straßenpassanten, sondern auch die vielen Flüge, die unter ihr hinwegfahren und ihre Fundamente stark erschüttern. Es wird höchste Zeit, daß baldigst ein neuer Brückenbau aufgeführt wird, oder soll etwa erst ein Unglück geschehen, ehe der Brückenbau in Angriff genommen wird?

Die Verkehrsverhältnisse in den Westvororten

Verbesserungen sind dringend notwendig. In keinem Vorortbezirk sind wohl in der Vorkriegszeit die Verkehrsverhältnisse so vernachlässigt worden wie in den westlichen Vororten, besonders aber in Lindenau. Für die Ratsherren und die bürgerliche Mehrheit im Stadtverordnetenkollegium lagen die westlichen Vororte mit ihrer Arbeiterbevölkerung jenseits des großen Walfers (Lindenauer Wiesen bei Hochwasser) und wurden deshalb weniger beachtet. Der Rat arbeitete wohl Bebauungspläne aus, die aber weder der eigenartigen Lage noch der industriellen Entwicklung der westlichen Vororte Rechnung trugen. Die westlichen Vororte, ein ausgesprochenes Arbeiter- und Industrieviertel, sind durch die Elektrifizierung mit ihren Wald- und Wiesenflächen und das Hochwasserflutbett von den anderen Stadtteilen getrennt. Mit der industriellen Entwicklung des Westens hat sich auch ein starker Personen- und Fahrverkehr entwickelt. Hinzu kommt noch, daß mehrere Hauptverkehrsstraßen mit zum Teil recht starkem Fernverkehr (Lügnern, Merseburger, Gundorfer und Fischebische Straße) durch Lindenau hindurchführen und sich der ganze Verkehr an der Frankfurter Straße (Drei Linden) zusammenbringt, die die einzige direkte Verbindung mit der Innenstadt ist. Die genannten Straßen sowie die wichtigsten Verbindungsstraßen, wie Demmering-, Dreilinden- und Kuhmstrasse, sind fast durchgängig so schmal, daß sie schon heute überlastet sind. Eine Verbreiterung der Straßen kommt nicht in Frage, weil die Straßen fast vollständig bebaut sind und ein Abruch ganzer Häuserreihen nicht gedacht werden kann. Kurzum, bei einer Überprüfung der gegenwärtigen Verkehrsverhältnisse kommt man zu der Ueberzeugung, daß die wichtigsten Verkehrsstraßen der westlichen Vororte vollständig verbaut sind.

Die Gundorfer Straße — in Leuzsch heißt sie Friedrich-Ebert-Straße — ist eine äußerst schmale Straße, oft so schmal, daß die Straßenbahnseile dicht am Fußweg liegen. Außer drei Straßenbahnlinien, die doppelgleisig durchgeführt werden, beschränkt sich der ganze Fahrverkehr auf diese Straße, weil die Lindenauer Straße nicht bis zur Rathausstraße durchgeführt ist und sich außerdem das Straßenpflaster in einem sehr schlechten Zustand befindet. Mit der weiteren Bebauung der Leuzscher und Wölfls-Ehrenberger Flur, der Durchführung des geplanten Baues des Ester-Saale-Kanals und der Eisenbahnlinie Leuzsch-Merseburg sowie durch die mit Wahren hergestellte Straßenverbindung wird der Verkehr in der Friedrich-Ebert- (Gundorfer) Straße schon in nächster Zeit sehr stark zunehmen. Es ist daher dringend notwendig, daß die Friedrich-Ebert- (Gundorfer) Straße so bald als möglich entlastet wird, was dadurch geschehen kann und muß, daß die Lindenauer Straße bis zur Rathausstraße ausgebaut, die Fahrstraße mit einem glatten Pflaster versehen und die Straßenbahn nur einleisig durch die Friedrich-Ebert- (Gundorfer) Straße und Lindenauer und Leuzscher Straße durchgeführt wird. Die Gundorfer Linie muß stadtauswärts bis zur Barner Straße durch die Altkstraße geführt werden.

Mit der Verlegung des einen Straßenbahnlaufes nach der Leuzscher und Lindenauer Straße wird auch die Demmeringstraße zwischen Merseburger und Obermannstraße, und zwar an der gefährlichsten Stelle, entlastet, wo sich eine Volksschule befindet. Es ist dringend notwendig, daß neben der Gleisverlegung die Friedrich-Ebert- (Gundorfer) Straße wie auch die Demmeringstraße zwischen Merseburger und Leuzscher Straße ein glattes Pflaster (Holz oder Asphalt) erhalten und dadurch die durch den starken Lastfahrverkehr verursachten starken Erschütterungen gemindert werden.

Nach einer Ratsvorlage soll die Straßenbahnlinie 13 verlegt und anfast durch die Obermann-, Dreilinden- und Kuhmstrasse bis zum Ende der Lügnern Straße durchgeführt werden. Auch bei diesem Umbau macht sich notwendig, daß die Lügnern Straße von der Frankfurter bis zur Henriettensstraße mit Holz oder Asphaltpflaster versehen wird. Die Lügnern Straße hat einen sehr starken Fernverkehr, was aus der Tatsache hervorgeht, daß bereits der Bezirksauschuss der Amtshauptmannschaft Leipzig sich mit der starken Gefährdung des Personentransports auf der Lügnern Landstraße — zwischen Lindenau und Marktansicht — beschäftigt mußte. Außerdem wird die Lügnern Straße durch die vielen Lastautos, die von der Westendbaugesellschaft Sand, Kies und Mästel holen und nach den verschiedenen Baustellen im ganzen Stadtbezirk fahren, sehr stark belastet. Die Häuser erschüttern und die Fenster scheitern, wenn diese Autos nicht vollbeladenen Anhängerwagen in scharfem Tempo durch die Straße rattern. Kranke, die oftmals der größten Ruhe bedürfen, haben darunter schwer zu leiden. Bei dem jetzigen Pflaster geht aber auch viel Material verloren, das zu Staub gefahren, bei trockenem wie auch bei nassem Wetter zur Plage der Bewohner der Lügnern Straße wird.

Die untere Hälfte der Karl-Heine-Straße, durch die nur eine Straßenbahnlinie fährt, die breiter ist als die Lügnern Straße und auch sonst keinen übermäßigen Fahrverkehr aufzuweisen hat, ist bereits mit Holzpflaster versehen; wahrscheinlich, weil sich in dieser Gegend sehr viel Villen befinden und „keine Herrschaften“ wohnen. Dringender als die Karl-Heine-Straße benötigen aber die oben genannten Straßen wie auch die Fischebische, Kuhmstr. und Dreilindenstraße, die ebenfalls mit Verkehr überlastet sind, Holz- oder Asphaltbelag.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß auch eine Verbreiterung der Fahrbahn der Merseburger Straße zwischen Demmering- und Lügnern Straße dringend notwendig ist. Der Rat zeigt endlich, daß er auch für die Bevölkerung in den Westvororten etwas übrig hat.

Die andere Seite der Messe

In der großen Aufmachung der Messe verschwinden nur zu leicht die Schattenseiten dieses kapitalistischen Hochbetriebes. Ein paar Illustrationen mögen auch in diesen Tagen des Trubels daran erinnern, daß wir in einer Gesellschaft der Ausbeutung und der schärften sozialen Gegensätze leben.



Arbeitslose versuchen vor dem Hauptbahnhof einige Pfennige durch Gepäcktransport zu verdienen.



Ein Kellerauto für Hotel Silber, das vor einem der teuersten Restaurants Leipzigs hält; an den Rädern Duhende Silberner Vögel.



Eine Parade auf dem Ausstellungsgelände als Arbeitsnachweis; man vergleiche damit die eleganten Räume, die das Museum überall den kapitalistischen Besuchern der Messe zur Verfügung stellt.

Wo ruft die Pflicht?

Funktionäre.
Entscheid. Am Freitag, dem 9. März, von 10 Uhr ab Ausgabe der Handzettel für die öffentliche Versammlung in der Bibliothek Jede Flugblatttour muß abgeholt werden.

Frauen.
Markranstädt. Morgen Donnerstag, 20 Uhr. Frauenabend im Café des Volkshauses. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Jungsozialisten.
Lindenu. Sonntag Fabrik Wachen-Großsteinberg. Treffen 8 Uhr. Hauptbahnhof (Dritte). Die Genossen der Sildaruppe sind eingeladen.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Süßb. Alle Helfer gehen am Sonntag nach Wachen zur Arbeit. Erscheinen aller ist Pflicht. Treffen 8 30 Uhr am Zeitungsstand Dittels Hauptbahnhof. Wer uns von den Eltern helfen will, ist herzlich willkommen.
Vorbe Fritz Kuhl trifft sich 7 Uhr ebenfalls am Zeitungsstand.

Mitglieder-Vorstellungen

Schnig. Donnerstag, 8. März, 20 Uhr. im Heim Versammlung. Genosse Meyer: Deitere Dichtungen und Lieber zur Laute. Zahlreicher Besuch wird erwartet. 19 Uhr Vorstandssitzung.

Feuer in einer Mehanstellung. Infolge Kurzschlusses in der elektrischen Leitung entstand am Dienstag in der 13. Stunde im Grundstück Petersstraße 2/4 ein Brand, bei dem eine Anzahl Radioapparate und elektrische Sprechmaschinen schwer beschädigt wurden. Da die Brandstelle in einem zur ebenen Erde gelegenen Schaufenster lag, sammelte sich sofort eine ungeheure Anzahl Zuschauer, die mit großem Interesse den Arbeiten der Feuerwehr folgten. Ein größeres Polizeiaufgebot war notwendig, um den Verkehr in der Petersstraße aufrecht zu erhalten. Nach etwa halbstündiger Tätigkeit konnte die Wehr wieder abziehen.

Die Sächsische Kommission für Geschichte hat Sonnabend, den 3. März 1928, ihre 30. Jahresversammlung abgehalten. Es wurde Bericht erstattet über die verschiedenen in Bearbeitung befindlichen Veröffentlichungen. Abgeschlossen liegt im Druck der 1. Band der Landtagsarten vor, den Studienbibliothek Dr. Goerlich in Riesa vollendet hat: Staat und Stände unter den Herzögen Albrecht und Georg (1485-1539). Zur Ausgabe wird auch ein neuer Band der Bibliographie zur sächsischen Geschichte, bearbeitet von Landtagsbibliothekar Dr. Bemann, Dresden, und Bibliothekar Dr. Jahnke, Dresden, gelangen; es wird darin begonnen mit der Aufzeichnung der Werke, die sich auf die einzelnen Orte Sachsens beziehen. Die Bearbeitung der Münzbriefe aus dem Nachlaß Professor Boehmers hat Privatdozent Dr. Riem, Leipzig, übernommen. Im Manuskript liegt ein Band kirchlicher Visitationen, die auch wirtschafts- und sozialgeschichtlich großes Interesse bieten, bearbeitet von Oberlehrer Prof. Dr. Müller, Leipzig, vor. Für die Drucklegung vorbereitet ist der 1. Band der Sächsischen Lebensbilder, der Persönlichkeiten Sachsens aus dem 19. Jahrhundert behandelt wird. Die übrigen Unternehmungen der Kommission sind in gutem Fortgang begriffen. Als ein neues Unternehmen wird ein Werk zur sächsischen Münz- und Geldgeschichte geplant, des Museumsdirektor Dr. Schwintowski, Dresden, ausführen wird.

Das Gewandgäßchen für den Fahrverkehr gesperrt. Das Polizeipräsidium hat sich, um den erheblichen Störungen des Verkehrs im Gewandgäßchen abzuwehren, entschlossen, diese Straße verkehrswegweis bis auf weiteres für den gesamten Fahrverkehr in der Richtung von der Universitätsstraße nach dem Neumarkt zu sperren.

Wegfall im Kommando der Schutzpolizei. Mit dem 31. März 1928 scheidet Polizeioberst Engel infolge Erreichung der 55-jährigen Altersgrenze aus seiner Stellung als Leiter des Polizeipräsidiums bei dem Polizeipräsidium Leipzig aus. An seine Stelle tritt am 1. April der bisherige Polizeioberstleutnant Weidert vom Ministerium des Innern.

WZ. Sonntag, 11. März, finden zwei Führungen durch die Technische Messe statt, und zwar am 14. und 15. März. Karten zum ermäßigten Preise von 50 Pfg. sind im WZ und am Sonntag am Eingang des Ausstellungsgeländes bei dem Genossen Pfeiffer zu haben.

Elternabend. 22. Volksschule: Sonnabend, den 10. März, 12. und 13. März, 19.30 Uhr, im Sächsischen Hof (Leipzig-Schönefeld) Aufführung „Du deutscher Wald“ von Franziskus Ragler. Eintritt 30 Pfg.

Elternabende. 34. Volksschule. Freitag, den 9. März, 7 1/2 Uhr, im Schulsaal, Lichtbildvortrag des Herrn Lehrers Braune: Streifzüge durch die Urwelt der Menschheit. — 42. Volksschule. Am Dienstag, dem 6. März, 7 1/2 Uhr, findet für die Eltern im Schulsaal der 44. Volksschule (Demmeringstraße 31/33) ein Filmvortrag statt: „Ein Volksfeind“, welcher die Gefahren und schädlichen Auswirkungen des Alkoholgenußes veranschaulicht soll. — Eintritt ist frei.

Museumsführung. Das Naturkundliche Heimatmuseum am Freizeitspaz (Eingang Vorhansstraße 3) veranstaltet in der zoologischen Schauausstellung am Mittwoch, 7. März, 1/20 Uhr, eine öffentliche Führung: Edelkatten, Sperber und Habichte unserer Heimat (W. Salzmann). Die Führung gibt Gelegenheit, die zur Zeit nicht ausgestellten Tiere der Sammlungen zu sehen. — Die Teilnahme ist für jedermann frei.

Ein Lehrgang zur Ausbildung von Säuglingswärterinnen beginnt, wie das städtische Jugendamt mitteilt, am 1. April d. J. in den städtischen Krippen. Die Schülerinnen müssen 18 Jahre alt, wenigstens aber fortbildungsfähig sein. Anmeldungen hierzu werden im Jugendamt, Stadthaus, Säuglingstanzel, Zimmer 767, und in den Krippen Lange Str. 25, Veitshof Str. 74, Fredestr. 6 und Fleischstr. 5 entgegengenommen. Ebenda sind auch die näheren Aufnahmebedingungen und weitere Auskünfte zu erhalten.

Lehrgang über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten auf Grund des Reichsgesetzes und der sächsischen Ausführungsbestimmungen am 16. und 17. März 1928 in Leipzig. Einladungen und Auskünfte sind beim Gesundheitsamt in Neuen Rathaus, Zimmer 461, zu haben.

Kentner, Külturgespinnster, Erwerbslose, Kurzarbeiter, Kriegsbeschädigte. Ausgabe von Hammelfleisch, beste Qualität, Freitag, den 9. März, von 8 bis 15 Uhr, und Sonnabend, den 10. März, von 8 bis 14 Uhr, im städtischen Schlachthof. Einzelpreis das Pfund 75 Pfg. Der Lebensmittelverkauf findet täglich von 8 bis 12.30 Uhr, in der Gerberstraße 8, Glasolonnade, statt. Mehlausgabe Pfd. 25 und 28 Pfg., Reis Pfd. 22 Pfg., Harer Zuder Pfd. 28 Pfg., Margarine Pfd. 46, 55 und 75 Pfg., Vinsen Pfd. 25 Pfg., Graupen Pfd. 25 Pfg., usw. Die Ausgabe erfolgt nur gegen Ausweis.

Vor 80 Jahren

Von Arno Rapp.

Die von Ak. aus den Katsarchiven ausgegebenen Dokumente und Meuerungen aus der sturmbelegten Revolutionszeit vor 80 Jahren werden zweifellos großes Interesse bei unseren Lesern finden. Wir bringen sie Ihnen daher zur Kenntnis, obwohl sie in den nachfolgenden Aufzeichnungen die ihnen zukommende historische Würdigung nicht gefunden haben.

Die Redaktion.

Am Mittwoch, dem 1. März des Jahres 1848, vormittags 10 Uhr, eröffnete der Stadtratspräsident, Abokat Franz Werner, vor überfüllten Tribünen eine außerordentliche Sitzung der Leipziger Stadtratsversammlung. Tagesordnung: „Antrag auf Erlassung einer Adresse an den König.“ Werner wies darauf hin, daß die neuesten Ereignisse in Frankreich wohl geeignet seien, auch für Leipzig Befürchtungen zu erregen. Man habe sich daher entschlossen, in Verbindung mit dem Räte eine Adresse an den König zu richten,

„deren Petition auf Herbeiführung der Pressefreiheit im Umfange des deutschen Vaterlandes und auf der Vertretung des Volkes beim Bundestag gerichtet sei.“

Am gleichen Tage erschienen die Stadtverordneten Werner, Biedermann und Koch in der Sitzung des Ratskollegiums und überreichten im Auftrage der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Adresse mit dem Ansuchen, der Rat möge ihr ebenfalls sofort beitreten. Das Schriftstück lautete:

„Ein Ereignis hat stattgefunden, welches die ganze Weltlage zu verändern, welches namentlich Deutschlands und somit auch Sachsens, auch Leipzigs Zukunft aufs ernstlichste zu gefährden droht. In dem Lande, welches seit langen Zeiten vorzugsweise bestimmd auf Europas, auf Deutschlands Geschicke einwirkend hat, ist ein Umsturz der Dinge eingetreten, dessen Ende und dessen Folgen für die übrigen Länder sich noch gar nicht übersehen lassen.“

Die Adresse verlangte von der Regierung außerdem noch Berufung von Volksvertretern in den Bundestag. Rat und Stadtverordnete beschloßen noch am gleichen Tage, eine Kommission zur Regierung nach Dresden zu senden, die am Donnerstag, dem 2. März, in Dresden anlangte. Jubelnd begrüßt von den begeisterten Dresdnern. Hier empfing sie Minister von Falkenstein im Namen des Königs. Er erklärte den Leipziger Abgeordneten, daß der König entschlossen sei, „fest bei der Verfassung zu beharren.“ Gleichzeitig überreichte der Minister dem Bürgermeister Groß ein Handschreiben des Monarchen, das in anmaßendem Tone sich jede Einmischung verbat. Es heißt in diesem Schriftstück:

„Sie zweifeln im Eingang der mir soeben übergebenen Adresse selbst, ob der gehane Schritt Ihnen als Vertreter einer einzelnen Commune zukomme; ich wünsche, Sie wären dieser besseren Ueberzeugung gefolgt und hätten sich nicht zu diesem Schritte verhalten lassen.“

Und dann heißt es am andern Ort weiter:

„Sie sprechen von Mangel an innerer Eintracht zwischen dem Geiste der Verwaltung und dem Geiste des Volkes. Es sind nun mehr als 17 Jahre, daß mich die Vorlesung (?) zur Leitung der Verwaltung berufen hat, und ich bin in diesem langen Zeitraum von einem solchen Zwiespalt nichts gewahr worden!“

Mit einer solchen Antwort zurückkehren zu müssen, war schmerzhaft. Am Sonntag, dem 4. März, beschloßen die Stadtverordneten, nochmals eine Deputation nach Dresden zu senden, die dem König Aufklärung geben müsse. Man verlangte von ihm, daß er seine Ratgeber entlasse und die Stände sofort einberufe.

Inzwischen war es in Leipzig zu Unruhen gekommen. Der Rat ließ daher am Sonntag, dem 5. März, durch Anschlag zur Ruhe und Besonnenheit auffordern.

Der Montag brachte endlich die Ankündigung des Königs an seine Sachsen, in der die Pressefreiheit in Aussicht gestellt wurde. In düsterem Ton heißt es in der Bekanntmachung:

„Haltet ruhig und im Vertrauen auf das, was Ich schon gethan und noch thun werde! Greift nicht den Befugnissen der von euch selbst gewählten Landesvertretern vor!“

Der Stadtverordnete, Abokat Koch, erklärte daraufhin am 7. März in der außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten, daß diese Proklamation des Königs der schlagendste Beweis sei, daß die Re-

gierung keine Aenderung wünsche und beabsichtige. Die Unruhe stieg, so daß der Rat am gleichen Tage alle Bürger und selbständigen Einwohner aufforderte, sich zu bewaffnen und der bereits bestehenden Kommunalgarde sich anzuschließen.

Der Donnerstag brachte die einstweilige Aufhebung der Zensur bis zum 15. April.

Das Verdienst, der Angelegenheit den gehörigen Nachdruck gegeben zu haben, gebührt der Leipziger Arbeiterkassette.

Am 8. März 1848 brachte das Leipziger Tageblatt an verredter Stelle (siehe Seite 600!) folgende Notiz:

„Es ist gewiß sehr wünschenswert, daß die beschlossene Extrajahrt nach Dresden nächsten Sonntag stattfinden, weil während der Arbeitstage Tausende davon abgehalten sind. Viele Arbeiter.“

Diese wenigen Zeilen erregten die Besorgnisse der Dresdener Polizeidirektion, welche die Leipziger Polizeidirektion bat, „der Ausführung einer solchen massenhaften Anherfahrt mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten.“

Der Thron war in Gefahr! Die Regierung sandte daher dem Staatsminister von Carlomag nach Leipzig, um hier die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Er unterbreitete dem Räte am 11. März 1848 folgende Forderungen:

1. Man habe sich aufregender Reden politischer Natur in der Stadtverordnetenversammlung fortan zu enthalten;
2. im Rebellensverein und in den Versammlungen im Schützenhaus ist jede politische Agitation zu vermeiden;
3. das Umherziehen der Volksmassen und das Lärmen derselben ist abzustellen — und darf nicht wieder vorkommen;
4. Der beschlossene Zug nach Dresden zur Ueberreichung einer Adresse oder zu einer sonstigen politischen Manifestation hat schlechthin zu unterbleiben.“

Zur Unterstützung dieser Forderung hatte der Kriegsminister in Leipzig unmittelbarer Nähe größere Truppenmassen zusammen-

Die Stadtverordneten lehnten es ab, von Carlomag in der Stadtverordnetenversammlung sprechen zu lassen, verlangten vielmehr

„schleunigste Zurückziehung der die Stadt Leipzig umgebenden Truppen, da dieses Mittel das geeignetste sein dürfte, nicht nur die bereits gestörte Ruhe auch fernerhin zu erhalten, sondern auch die Besorgnisse wegen deren Störung gänzlich zu beseitigen.“

Dieses mannhafte Verhalten der Leipziger stärkte auch den Mut anderer Stadtverwaltungen. Besonders die Klein- und Mittelstädte stellten sich mit Leipzig in eine Front. Der Rat und die Stadtverordneten von Zwickau erklärten,

„daß Wes, was die Vertreter der Stadt Leipzig in diesem Sinne durch Wort und That beuntundet haben, auch ihrer Ueberzeugung entspricht, und daß sie diese ihre Ueberzeugung gleich Leipzigs hochherzigen Bürgern mit allen gesetzlichen Mitteln mit Gut und Blut zu vertreten bereit sind.“

Zahlreich sind die im Katsarchiv erhaltenen Dankadressen anderer Städte und Gemeinden an Rat, Stadtverordnete und Bürger wegen ihrer entschlossenen Haltung. Was Petitionen und Kommissionen nicht hatten erreichen lassen, die einschlägige Sprache der Stadtvertretungen machte es zur Aufgabe, sie verlaßte den Absoluten den schönen Stolz ihrer Machthaber so sehr, daß sie es vorzogen, kein beizugeben. Die Truppen wurden zurückgezogen; sogar ein „neues“ Ministerium gebildet, die Zensur aufgehoben, das Vereinsrecht anerkannt, ein Pressegesetz und eine Reform der Rechtspflege angekündigt. Doch wie bekannt, kam kaum ein Jahr später die Reaktion wieder obenauf. Die Arbeiter begannen die Situation zu nützen. Das Bürgerium wurde unerschütterlich. Unter Freiheit hatte es die Freiheit in der Ausbeutung der Proletariat verstanden. Als sein Instinkt ihm sagte, daß die Arbeiter sich damit nicht zufrieden geben, sondern für sich das Recht auf ein menschenwürdiges Sein geltend machen würden, wußten sie nicht recht, ob sie die Reaktion oder die Revolution mehr zu fürchten haben. Anzwischen haben die einstmals liberalen Kreise sich offen auf die Seite der Reaktion geschlagen. Das Proletariat aber hat erkannt, daß es dem Wortliberalismus ebensowohl auf den Hals rücken muß als der Reaktion. Danach handelt es und in diesem Zeichen wird es siegen.

vertreter durch Aufgabe von Bestellungen erheblich geschädigt. In einem Falle fingierte er eine Bestellung von Glas, Porzellan, Stein- und Kristallwaren im Gesamtwerte von 82 500 Mark. Nach den Bestellungen ließ er sich freihalten und kleinere Darlehen geben, da er angeblich keine Gelegenheit gehabt hätte, zur Bank oder Post zu gehen und Geld von seinen Guthaben abzuheben. Vor ihm wird gewarnt. Er ist 1,80 bis 1,87 Meter groß, schlant, bartlos, hat schmales Gesicht, dunkelbraunes Haar, trägt schwarzen Anzug, braunen Mantel und sprach Schweizer Mundart. Beim Wiederauftreten lasse man ihn festnehmen.

Warnung vor Ankauf. In der Nacht zum 3. März wurde in das Schaufenster eines Kaufwarengeschäftes im Grundstück Wauerische Straße 2 ein Einbruch verübt. Vermutlich haben die Täter die Schaufensterscheibe mit einem Glasschneider angeritzt und den angeschnittenen Teil mit einem schmalen Stimmeln herausgehoben. Durch das entstandene Loch wurden aus der Schaufensterauslage gestohlen: Eine Gajellenfeldendamenjade mit Opiumstragen, schwarz gearbeitet, mit grauer Seide gefüttert, der untere Rand des Futter ist 20 Zentimeter breit plüßert; ein achtfelliger Stunkstragen, gerade gearbeitet, mit schwarzer Seide gefüttert, Futter mit Rüsche abgesetzt, ein Schafallocker, doppelt verarbeitet, dunkles, naturfarbiges Fell; ein Ratsuchstragen mit rot und gelb gemusterter Seide gefüttert, ein weißer, gerillter Kaninragen, nicht gefüttert. Ferner wurde in der Zeit vom 3. März, 19 Uhr, bis zum 4. März 12.30 Uhr, die Schaufensterscheibe eines Damenmodengeschäftes in der Schillerstraße eingeschlagen. Durch die entstandene Öffnung wurden aus der Auslage gestohlen: Ein englischer Kaschamantel, beige gefärbt, ungefüttet und ein wollenes Trikotkleid. Um sachliche Mittelungen, die zur Ermittlung der Täter und Wiederherbeschaffung der gestohlenen Gegenstände führen können, bittet das Kriminalamt.

Taschenbroschüre. Am 26. Februar, in der 14. Stunde, sind einem 79 Jahre alten Mann auf einer Promenadenbank gegenüber dem Feuerwehreshop auf dem Fleischergäßchen aus der Tasche eine gelbe lederne Brieftasche, enthaltend 80 Mark und 10 verschiedene kleine Quittungen gestohlen worden. Als Täter kommen drei unbekannte Männer in Frage, die sich rechts und links vom Bestohlenen mit auf die Bank gesetzt hatten. Sie fragten ihn, ob er 100 Mark wechseln könne. Er ernennt dies, kam aber mit ihnen ins Gespräch. Hierbei muß ihm die Brieftasche gestohlen worden sein. Die drei Unbekannten waren 23 bis 25 Jahre alt, kräftig, bartlos, dunkel gefärbt, zwei waren etwa 1,60 Meter, der dritte 1,75 Meter groß. Eine genauere Beschreibung kann nicht gegeben werden. Zu ihrer Ermittlung dienliche Angaben erbittet das Kriminalamt.

Großer Schaufenstereinbruch in ein Goldwarengeschäft. In der Nacht zum 4. März, vermutlich in den frühen Morgenstunden, wurde in das Schaufenster eines Goldwarengeschäftes im Grundstück Nordstraße 1 eingebrochen. Die Täter haben vermutlich mit einem spitzen Gegenstand das Schloß des Scherengitters aufgeprengt, hiernach das Gitter zurückgeschoben und die Schaufensterscheibe eingeschlagen. Aus der Auslage des Schaufensters wurden Gold- und Silberwaren im Gesamtwerte von etwa 4325 RM gestohlen. 3 Tafelbleis, auf denen sich Uhren befunden haben, wurden im Hofe des Grundstücks Nordstraße 3 gefunden. Annehmbar sind sie von den Tätern von der Straße aus über das Hofstor in den Hofraum geworfen worden. Wer Beobachtungen gemacht hat, die zur Ermittlung der Täter und zur Wiederherbeschaffung des gestohlenen Gutes dienen können, wird gebeten, sie dem Kriminalamt mitzuteilen.

Warnung vor einem Darlehnsbetrüger. Der Kaufmann Gottfried Gurtner, 29 Jahre alt, schweizerischer Staatsangehöriger, ist hier als Darlehnsbetrüger aufgetreten. Er hat mehrere Handels-

KALODERMA GELEE

35, 60, 85 PF.

Wenn Ihre Haut einer zarten wohltuenden Creme bedarf



KALODERMA WEISS

50, 75 PF. MK.1.-

Wenn Sie das Bedürfnis nach einer milden fettfreien Creme haben



F. WOLFF & SOHN



Aus der Umgebung

Die Konsum- und Spargenossenschaft für Wurzen und Umgegend hielt am 4. März im Sport- und Gewerkschaftsheim Wurzen ihre ordentliche Vertreterversammlung ab. Der 1. Geschäftsführer, Genosse Heller, berichtete, daß die Genossenschaft im vergangenen Halbjahre wiederum Fortschritte zu verzeichnen hatte. Der Umsatz betrug 1 448 100 Mark gegen 1 125 825 Mark im Vorjahre; das ist eine Steigerung um 28 Prozent. Der Umsatz der Fleischerei erhöhte sich von 198 498,64 Mark auf 241 154,16 Mark. Der Sparkassenverkehr war ebenfalls sehr reger. Die Einlagen erhöhten sich seit Juli von 424 112 Mark auf 538 453 Mark. Die Inanspruchnahme der Versicherungsabteilung läßt sich noch zu wünschen übrig. An Grundstücken hat die Genossenschaft drei erworben, und zwar in Trebsen, Grimma und Bennewitz. Durch Verlegung der Büroräume nach der 2. Etage sind neue Räumlichkeiten für das Wurzener Kaufhaus geschaffen worden. Der Neubau in Könnitz war im Herbst fertiggestellt und der Umzug in die neuen Verteilungsstellenräume ist bereits Mitte November erfolgt. Auch der Bau der Zentrale, mit welchem im Herbst begonnen wurde, schreitet rüstig vorwärts. Der Rechnungsabluß bilanziert in Vermögen und Verpflichtungen mit 1 050 529,86 Mark. Der finanzielle Abschluß des Halbjahres ist befriedigend. Die Entwicklung der Genossenschaft ist eine gute. Weitere Aufgaben stehen auch der Genossenschaft noch bevor; daran mit zu helfen, ist Pflicht eines jeden Genossenschafters. Den Bericht von der gesetzlichen Revision, welche am 1. und 2. Dezember durch den Sekretär des Verbandes sächsischer Konsumvereine, Gen. Böhm, vorgenommen wurde, verlas Gen. Heller. Monitas irgendwelcher Art waren daraus nicht zu entnehmen. Es wird jedoch darin ausgesprochen, daß der Stand der Genossenschaft ein guter ist, und daß sich die Leitung derselben in guten Händen befindet.

Die Aussprache war eine sehr rege und den verschiedensten Wünschen und Anregungen soll nach Möglichkeit Rechnung getragen werden. Dem Ankauf der Grundstücke in Trebsen, Grimma und Bennewitz wurde einstimmig zugestimmt. Bei der Wahl der Aufsichtsratsmitglieder wurde von einigen auswärtigen Vertretern gemüßigt, daß auch Vertreter ihrer Verteilungsbezirke mit in den Aufsichtsrat gewählt werden möchten. Gewählt wurden hierauf Georg Franke, Brandis, Richard Kallioja und Heinrich Faber, Wurzen.

Nach vierstündiger Beratung wurde die Vertreterversammlung geschlossen.

u. Markranstädt. Stadtverordnetenversammlung. Nach einer Berechnung der Schulleistung unter Nachprüfung durch den Oberbürgermeister Bretschfeld müßte Markranstädt, wenn der Neubauschule Schulgeheimturm gleich geworden wäre, viele Tausende von Mark aufbringen, um den Schulorganismus neu aufzubauen. Es wurde von sozialdemokratischer Seite den Bürgerlichen, die bei der Abstimmung über den Protest gegen den Reichsschulgeheimturm für denselben stimmten, mit aller Deutlichkeit gesagt, daß sie von Schulischen Fragen recht wenig verstehen. — Für die Fernleitung der Straßenbeleuchtung werden zur Anschaffung von Fernlampen 3500 Mark bewilligt. Diese Ausgaben werden in ganz kurzer Zeit durch Ersparnis an Gas und Bedienung der Straßenlaternen erspart werden. Um das Gas-, Wasser- und Elektrizitätswertrentabler zu gestalten und weil sich die jetzigen Lager- und Geschäftsräume nicht eignen, beschloß man, ein Verwaltungsgebäude mit Wohnungen auf dem Gelände der alten Gasanstalt zu errichten. Die Kosten sind mit 68 000 Mark veranschlagt. 45 000 Mark sollen aus den laufenden Einnahmen dieser Werke aufgebracht werden. — Zwei Anträge der Kommunistischen Partei, die Geschäftsordnung dahin abzuändern, daß die Vorsteher nicht nach der Verhältniswahl, son-

der nach Mehrheitsverhältnis gewählt werden, wurden abgelehnt. — Die neue Besoldungsordnung für die Gemeindebeamten wurde nach den Beschlüssen des Personalausschusses und des Stadtrats mit der Maßnahme angenommen, daß die Gehälter schon jetzt nach der neuen Aufstellung unter Vorbehalt ausbezahlt werden. Bei dieser Beratung konnte man sehen, wie die bürgerlichen Vertreter um die Beamten dachten. Es war ihnen nicht angenehm, daß die Besoldungsordnung in der öffentlichen Sitzung beraten wurde. Die Besoldungsordnung der Stadt Markranstädt sieht folgende planmäßige Beamtenstellen vor: 1 Bürgermeister, Gruppe 6; nach sechsjähriger Dienstzeit Gruppe 5; 1 Stadtratsrat, Gruppe 7b; 2 Betriebsleiter, Gruppe 10; 3 Oberinspektoren, Gruppe 11a; 3 Inspektoren und 7 Obersekretäre, Gruppe 11c; 1 Werkstättenleiter, Gruppe 13; 3 Sekretäre und 6 Assistenten sowie 1 Gartenmeister, 1 Krankenhaushausverwalter, 1 Straßenmeister, Gruppe 14; 10 Polizeivollzugsbeamte, davon die Stelle des Leiters mit 800 Mark Stellenzulage, und drei Stellen als Dienstabteilungsleiter je 500 Mark Stellenzulage, Gruppe 15c; 1 Volkstretungsbeamten mit 400 Mark Stellenzulage, Gruppe 16; 1 Kanzleibeamten, 1 Wohlfahrtspflegerin, 1 Krankenschwester, Gruppe 17; 1 Botenmeister mit 300 Mark Stellenzulage, 1 Nachschicht, Gruppe 18. — Einem Austauschdarlehen mit der Gemeinde Burgstädt mit 8 Prozent Verzinsung und 2 Prozent Tilgung stimmt man zu. — Für die Herstellung der Fußwege in der Siedlung Neu-Markranstädt werden nach dem Vorschlage des Bauamtes 702 Mark bewilligt.

Ueber die öffentliche Anfrage, die neue Schiene in der Albertstraße betreffend, schwiegen man sich aus. Ist dort alles in Ordnung??

ds. Lieberitzwolkwitz. Aus dem Gemeindepalament. Für den vorzogenen Fraktionsgenossen Bohle weist der Bürgermeister den Gemeindevorordneten Heller in sein Amt ein. Gleichzeit tritt derselbe in die von seinem Vorgänger innegehabten Ausschüsse ein. Anknüpfend an die Besoldungsordnung in Reich und Staat machte sich auch für die Beamten und Angestellten der Gemeinden eine Neuordnung ihrer Bezüge notwendig. Eine hierauf bezugnehmende Vorlage ist seit Wochen Gegenstand von Ausschussverhandlungen, an denen auch die SPD teilgenommen hat, ohne politische Änderungsvorschläge zu machen. Allgemein überraste es deshalb, als diese heute zur Schlussberatung einen Antrag vorlegte, der erstens die vom Reich gegebenen Richtlinien völlig außer Acht ließ sowie auch in seiner Begründung äußerst mangelhaft und von weittragender Auswirkung auf die Gemeindeverhältnisse war. Für die sozialdemokratische Fraktion mußte maßgebend sein die gesetzlichen Vorschriften, außerdem waren vorangegangene eingehende Verhandlungen mit Vertretern der Beamtenvereine. Aus all diesen Gründen verließ der kommunistische Antrag der Ablehnung; angenommen wurde die vorgelegte Besoldungsordnung mit dem Zusatzantrag, daß die Beiträge zur Ruheentlastung der Angestellten und Arbeiter in Zukunft von der Gemeinde übernommen werden. Gleichzeitig wurde angenommen das dazugehörige Ortsgesetz mit einigen geringen Änderungen.

Für die mit dem Bau der Straßenbahn zusammenhängende Regulierung der Grimmaischen Straße wurde die Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 200 000 Mark beschlossen. Ein vorgelegter Bebauungsplan der Köpferstraße findet allseitige Zustimmung; der Plan soll im Rathaus am nächsten kommen. Einer Erweiterung des Rabenetzes im Siedlergelände stimmt man zu.

Brandis. Bericht über die 3. öffentliche Sitzung der Stadinerordneten. 1. Wird Kenntnis genommen a) von einer Einladung des sächsischen Siedlerverbandes zu Vorträgen über den Wohnungsbau am 11. März 1928. Es wird beschlossen, Herrn Bognitz, Rehm zu dieser Tagung abzuordnen b) von einem Gesuch der Sonntagsgewerkschule der Polytechnischen Gesellschaft in Leipzig um Gewährung einer Beihilfe. Es wird beschlossen, das Gesuch zu genehmigen. 2. Kommt ein Gesuch des Vorstandes der Siedlergesellschaft wegen Gewährung von Bauvorarbeiten zur Vorlage. 3. werden die Spar- und Tilgungssparrechnungen auf die Jahre 1925 und 1926 richtiggestellt. 4. Kommt ein Gesuch der Fabian-Drag-Gesellschaft in Leipzig wegen Erbauung eines weiteren Benzinanlasses vor dem Seifferschen Grundstück zur Vorlage. Es wird beschlossen, diese Angelegenheit dem technischen Ausschuss zu überweisen.

Generalversammlung der Arbeiterjungen

Am 12. Februar 1928 tagte im Chysium die Generalversammlung des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes, Gau Leipzig, von der wir am 5. März folgenden Bericht erhielten: Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die Delegierten von den Kinderchören Kierisch-Borna durch einige Lieder und Musikstücke begrüßt. Der Vorsitzende, Baahler, dankt im Namen der Versammlung und gebietet im Anschluß daran der Verstorbenen des Gaus, die durch Erheben von den Plätzen geehrt werden.

Der Vorsitzende, Baahler, gibt dann den Jahresbericht, der der Versammlung bereits gedruckt vorliegt, und betont besonders, daß das Verhältnis der gewerkschaftlich und politisch organisierten innerhalb unseres Gaus heute nicht mehr so gut ist als vor dem Kriege, als wir 100 Prozent gewerkschaftlich und 86 Prozent politisch organisierte in unseren Reihen hatten. Er richtet an alle Delegierten den Appell, dafür zu sorgen, daß wir den Vorkriegsstand recht bald wieder erreichen. Um das Sängereisen in weitesten Kreisen der Arbeiterschaft bekanntzumachen, hat der Zentralvorstand eine Pressedienststelle eingerichtet, von der aus alle deutschen Arbeiter-Tageszeitungen sowie die Gewerkschaftspressen mit Propagandaartikeln für das Sängereisen versorgt werden. Eingangs seines Berichtes begrüßte er die erschienenen Gäste, den Zentralvorstand, Julius Rayer, sowie die Vertreter der sächsischen Gawe Chemnitz, Dresden und Plauen. — Den Kassenbericht gab Sangesbruder Körner. Er verwies ebenfalls auf den gedruckt vorliegenden Kassenbericht. Danach betragen die Einnahmen 20 685,07 Mark, die Ausgaben 18 663,69 Mark, so daß ein Kassenbestand von 1999,88 Mark vorhanden ist, außerdem aber noch eine ungedeckte Druckschuld bei der Volkszeitung von Sängereisen her von nicht ganz 3000 Mark, die gedeckt sein könnte, wenn die Vereine von den Anteilseignern mehr Gebrauch gemacht hätten.

Der Schriftführer, Paul Windisch, führt wieder sehr bewegliche Klage über die mangelhafte Ausfüllung der Statistikbogen. — Die Revisoren haben die Rechnungen und Belege geprüft und in bester Ordnung befunden. Sie beantragen Entlastung des Kassierers, die dann auch einstimmig erfolgt.

Den Bericht über die Gaumittelungen erstattet Sangesbruder Körner, der auch sehr bewegliche Klage führt über zu geringe Mitarbeit der Dirigenten und Sänger sowie über die ungenaue Angabe des Zweckes der Zahlungen bei Sängereisen, so daß sich oft unnötige Rückfragen notwendig machen.

Für den Musikauschuss berichtet Herr Dirigent Schwabe. Es haben 12 Sängerkapellen teilgenommen, die sich hauptsächlich mit Hannover besaßen. Von einer Schaubühnenfeier habe man im Musikauschuss abgesehen, um alles für Hannover zu konzentrieren. Natürlich sei es auch, im Hinblick auf Hannover den Musikauschuss nicht neu zu wählen, sondern ihn so zu belassen, wie er jetzt ist, was dann auch geschieht.

Den Höhepunkt der Versammlung bildet der Vortrag des Gen. Nietner über: Was bedeutet uns Hannover? Der Vortrag wird in den nächsten Gaumittelungen erscheinen.

Die Aussprache über den Geschäftsbericht hielt sich in mäßigen Grenzen. Ernstliche Kritik wurde nicht geübt. Der bisherige Vorstand wurde per Akklamation wiedergewählt, ebenso die Revisoren und der Musikauschuss. Als Gaudirigenten fungieren für die Männerchöre Gen. Michaeli, für die Gemischten Chöre, da Gen. Dittmann abgelehnt hatte, Gen. Nietner, als Erlagmann Gen. Dieke.

Es standen 15 Anträge zur Behandlung, die teils angenommen, teils abgelehnt, teils dem Zentralvorstand überwiesen wurden. Von besonderer Bedeutung ist ein Antrag: „Die Generalversammlung beauftragt den Gauvorstand, sich mit der Leipziger Arbeiterpresse in Verbindung zu setzen zwecks Einführung einer alle 14 Tage erscheinenden Sängerbillette.“ Dieser Antrag wird nach langer Aussprache bei zum Teil kräftiger Kritik der Leipziger Volkszeitung und der sächsischen Arbeiter-Zeitung einstimmig angenommen. Sangesbruder Rayer vom Zentralvorstand führt noch aus, daß es ihm leider nicht möglich gewesen, am Anjange der Tagung zu begrüßen, er hofe dies hiermit nach und richtete an alle Delegierten den Appell, recht kräftig für Hannover zu werben. Nach einem kurzen Schlusswort des Sangesbruders Baahler erreicht die Generalversammlung nach Absingen des Liedes „Tord Folejon“ 11,45 Uhr ihr Ende.

Ämtliche Bekanntmachungen

Die Zulassungsbescheinigung für den Verionentrasswagen
111 - 14 307
Eigentümer: Emil Müller, Galtwitz, Leipzig-Schönefeld, Lazarusstr. 1, ausgestellt am 15. September 1925, sowie der Führerschein auf den gleichen Namen lautend, ausgestellt am 7. November 1925 vom Polizeipräsidium Leipzig, sind abhanden gekommen.
Zur Verhütung von Mißbrauch werden Zulassungsbescheinigung und Führerschein hierdurch für ungültig erklärt.
Leipzig, den 5. März 1928.
Kz III - 14 307. Das Polizeipräsidium.

Großjähr. Öffentl. Stadterordneten-Sitzung am Donnerstag, den 8. März 1928, abends 7/8 Uhr, im Sitzungszimmer des Rathes zu Großsch. Tagesordnung: 1. Einführung der Vizepräsidenten-Ordnung, 2. Bewilligung weiterer Kosten für die Freilegung der Burganlage.
Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Dr. Elsa Adler
Aerztin
Kaiser-Wilhelm-Straße 41, 1.
Sprechstunden 9-10 und 3-4 Uhr
Telephon 379 08
Praktiziert jetzt für alle Kassen

Sandestonkatorium der Musik zu Leipzig
Direktion: Professor Max Bauer.
88. Studienjahr, zur Zeit 750 Studierende.
Vollständige Ausbildung in der Musik als Kunst und Wissenschaft: Theorie der Musik und Komposition, häusliche Instrumentalischer Gesang, Dirigieren usw. Orchester, Chor- und Opernschule. Staatliche Bekämpfung. Im Laufe des Studienjahres finden 6 Orchester, 3 Chor-, 10 Solisten- (Solisten- u. Kammermusikanten) und ca. 40 Vortragsabend (Solisten- u. Kammermusikanten) statt. Sämtliche Aufführungen öffentlich.
Kirchenmusikalisches Institut der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Sachsens.
Direktion: Prof. Max Bauer und Prof. D. Dr. Karl Straube.
Ausbildung und Lehrtätigkeit als Kirchenmusiker (Kantoren und Organisten). Im Institutsgelände: 1 Konzertorgel und 6 Abtunsorgeln.
Aufnahmepflichtung für beide Institute am 12. u. 13. April, vorm. 1/9 Uhr.
Prospekte mit Anmeldeformularen kostenlos.
Seibitz C 1, Grassitzstraße 8. Tel. 232 28 und 215 04.

Gummiklose
LEIPZIG HAINSTR. 17-19
Baby-Ausstattungen
Badewannen
Wickelkommoden
Wagen
zum Wagen des Säuglings
auch hölzerne
Windelhosen

Konsumverein für Zwenkau
u. Umg. E. O. m. b. H.

Die Frauenwelt
Einladung zur ordentlichen Vertreter-Versammlung
am 19. März, nachm. 1/3 Uhr, in der Sommerluft in Zwenkau.
Tagesordnung:
1. Bericht über das erste Geschäftshalbjahr.
2. Wahl von 3 Aufsichtsratsmitgliedern.
3. Genossenschaftliche Erweiterungen und Erwerb eines Hausgrundstücks.
4. Anträge der Mitglieder.
Zwenkau, den 6. März 1928.
Der Aufsichtsrat
3. U.: Max Beyer, Vorsitzender

Die Frauenwelt
geheimt 14 tällich.
Jedes Wort schließt die diesseitige Wadenklausel
Geld in die Frau ein, lebensweites Geld enthält außerdem eine diesseitige, reich illustrierte, reichhaltige Sonderbeilage
Kinderland
Preis pro Post mit Schnittmutterbogen 40 Pfennige.
Alle Austräger und Altalen der Volkszeitung nehmen Bekämpfung entgegen
Leipziger Buchdruckerei A. G.
Taubertstr. 19/21
Abt. Buchhandlung

FAMILIEN-NACHRICHTEN

Montag, den 5. März, entschlief nach langem, mit vorbildlicher Geduld ertragenem Leiden meine liebe Frau, unsere gute, treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Schwester und Schwägerin
Anna Zschau
geb. Eilenberger
im noch nicht vollendeten 59. Lebensjahr.
Stahmeln, den 6. März 1928
In tiefstem Schmerz
Gustav Zschau und Kinder
Beerdigung findet Freitag, den 9. März, nachmittags 1/4 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Montag, nachmittags verschied nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden im 53. Lebensjahre mein innigstgeliebter Mann, unser herzenguter Papa, Sohn, Schwiegersonn, Bruder, Schwager und Onkel, der **Gemeindebote**
Herr Arno Oskar Fritzsche
Engelsdorf, den 6. März 1928.
In tiefer Trauer
Frau Ida Fritzsche
Hilde und Rudolf nebst allen Angehörigen.
Die Beerdigung findet Freitag, den 9. März, nachmittags 1/4 Uhr, auf dem Engelsdorfer Friedhof statt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Halmgange unserer lieben Entschlafenen
Frau Emma Dostmann
geb. Dietze
sagen wir allen Verwandten und Bekannten unsern besten Dank. Besonders Dank Herrn Theer.
Leipzig W. 52, 6. März 1928.
Paul Dostmann
nebst Hinterbliebenen.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten folgen wir für die uns anlässlich unserer
goldenen Hochzeit
dargebrachten Blumensträußen, Geschenken und herzlichen Blumen auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.
Leipzig-Thonberg
August Bauß u. Frau
Hilba geb. Sommerlatte

Nach kurzem, schwerem Krankenlager verschied im 50. Lebensjahre meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Frau
Irma Lerchegeb. Müller
Leipzig-Reinschöcher, Pantstr. 17
In tiefem Schmerz **Karl Lerche**
Kurt u. Paul Lerche als Söhne
nebst Hinterbliebenen
Die Einäscherung findet Sonnabend den 10. März nachmittags 1/2 Uhr, von der Kapelle des Sildfriedhofes aus statt

TEILZAHLUNG MOBEL
ZU BILLIGSTEN PREISEN
1/10 ANZAHLUNG
24 MONATSRATEN
Kerliche Küchen?
Moderne Schlafzimmern
Speise- u. Wohnzimmer
Einzel- u. Paarmöbel
Korpusmöbel-Kinderwagen
Teppiche u. Linoleum
Sämtlich ohne Anzahlung!
RITTER & CO.
REICHSTR. 8 I. u. II

Gau-Generalsversammlung des Reichsbanners

Am Sonntag, dem 4. März, fand im Volkshaus die Jahresversammlung des Reichsbanners, Gau Leipzig, statt. Fast alle Ortsvereine hatten die Versammlung gut besucht. Auch die drei sächsischen Gaue Dresden, Chemnitz und Zwickau hatten Vertreter entsandt. Der Gauvorsitzende, Kamerad Heinrich Lange, begrüßte die Delegierten und gab zur Einleitung einen Überblick über die Entwicklung des Reichsbanners in der Kreishauptmannschaft Leipzig, aus der die stetige Aufwärtsentwicklung der republikanischen Schutztruppe klar hervorging.

Über „Unsere Aufgaben in den bevorstehenden Wahlkämpfen“ sprachen Generalsekretär Kamerad Gebhardt, Magdeburg, und Kamerad Lautenbach, Leipzig.

Kamerad Gebhardt führte aus, daß in diesem Großkampfwahljahr, in dem Wahlen zum Reichstage und zu den verschiedenen Landtagen (Zuruf: Zum sächsischen hoffentlich auch!) stattfinden, das Reichsbanner die Aufgabe habe, den Parteien voranzugehen, den Weg freizumachen, aber dann, wenn die Parteien mit dem Wahlkampf einziehen, in den Hintergrund zu treten habe. Es habe die Freiheit der Wahlarbeit den republikanischen Parteien durch Saalfeld zu gewähren. In den Parteien aber haben die RB-Kameraden sich als die aktivsten Mitglieder zu zeigen. Sie müßten politisch und gewerkschaftlich sich organisieren. Er kam dann auf den Beschluß des Bundesvorstandes des RB zu sprechen, betr. die Nichtanerkennung der USP als republikanische Partei. Angegriffen sei die Form, der Stil des Rundschreibens. Darüber ließe sich aber nicht streiten. Er stellte fest, daß nach ganz eingehenden Aussprachen in mehreren Sitzungen des Bundesvorstandes, die endgültige Formulierung unter harter Mitwirkung der demokratischen Mitglieder des RB festgestellt worden sei. Das RB ist nicht dazu da, der größten republikanischen Partei Schwierigkeiten zu machen. Nach § 11 der Satzungen hätten bisher USP-Beretreter in alle Gau- und Ortsverbände aufgenommen werden müssen. Dieser Zwang sei aufgehoben, weil in der Führung der USP eine grundsätzliche Wandlung vorgegangen sei. Solange die USP eine Part der sächsischen SPD sein wollte, habe man sie anerkennen müssen. Jetzt sei aber eine neue Partei daraus entstanden, die sich faschistisch entwickelte. In der Gegenwart sei die Frage Monarchie oder Republik

in den Hintergrund getreten, jetzt gehe es um Volksherrschaft oder faschistische Diktatur. Das RB sei aber gerade deshalb gegründet worden, um den entstandenen Kampfverbänden der Rechtsparteien die Spitze bieten zu können. Nichts arbeite mit diesen Verbänden zusammen, stelle keine Zeitungen Widerstand und Volksstaat dem Oberland und ähnlichen Organisationen zur Verfügung und sei als Sprecher bei ihnen tätig; und andre Führer der USP mit ihm. Da könne das RB nicht mehr mitmachen. Die Verbindung Oberland-Wiking-Ehrhardt spreche zu deutlich. Es befänden sich in der USP aber noch gute Kameraden, an deren gesunden Menschenverstand das RB appelliere. Zum Funktionär und Führer im RB könne nur bestellt werden, wer das Vertrauen der Mitgliedschaften besitzt. Das sei entscheidend. Nicht das RB, sondern die USP habe die Forderung „Heraus aus dem RB“ aufgestellt; deshalb müsse sich jetzt jeder entscheiden.

Das Jahr 1928 sei das für die Zukunft der deutschen Republik entscheidende Jahr. Die Reichstagswahlen müßten einen überwältigenden Sieg der republikanischen Parteien bringen. Wir können nicht billigen, was Marx gemacht hat. Das Problem Zentrum umfasse politisch und wirtschaftlich alle Parteien. Im Zentrum seien vom Monarchisten bis zum Anarchisten alle Richtungen vertreten, nur das Bekenntnis zum Katholizismus verbinde sie. Alle Kräfte spielen sich auch im Zentrum ab; so gegenwärtig die Kräfte des Parlamentarismus. Für das RB gelte es zu denken an den Tag nach der Wahl, damit das Ergebnis der Wahl nicht durch Gewalt in sein Gegenteil verkehrt werde. Hindenburg habe nicht die Zurückhaltung Eberts bewahrt. Die Zusammenarbeit der USP mit den Faschisten, der Faschisten (Ehrhardt) mit den Kommunisten müsse das RB wachsam halten. Es habe noch einmal die entscheidende Rolle in der deutschen Republik zu ihrem Ruhm zu spielen. Deshalb muß das RB stark und schlagfertig gemacht werden. (Starker Beifall.)

Kamerad Lautenbach gab die technischen Anweisungen, wie das RB im Gau Leipzig die Vorbereitung der Wahlkämpfe und die Mitwirkung als Parteimitglieder in den republikanischen Parteien durchzuführen habe. Aktivierung aller Republikaner sei oberste Aufgabe. Das RB sei Mittel zum Zweck.

Aus der Aussprache sei hervorgehoben, daß Kamerad Freyherr Dr. v. Stolzenberg als Demokrat ausdrücklich erklärte,

er sei mit den Maßnahmen des Bundesvorstandes gegen die USP vollständig einverstanden. Die USP sei eine völlig überflüssige Erscheinung und müsse verschwinden. Kamerad Lipski betonte, daß zwischen RB und Partei keine Differenz im Wahlkampf stattfinden dürfe.

Im Schlußwort betont Kamerad Gebhardt, daß dort, wo die Parteien nicht recht nachwärts kommen, auf dem Lande, das RB an die Front müsse. Das Lichtbild sei weitgehend in den Dienst der Wahlarbeit zu stellen. Eine Arbeitsabgrenzung zwischen dem RB und den Parteien lasse sich finden.

Kamerad Stephan gab dann den Geschäfts- und Kassenbericht. Die finanzielle Lage des Gauces habe sich gebessert. Die Bundesversammlung sei zu 50 Proz. vom Gau Leipzig allein getragen worden. Die Revisoren beantragten Entlastung, die erteilt wurde.

Es folgte dann eine Erklärung zur Notiz des Volksstaats vom 25. Februar, in der gelagt wurde, der Gauvorstand habe beschlossen, sich gegen das Rundschreiben des Bundesvorstandes betr. USP zu wenden. Kamerad Lange stellt die völlige Unwahrheit dieser Notiz fest.

Bei der Neuwahl legte Kamerad Kronenberg die Vorschläge der vorbereitenden Sitzung vor. Kamerad Lange ist als 1. Vorstehender infolge Alters ausgeschieden. Der Dank für seine Arbeit wurde ihm von allen Seiten ausgesprochen. Als neuer Gauvorsitzender wurde Kamerad Pfeiffer, Leipzig, einstimmig gewählt. Auch der übrige Gauvorstand wurde einstimmig gewählt. Das Jahresprogramm und die Anträge wurden ohne Aussprache nach den Vorschlägen der vorbereitenden Sitzung erledigt.

Kamerad Gebhardt teilte noch mit, daß die Bundesgeneralversammlung und der Bundesjugendtag wegen der Reichstagswahl verschoben werden. Die Reichsbanner-Zeitung erscheint ab 1. April 1928 wöchentlich zum alten Preis von 10 Pfg. pro Exemplar. Dem erkrankten Bundesvorsitzenden Hörsting wurde ein Telegramm geschickt.

Die Tagung hat bewiesen, daß im RB die alten Ziele mit voller Energie vertreten werden, daß sich das RB nicht von seinem Weg abdrängen läßt, daß der Bundesvorstand volle Zustimmung zu seiner Haltung gegen die USP findet, daß das RB kampfbereit ist zum Schutze der Republik.

Stellenangebote

Für sofort werden gesucht:

Mehrere geübte Anreißer für Maschinenteile

Mit Wohnungsmeldeschein und Zeugnissen in der Zeit von 8 bis 15 Uhr zu melden beim

Arbeitsamt Leipzig
Fachabteilung für die Metallindustrie,
Trübindring 1, I.

Tüchtige Schmiede für Anhängewagenbau sucht
L. Huth, Leipzig W. 22,
Josephstr. 49.

Großstück- und Westen-Schneider
la Tarif suchen
Bamberger & Herz
Meldung: Goethestr. 1, II. Stock r.

Tüchtige Wildwarenzurichter
suchen
Schlehahn & Co., Li., Hellmuthstr. 11

Kräftiger Schlosser lehrling
für Dieren gesucht
A. Krabbe, S. 3,
Bornaische Str. 35

Frauen
werden einstellt bei
Otto Brecksch, L. Lindenau
Blautstraße 31.

Etui-Arbeiterinnen
n. Süddeutschland, Bad. Schwarzwald
zum Ausstaffieren von Beked-Etuis
gesucht. Dieselben müssen befähigt sein,
andere anzulernen. Für Unterkunft wird
georgt. Dierten unter 0, 3 an die
Adressen d. Bl., Elisenstraße 19, erbeten.

Fleißiges eheliches Mädchen
15-16 Jahre alt, per sofort
nur für das Weiblich gesucht.
Grahnitz, Albertstraße 31, Baden.

Verkäufe

Von Herrschaften
wenig getragene
Herr-Garderobe
billig zu verk. Willebe,
Borchstraße 12, v.
Ein- u. Verkaufsgesell.

Möbel
solange Vorrat,
noch alten niedrigen
Preisen.
Krause
Sumboldstr. 18

In den Konsumvereinen

der Leipziger Einkaufsvereinigung



Va. Deutsche Vollheringe
10 Stück nur 70 Pfg.



Wir bieten an:

GEG-Fischmarinaden

Fering in Gelee . . . 1/2-Liter-Dose . . .75	Sild nordwegische Art, in Ölbidel Dose . . .50
Fering in Gelee lose, ausgezwog. Pfd. . .50	Kronsfarbinen lose ausgezwog. Pfund . . .88
Dratheringe 1-Liter-Dose . . .90	Beräuch. Seelachs in Öl lose ausgezwog. Pfund 1.60
Rollmöpse 1-Liter-Dose 1.10	Sardellen Pfund 1.40
Delfarbinen GEG-Klub-Dosen Dose . . .60	
Delfarbinen Portions-Dosen . . . Dose . . .30	
Feringsmilch Pfund . . .20	

Feringssalat sehr delik. 1/2 Pfund . . .15

Konsumverein

Leipzig-Blagwitz und Umg., e. G. m. b. H.

Abgabe nur an Mitglieder
Aufnahmen
in allen Verteilungsstellen

Auf Kredit
nur allerneueste
Anzüge
Mäntel
Kleider
Wäsche
Möbel
Betten
und andere
Artikel
Wochenraten
von 1 Mk. an
reellste Bedienung
Goldwasser
Hainstr. 7, II

Achtung! Billige MÖBEL
in nur besten
Qualitäten
und größter
Auswahl
auf bequeme
Teilzahlung
Möbelhaus Poll
Eutritzscher Markt
(Gosenschenke)
Strab. 14, II. 21

Haben Sie Stoff?
Aus mitgebrachten Stoffen
erhalten Sie einen **modernen Anzug od Mantel**
nach genommenem Maß
für nur 29.-, mit allen
Zutaten angefertigt
Eigene Werkstätten!
Paul Meack, Leipzig
Elisabethstr. 55, pl.
gegenüb. Klein-Theater
Sonntags verschl.

Jetzt ist die beste Zeit
Ihr Fahrrad gründlich reparieren und
erneuern zu lassen. Alle Reparaturen,
Ersatzteile sowie neue Räder billig.
Rudolf Täschner, Philipp-Rosenthal-Str.
Gegenüber Friedenfels.

Haben Sie Stoff?
Vertigge Ihnen einen
modernen Anzug od
Mantel nach Maß
mit Zutaten von
29 Mark an
Rudolph. L. Woudnitz,
Frohmännstr. 15, p.

Verleih
von Gesellschafts-
anzügen
Baumgärte!
Schnitzplatz 9.

Strümpfe
werd. alle Lücken
billig angefrückt
Reparaturen
an Stricksack
Woll-Winkler
Nürnbergstr. 140, *

Vermietungen
Schlafstelle für Herrn
zu vermieten
Sollteistr. 10, parz.

Anerkannter Gefrierfleischwucher

H. F. Die Frage der Versorgung der Bevölkerung Deutschlands mit ausländischem Gefrierfleisch ist durch das 'Notprogramm' des Reichstags und durch die Art, wie der Landwirtschaft geholfen werden soll, äußerst aktuell geworden.

Wie die amtliche Untersuchung der behaupteten Mißstände ergab, haben sich in der Preisgestaltung unhaltbare Zustände herausgebildet. Der Preiswucher macht sich in unerhörter Weise breit.

Das liegt weniger am Kleinhandel, sondern hauptsächlich an den Methoden der Kontingentinhaber, das heißt dem Großhandel. Für die einzelnen Kontingente werden amtliche Berechtigungscheine ausgestellt, nach denen die entsprechende Menge zollfreien Fleisches vermittelt werden kann.

Mit diesen Scheinen wird ein schwunghafter Handel getrieben! Wir erleben hier denselben Unfug, der uns noch aus der Zeit der berüchtigten Getreidekontingente in Erinnerung ist.

Ein Beispiel, wie da mühelos Gewinn gemacht wird: Allein an eine Importfirma haben fünf Kontingentinhaber in den neun Monaten vom September 1926 bis zum Mai 1927 nicht weniger als 227 Tonnen ihres Kontingentes verkauft.

So wird also den armen Leuten ihr lärgliches Stück Gefrierfleisch von den Händen des Privatkapitals verteuert. Die Untersuchung dieser Zustände hat sich auch auf die Umkostungsfaktoren des Großhandels erstreckt.

Die Preispanne zwischen Groß- und Kleinhandel ist mit der Zeit infolge solcher Manipulationen immer größer geworden. Auffällig sind auch die Unterschiede der Kleinhandelspreise an den einzelnen Plätzen.

Einzelne Posten haben die Großhändler um 60 bis 130 Prozent zu hoch berechnet. Die Preispanne zwischen Groß- und Kleinhandel ist mit der Zeit infolge solcher Manipulationen immer größer geworden.

Durch die Konkurrenz der 'Produktion', die etwa ein Drittel der Gefrierfleischversorgung Hamburgs in den Händen hat, sind die Privathändler gezwungen, die Preise in gleicher Weise zu bemessen.

Die Auswirkungen der Gefrierfleischkontingentierung auf die Preisbildung des Gefrierfleisches. Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für Landwirtschaft.

Wie die amtliche Untersuchung der behaupteten Mißstände ergab, haben sich in der Preisgestaltung unhaltbare Zustände herausgebildet.

Der Preiswucher macht sich in unerhörter Weise breit. Das liegt weniger am Kleinhandel, sondern hauptsächlich an den Methoden der Kontingentinhaber.

Mit diesen Scheinen wird ein schwunghafter Handel getrieben! Wir erleben hier denselben Unfug, der uns noch aus der Zeit der berüchtigten Getreidekontingente in Erinnerung ist.

Ein Beispiel, wie da mühelos Gewinn gemacht wird: Allein an eine Importfirma haben fünf Kontingentinhaber in den neun Monaten vom September 1926 bis zum Mai 1927 nicht weniger als 227 Tonnen ihres Kontingentes verkauft.

So wird also den armen Leuten ihr lärgliches Stück Gefrierfleisch von den Händen des Privatkapitals verteuert. Die Untersuchung dieser Zustände hat sich auch auf die Umkostungsfaktoren des Großhandels erstreckt.

Die Preispanne zwischen Groß- und Kleinhandel ist mit der Zeit infolge solcher Manipulationen immer größer geworden. Auffällig sind auch die Unterschiede der Kleinhandelspreise an den einzelnen Plätzen.

Einzelne Posten haben die Großhändler um 60 bis 130 Prozent zu hoch berechnet. Die Preispanne zwischen Groß- und Kleinhandel ist mit der Zeit infolge solcher Manipulationen immer größer geworden.

Durch die Konkurrenz der 'Produktion', die etwa ein Drittel der Gefrierfleischversorgung Hamburgs in den Händen hat, sind die Privathändler gezwungen, die Preise in gleicher Weise zu bemessen.

Die Auswirkungen der Gefrierfleischkontingentierung auf die Preisbildung des Gefrierfleisches. Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für Landwirtschaft.

Die Vor schläge, die zur Beseitigung der Uebelstände gemacht werden, gehen leider nicht so weit. Daran näher einzugehen, würde hier zu weit führen. Unbedingt nötig erscheint völlige Ausschaltung parasitärer Unternehmungen von der Verteilung, scharfe Kontrolle auch des Großhandels, Verbot des Handels mit Kontingentscheinen, Festsetzung amtlicher Höchst- und Richtpreise.

Reparationszahlungen im Februar. Nach dem Bericht des Generalagenten sind im Monat Februar insgesamt 130,5 Millionen Mark an die Gläubigerländer entrichtet worden.

Rundfunkprogramm Leipzig. Donnerstag, den 8. März. 10,20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10,25 Uhr: Was die Zeitung bringt.

22 Uhr: Funtpranger. 22,05 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 22,30 Uhr: Funtstille.

Veranstaltungskalender

Mittwoch, 7. März 1928. Bauhilfs- und Tischbauarbeiter, Volkshaus, 10 Uhr. Metallarbeiter, Betriebsräte und Vertrauensleute Eismum, Eisenstraße, 10 Uhr.

Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte. Heute: Schlachtfest 600lfe Rinderroulade mit Kartoffeln 1,20 Kalbnerendbaten mit Salat 1,40 - Morgen: Sauerkraut mit Klößen 1,15 Ge- 600lfe Kalbsbrust mit Spinat 1,20

Leben und Sterben von Sacco und Vanzetti

Von Eugen Lyons. Deutsche Zeitungsrechte: Ernst Engel, Verlag, Berlin-Charlottenburg 9.

Fünftes Kapitel. Neuengland.

Die im Abstieg begriffene herrschende Klasse. Neuengland, wo Sacco und Vanzetti ihrer Arbeit nachgingen, war früher einmal das wirtschaftliche und kulturelle Zentrum des Landes gewesen.

Aber zu der Zeit, als die letzte große Einwandererwelle in das Land kam, in dem Jahrzehnt vor dem Kriege, war Neuengland bereits zu einer Art Hinterhof Amerikas herabgesunken.

Von dem alten Glanz blieb nur die leere Form übrig. Eine kleine herrschende Klasse lebte krampfhaft nach den Sagenen der Korrektheit inmitten verblähter Erinnerungen der Vergangenheit.

Der Streik begann als Protest gegen eine Lohnherabsetzung. Aber die Forderungen wurden schnell auf höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, bessere Arbeitsbedingungen und das Recht, sich zu organisieren, ausgedehnt.

waren weder geeignet, die streikenden Arbeiter aufzunehmen, noch waren sie daran interessiert. Die Führung des Streiks fiel in die Hände der Organisation der I.W.B. (Industriearbeiter der Welt).

Die Einwanderer begannen unruhig zu werden. In Lawrence brach plötzlich ein Streik aus. Etwa 30 000 Männer, Frauen und Kinder, die in den amerikanischen Wollwerken und anderen Unternehmungen beschäftigt waren, legten die Arbeit nieder.

Die Organisierung der Einwanderer. Die Einwanderer begannen unruhig zu werden. In Lawrence brach plötzlich ein Streik aus. Etwa 30 000 Männer, Frauen und Kinder, die in den amerikanischen Wollwerken und anderen Unternehmungen beschäftigt waren, legten die Arbeit nieder.

Die Organisierung der Einwanderer. Die Einwanderer begannen unruhig zu werden. In Lawrence brach plötzlich ein Streik aus. Etwa 30 000 Männer, Frauen und Kinder, die in den amerikanischen Wollwerken und anderen Unternehmungen beschäftigt waren, legten die Arbeit nieder.

Die Organisierung der Einwanderer. Die Einwanderer begannen unruhig zu werden. In Lawrence brach plötzlich ein Streik aus. Etwa 30 000 Männer, Frauen und Kinder, die in den amerikanischen Wollwerken und anderen Unternehmungen beschäftigt waren, legten die Arbeit nieder.

Die Organisierung der Einwanderer. Die Einwanderer begannen unruhig zu werden. In Lawrence brach plötzlich ein Streik aus. Etwa 30 000 Männer, Frauen und Kinder, die in den amerikanischen Wollwerken und anderen Unternehmungen beschäftigt waren, legten die Arbeit nieder.

Es war ein verzweifelter Kampf. Die Unternehmer hatten den Streik nicht erwartet und wurden jetzt hysterisch. Die in Dutzenden von Sprachen verbreiteten Lösungen der I.W.B. jagten ihnen Schrecken ein: 'Der Arbeiter hat ein Anrecht auf den vollen Ertrag seiner Arbeit'...

Es war ein verzweifelter Kampf. Die Unternehmer hatten den Streik nicht erwartet und wurden jetzt hysterisch. Die in Dutzenden von Sprachen verbreiteten Lösungen der I.W.B. jagten ihnen Schrecken ein: 'Der Arbeiter hat ein Anrecht auf den vollen Ertrag seiner Arbeit'...

Es war ein verzweifelter Kampf. Die Unternehmer hatten den Streik nicht erwartet und wurden jetzt hysterisch. Die in Dutzenden von Sprachen verbreiteten Lösungen der I.W.B. jagten ihnen Schrecken ein: 'Der Arbeiter hat ein Anrecht auf den vollen Ertrag seiner Arbeit'...

Es war ein verzweifelter Kampf. Die Unternehmer hatten den Streik nicht erwartet und wurden jetzt hysterisch. Die in Dutzenden von Sprachen verbreiteten Lösungen der I.W.B. jagten ihnen Schrecken ein: 'Der Arbeiter hat ein Anrecht auf den vollen Ertrag seiner Arbeit'...

Es war ein verzweifelter Kampf. Die Unternehmer hatten den Streik nicht erwartet und wurden jetzt hysterisch. Die in Dutzenden von Sprachen verbreiteten Lösungen der I.W.B. jagten ihnen Schrecken ein: 'Der Arbeiter hat ein Anrecht auf den vollen Ertrag seiner Arbeit'...

Es war ein verzweifelter Kampf. Die Unternehmer hatten den Streik nicht erwartet und wurden jetzt hysterisch. Die in Dutzenden von Sprachen verbreiteten Lösungen der I.W.B. jagten ihnen Schrecken ein: 'Der Arbeiter hat ein Anrecht auf den vollen Ertrag seiner Arbeit'...

Schweik beforgt Meßwein

Von Jaroslav Hasek.

J. Hasek hat bereits vor dem Krieg einen aus fünf Skizzen bestehenden Urschweik geschrieben und Schweik so in die Literatur eingeführt. Hier eine von ihnen.

Der apostolische Feldkurat Doktor Koloman Belepocaky, Bischof von Antiochia, ernannte Augustin Kleinschrodt zum Militärseelsorger in Trient. Zwischen einem gewöhnlichen Geistlichen, einem Jüdisch- und einem Militärgeistlichen besteht ein großer Unterschied. Bei letzterem verbindet sich Religiosität mit dem Soldatenberuf, zwei völlig verschiedene Kräfte sind hier vereint. Der Unterschied zwischen beiden Arten von Geistlichen ist so groß, wie der zwischen einem Dragonerleutnant, der in der Militärakademie erzogen wurde und dem Besitzer eines Hippodroms.

Der Militärgeistliche wird vom Staate bezahlt, er ist ein Militärbeamter in einer bestimmten Konklasse, hat das Recht einen Säbel zu tragen und das Recht sich zu duellieren. Der Zivilgeistliche erhält zwar die gleiche Entlohnung vom Staate, muß sich aber bemühen, auch von den Gläubigen etwas zu erhalten, um bequem leben zu können.

Ein Soldat muß einen gewöhnlichen Priester nicht grüßen, muß aber dem Militärpriester die gebührende Ehrenbeugung leisten, sonst wird er eingesperrt. Gott hat also zweierlei Vertreter auf Erden, einen in Zivil und einen beim Militär.

Der in Zivil muß für eine politische Agitation Sorge tragen, der beim Militär hört die Beichte der Soldaten an und speert sie ein, was Gott sicherlich schon damals im Auge hatte, als er diese läbliche Erde und später auch Augustin Kleinschrodt erschuf.

Als sich dieser ehrwürdige Herr durch die Gassen von Trient wälzte, sah er von weitem wie ein Komet aus, mit dem der ergrünte Gott diese unglückliche Stadt strafen wollte. Er war fürchterlich in seiner Würde und gewissen Gerüchten zufolge hatte er in Ungarn bereits drei Duelle bestanden, in denen er seinen Gegnern aus dem Offiziersstufen, die den Glauben nicht ernst genug nahmen, die Nasen abgehackt hatte.

Nachdem er die Ungläubigkeit in solchem Umfange verkleinert hatte, wurde er nach Trient versetzt, gerade zu der Zeit, als der brave Soldat Schweik den Garnisonsarrest verließ und zu seiner Kompagnie zurückkehrte, um die Verteidigung des Vaterlandes fortzuführen.

Der geistliche Vater der Garnison in Trient suchte zu dieser Zeit einen neuen Diener und wollte ihn persönlich unter der Mannschaft wählen.

Was Wunder, daß sein Blick, als er durch die Zimmer schritt, auf das gutmütige Gesicht des braven Soldaten Schweik fiel, daß er ihm auf die Schulter klopfte und sagte: „Du gehst mit mir!“ Der brave Soldat Schweik begann sich zu entschuldigen, er habe nichts angeht, aber der Korporal verjagte ihm einen Stoß und führte ihn in die Kaserne.

In der Kaserne äußerte sich der Unteroffizier nach langen Entschuldigungen dem Militärgeistlichen gegenüber dahin, daß Schweik „ein Mistvieh“ sei, aber Hochwürden Kleinschrodt unterdrückte ihn: „Ein Mistvieh kann doch ein gutes Herz haben“, was der brave Soldat Schweik mit einem Kopfnicken bestätigte. Sein lächelndes Gesicht mit den aufrechten Augen schaute rundlich aus einem Winkel und der militärische Seelenhändler beim Anblick dieses gutmütigen Kopfes nicht einmal das Strafregister des braven Soldaten Schweik sehen.

Von diesem Augenblick an begann für Schweik ein Leben voller Freude. Er trank heimlich den Meßwein und puchte seinem Vorgesetzten so gut das Pferd, daß ihn der würdige Priester Kleinschrodt einmal deshalb lobte. „Welche gehorsam!“ ließ sich der brave Soldat Schweik vernehmen, „daß ich alles mögliche mach, damit es so schön ist wie Sie.“

Dann kamen die großen Tage des Militärlogers bei Castello Nuovo, wo eine Feldmesse abgehalten werden sollte.

Augustin Kleinschrodt verwendete zu geistlichen Zwecken nur niederösterreichischen Meßwein aus Böhmen. Italienischen Wein konnte er nicht einmal riechen, und so geschah es, als der Vorrat ausging, daß er den braven Soldaten Schweik zu sich rief und ihm sagte: „Morgen früh gehst du in die Stadt und holst niederösterreichischen Wein aus Böhmen. In der Kaserne bekommst du Geld, bring ein Acht-Eiter-Fäßchen mit. Sofort zurückkommst! Merk dir also: Aus Böhmen in Niederösterreich. Abtreten!“

Schweik erhielt am folgenden Tage 20 Kronen. Und damit ihm bei der Rückkehr die Wache nicht den Eintritt ins Lager verweigere, wurde ihm ein Passierschein ausgestellt: „Dienstlich um Wein.“

Der brave Soldat Schweik machte sich also auf, wiederholte sich während des ganzen Weges durch die Stadt gewissenhaft „Böhmen, Niederösterreich“, meldete dasselbe auch auf der Station, und dreiwertel Stunden später fuhr er zufrieden mit dem Zug nach Niederösterreich.

An jenem Tage führte den würdigen Verlauf der Feldmesse nur der herbe italienische Wein in der Kanne.

Gegen Abend gewann Augustin Kleinschrodt die Ueberzeugung, daß der brave Soldat Schweik ein Falott sei, der seiner militärischen Pflichten vergessen hatte.

Das Geschimpfe Augustin Kleinschrodts war im ganzen Lager zu hören, drang bis zu den Bergarbeitern hinauf und senkte sich zum Tafe Adige bei Meran hinab, durch das vor einigen Stunden mit zufriedener und glückseliger Lächeln, im Bewußtsein, seine Pflichten ordentlich erfüllt zu haben, der brave Soldat Schweik gefahren war.

Er fuhr durch das Tal, durchsteite Tunnels, und auf jeder Station fragte er trocken: „Böhmen, Niederösterreich?“

Endlich erblickte das gutmütige Gesicht des braven Soldaten Schweik der Bahnhof in Böhmen, und der brave Soldat Schweik zeigte irgendeinem Mann in einer Amtsmütze seinen Passierschein: „Dienstlich um Wein.“

„Ammutig lächelnd fragte er, wo hier die Kaserne sei.“

Der Mann in der Mütze fragte ihn nach der Marschroute. Der brave Soldat Schweik erklärte, er wisse nicht, was eine Marschroute sei.

Dann kamen noch zwei Männer mit Mützen und erklärten Schweik, daß sich die nächste Kaserne in Korneuburg befände.

Der brave Soldat Schweik kaufte sich also eine Fahrkarte nach Korneuburg und fuhr weiter.

In Korneuburg lag ein Eisenbahnregiment, und in der Kaserne wunderte man sich sehr, als der brave Soldat Schweik in der Nacht im Kojenort austauchte und der Wache seinen Passierschein zeigte: „Dienstlich um Wein.“

„Lassen wies bis früh“, sagte die Wache, „der Herr Inspektions-offizier ist gerade eingeduldet.“

Der brave Soldat Schweik legte sich auf ein Kapsel, mit dem glücklichen Bewußtsein, daß er für den Staat tue, was in seiner Macht steht, und schlief zutriebe ein.

Am Morgen führte man ihn in die Magazinskanzlei. Dort zeigte er dem Rechnungsoberoffizier seinen Passierschein: „Dienstlich um Wein“, mit der Stammpflicht: „Feldlager-Castel-Numero-Regt. 102. Bat. 3.“ und der Unterschrift des Tagesoffiziers.

Der erkantnte Unteroffizier führte ihn in die Regimentskanzlei, wo er vom Oberst einem Bericht unterworfen wurde. „Welche gehorsam!“ sagte der brave Soldat Schweik, „ich bin auf Befehl des hochwürdigsten Kuraten Augustin Kleinschrodt aus

Trient gekommen. Ich soll ein Acht-Eiter-Fäßchen Meßwein aus Böhmen mitbringen.“

Eine große Beratung gab an. Schweiks gutmütiges, einfühlendes Gesicht, sein aufrichtiges militärisches Betragen und sein Passierschein: „Dienstlich um Wein“ mit der beglaubigten Stammpflicht und Unterschrift, das alles erweckte den denkbar besten Eindruck und machte die ganze Angelegenheit noch komplizierter.

Eine große Debatte fand statt und man äußerte die Ansicht, daß der hochwürdige Kurat Augustin Kleinschrodt offenbar verrückt geworden sei und nichts anderes übrig bleibe, den braven Soldat Schweik mit einer Marschroute zurückzuschicken.

Der Unteroffizier fertigte also für Schweik eine Marschroute aus. Er war ein braver Mensch und es lag ihm nichts an ein paar Kilometern. Er stellte die Fahrt folgendermaßen fest: Wien, Graz, Kram, Trieste, Trient. Die Dauer der Reise berechnete er auf zwei Tage. In die Tasche steckte man Schweik 1 Krone 60 Heller, der Unteroffizier kaufte ihm eine Fahrkarte und der Koch legte ihm aus Mitleid drei Laib Kommissbrot in die Arme.

Inzwischen ging Feldkurat Augustin Kleinschrodt im Lager bei Castel-Numero herum, knirschte mit den Zähnen und sagte nichts als: „Fangen, binden, erschlehen!“ Den braven Soldaten Schweik führte man als Deserteur in Evidenz, und wie groß war die Ueberraschung, als in der Nacht des vierten Tages der brave Soldat Schweik beim Eingang ins Lager austauchte und der Wache lächelnd seine Marschroute aus Korneuburg und seinen Passierschein aus dem Lager reichte: „Dienstlich um Wein.“

Man ergriß ihn auf der Stelle, legte ihm zu seiner Verwunderung Handschellen an und führte ihn in die Parade, wo man ihn einsperrte.

Am Morgen brachte man ihn in die Kaserne. Gleichzeitig langte eine Zufahrt des Eisenbahnregimentes in Korneuburg ein, in der an den Oberst die Anfrage gerichtet wurde, warum der Kurat Augustin Kleinschrodt den Soldaten Schweik nach Korneuburg geschickt habe, um Böhmer Meßwein zu holen.

Nach der Einnahme Schweiks, der mit einem glücklichen Lächeln aufrichtig den ganzen Hergang erzählte, wurde eine große Beratung abgehalten und der hochwürdige Kurat Augustin Kleinschrodt besuchte den braven Soldaten Schweik im Arrest.

„Du wirst am besten tun, du Rindvieh, wenn du dich subvertieren lassen wirst, damit wir vor dir Ruhe haben.“

Und da sagte der brave Soldat Schweik, indem er den Feldkurat aufrichtig anblickte: „Welche gehorsam, daß ich Seiner Majestät bis zum letzten Atemzug dienen werde!“ Autorisierte Uebersetzung aus dem Tschechischen v. Grete Reiner.

Entweder Lenin oder Tolstoi

Die Zertrümmerung einer Legende.

Eine immer wieder aufgeklickte Legende besagt, daß die geistigen Triebfedern des Bolschewismus gewissen Tolstojischen Doktrinen entsprossen seien. Nun brachte die Moskauer Zeitschrift „Djonjal“ (Nr. 4) einen fast sensationell wirkenden Aufsatz über das Verhältnis des russischen Kommunismus zu Tolstoi. Diese grundsätzlichen Darlegungen muten angesichts der mit größtem Pomp von der Sowjetregierung geplanten Tolstoi-Jahresausstellung wie ein Präsidium im Stile einer Kassenmüllart. Der Verfasser M. Olminski, Mitglied der kommunistischen Partei Russlands, warnt darin seine Parteigenossen aufs dringlichste vor kritikloser Begeisterung für das Werk Tolstois und schließt mit den Worten: „Aber es gibt noch Leute, die sich eine sehr vorsichtige Stellung Tolstoi gegenüber fürs ganze Leben bewahrt haben, wie etwa die Genossen Krupstja und Genosse Lunatscharski.“

Bald darauf rügte der sonst keineswegs übermäßig radikale Theaterkritiker B. Marlow in der parteiamtlichen Prawda (Nr. 24) in nicht mißverständlicher Weise die Einflüsse Tolstojischer Ideen auf den Geist gewisser Moskauer Bühnen.

Nunmehr veröffentlicht Olminski in der Prawda (Nr. 26) einen neuen Beitrag zum Thema: Tolstoi und der Bolschewismus. Olminski erinnert daran, daß Lenin in einem Aufsatz (Band XI der russischen Gesamtausgabe, S. 115) durchaus ironisch die seinerzeit von den offiziellen und bürgerlichen Blättern Russlands über den Tod Tolstois vergossenen Tränen belächelt und gewichtige Vorbehalte gegen die Tolstojische Weltanschauung geltend macht.

„Die Lehre Tolstois“ — erklärt Lenin in einer zweiten im Januar 1911 in der „Swesda“ erschienenen Abhandlung („Tolstoi und seine Zeit“, Band XI der Gesamtausgabe, S. 171—175) — „ist zweifellos utopisch und ihrem Inhalt nach reaktionär im eigentlichen und tiefsten Sinne dieses Wortes. Hieraus folgt allerdings nicht, daß seine Lehre nie und nimmer sozialistisch sei oder daß sie überhaupt keinerlei Elemente der Kritik enthalte, die wertvolles Material zur Aufklärung der oberen Klassen bieten. Es gibt verschiedene Arten von Sozialismus... Darunter eine Art von „feudalen Sozialismus“, dessen Wesen, gleich den andern Arten, schon vor 60 Jahren von Marx gekennzeichnet worden ist... Jene Elemente der Kritik finden sich in der Tolstojischen Utopie genau so, wie in diesen andern utopischen Systemen. Doch man vergesse nicht den tiefen Anspruch des Karl Marx, daß die Bedeutung des kritischen Elements im utopischen Sozialismus im umgekehrten Verhältnis zur historischen Entwicklung stehe. Je weiter und klarer sich die Wirklichkeit jener gesellschaftlichen Kräfte entwickelt, die das neue Russland aufbauen und Befreiung von den gegenwärtigen sozialen Leiden bringen, desto schneller verliert der kritisch-utopistische Sozialismus jeden praktischen Sinn und jede theoretische Rechtfertigung. Vor 25 Jahren etwa vermochte das kritische Element der Tolstojischen Lehre, trotz ihres reaktionären und utopischen Charakters, zumeilen in der Praxis für einige Gesellschaftsklassen nützlich und heilsam zu sein... Doch seit den 80er Jahren bis gegen Ende des vorigen Jahrhunderts hatte die historische Entwicklung bereits einen mächtigen Schritt vorwärts getan. Heute, nachdem eine Reihe von Ereignissen mit unserer „orientalischen“ Unbeweglichkeit aufserdem hat, heute, wo die bewußt und gewinnbringend reaktionären Ideen einer in ihrem eigenen Klasseninteresse zu Zugeständnissen bereiten, liberalisierenden Bürgerschicht unachtere Verbreitung erlangt, sogar einen Teil der Pseudomarxistischen angeht und eine Liquidationsströmung erzeugt haben — heute stiftet jeder Versuch einer Idealisierung der Tolstojischen Lehre, der Demut Tolstois, seines Appells an den Geist, an die moralische Selbstvervollkommnung, an das Gewissen und an die allgemeine Liebe, heute stiftet jede beschönigende Rechtfertigung seines Idealismus und Quietismus den unmittelbarsten und tiefsten Schaden.“

Zu dieser weitschauenden Tolstoj-Interpretation Lenins vom Jahre 1911 bemerkt Olminski, daß Tolstoi nicht nur in seinen publizistischen Schriften als langjähriger Mitarbeiter des aggressiv-reaktionären „Kugli Weltnik“, sondern auch in seinen Kunstschöpfungen, hier in geschickt masterter Form, der Reaktion abgedient habe. Doch seit im Jahre 1928 müsse man allen, die den Künstler Tolstoi noch wie vor schwärmerisch verehrten, zum mindesten den B-w-is stehen, daß Tolstoi, der Denker und Schreiber, im heutigen Russland keinen Schaden mehr anrichten vermöge. Zum Schluß empfiehlt Olminski allen Schreibern und Rednern von der Partei nicht einzelne Zitate aus den Schriften Lenins ohne Zusammenhang herauszuraffen, sondern diese Schriften von Anfang bis zu Ende aufmerksam durchzulesen — dann wäre auch der Versuch einer Ideenverbindung zwischen Leninismus und Tolstojischer Morallehre nicht möglich gewesen.

Kleine Chronik

Leipziger Konzerte.

Arnold Mah und Hans Gulden (Mitglieder des Genzel-Quartetts) brachten in ihrem Sonaten-Abend-Erstaufführungen der modernen Komponisten Bartók, Mah, Jirák. — Bartók beweist in seiner Sonate für Klavier allein, daß er seiner Kunstschöpfung treu geblieben ist. Das Werk besteht aus kurzen Bildern, die zwar wirkungsvoll sind, doch sich den Zuhörern nicht stark einprägen. Von den drei Sätzen könnte man den letzten — Allegro molto — wegen seiner Satire als den besten bezeichnen. Hans Gulden spielt die Sonate mit spitzigen Anschlag und kraftvoll wie es so ein Werk verlangt. Dazu kommt noch sein hohes Können als impressionistischer Künstler. Die Kammermusik Nr. 3 für Viola und Klavier von Arnold Mah zeigt einen schlechten Hindemith-Nachahmer. Die sechs Sätze sind ein zerstücktes Improvisieren, bei dem man schwerlich Bilder herausfinden kann. Das Beste des Abends war Jiráks Sonate für Viola und Klavier. Der Komponist hat einen klaren Aufbau und verzieht in die eigentlich banalen Themen durch abwechselnden Rhythmus neues Leben zu bringen. Die Künstler Arnold Mah (Viola) und Hans Gulden (Klavier) brachten die zwei Werte temperamentvoll heraus.

Als Verdi im Jahre 1874 in St. Marco zu Venedig sein „Requiem“ zum ersten Male auführte (es war ein 100 Mann starkes Orchester und ein Chor von 120 Personen), wurde das Werk sehr wohl angenommen. Es war damals der katholischen Kirche viel zu dramatisch und weltlich im Stil. Die Aufführung am Sonntag in der Thomaskirche durch den Kiedelverein unter Max Ludwig war gut. Ludwig nahm das Werk sehr inniglich, die Doppel-Fuge für die zwei Chöre sowie die Schluss-Fuge könnten zwar in der Durchführung noch klarer sein, doch die dramatischen Steigerungen in den Chören waren sehr wirkungsvoll. Das Solisten-Quartett war diesmal in der Zulammenstellung glücklicherweise gewählt. Ilse Hellwig-Rosenthal und Ely Hartwig-Correns sangen ihre Partien tiefempunden und gut abgedönt. In Erich Jügel lernten wir einen Künstler mit guten Qualitäten kennen, dessen durchgebildete Stimme sich für den Dratorienstil besonders eignet. Er bewährte sich in den Soli, Quartetten und Terzetten als musikalischer Sänger mit vorzüglichem Vortrag. Alfred Kake brachte aus seiner Partie manche Schönheit heraus.

Der deutsche Entdecker des Insulins gestorben. Mit kaum 48 Jahren ist in Mannheim der Genosse Dr. Ernst Joseph Zeller gestorben. Zeller war seit 1910 Leiter des Chemisch-Physiologischen Laboratoriums der städtischen Krankenanstalten in Mannheim. Seine Tätigkeit widmete er seit 1903 vornehmlich der Erforschung der Stoffwechselfvorgänge bei Sauerstoffmangel, und schon 1914 hatte sie ihn zur Entdeckung jenes Stoffes in der Bauchspeicheldrüse geführt, der späterhin im Arzneischatz als Insulin so großes Aufsehen erregte. Den Eingeweihten der hochhydratischen Stoffwechselforschung gilt Zeller, wie die Frankfurter Zeitung schreibt, als der eigentliche Entdecker dieses Diabeteshormons. Wenn er damals nicht damit heroostrat, so geschah dies nur, weil er es nicht verantworten zu können glaubte, ein Resultat der Öffentlichkeit zu übergeben, ehe die Wirkungsweise des Mittels nach jeder Richtung hin festgestellt. Der Krieg, an dem er als Freiwilliger teilnahm, unterbrach seine Arbeit, und die kanadischen Forscher kamen ihm mit dem Insulin zuvor. Sie haben aber später auf dem Internationalen Physiologenkongress in Göttingen seine Pionierarbeit als solche in vollem Umfange anerkannt. Nach dem Kapp-Putsch wurde Zeller (ein einziger Zionist) Mitglied der SPD, und war in Wort und Schrift für die Partei tätig.

Lenins Gehirn. Wie die Iswestija meldet, wird unter Leitung des Berliner Professors Bogt in einem Geheimlaboratorium in Moskau das Gehirn Lenins mikroskopisch untersucht. Es wurden zu diesem Zweck bisher nicht weniger als 31000 mikroskopische Schnitte von je 20 Mikron Länge gemacht, die in verschiedenen Färbungen unter die Lupe genommen wurden.

Holland bleibt der „Freie“ fern. Die Vereinigung „Die Niederländische Tagespresse“ hat beschloffen, sich nicht an der Internationalen Presse-Ausstellung in Köln zu beteiligen. Die seit Monaten über eine Teilnahme geführten Verhandlungen sind an den hohen finanziellen Anforderungen der Ausstellungsgesellschaft gescheitert.

Varieté Vattenberg. Auf Meißner und andere Freunde untadeliger Frauenkörper wird wahrscheinlich das Ballet der Celli de Rheidi die meiste Anziehung ausüben, obwohl es hier nicht nur um den nackten Körper, sondern auch um eine beträchtliche Tanzkunst geht. Aber diese Tanzdramatisten, die zwischen Frühlingstraum und Herzerfalter, zwischen Ave Maria und Opiumrausch alle Gesichtsausdrücke ablesen, haben den Hautgout des Verwerfens an sich. Bewungen und hingerissen ist man nur von dem Ballet nach Schuberts Moment musical, einer männlichen Erhabenheit körperlicher Rhythmen. Was es in dem reichen Programm sonst noch gibt an Zaubern-romantischen Arabesken, Musikvirtuosen, Kraft- und Geschicklichkeitsakten, wird übertrag von zwei sehr lustigen Nummern, dem köstlichen Komiker Artur Altman mit einer Lohengrinparodie und der Imitierung einer Konzertsängerin, wobei man vor Lachen unter den Tisch rutschen könnte, und der Margarete Howe, die ein halbes Duzend Löwinnen des Varietés parodiert. Eine Neuere verschiedener nationaler Brettlgötter, von diesem Schalksweib mit ein paar Schleifen, einigen Flügelakorden, wenigen mimischen Fragen und sehr viel Witz vor die entzückten Zuschauer hingeführt. Sie behauptet nicht zuviel, wenn sie meckert: Du lästst dich kaputt.

Varieté Drei Linden. Eine der wenigen Vergnügungstätten, wo sich der Leipziger während der Welle nicht nur geduldet fühlt. Keine knalligen Extravaganzen dem Meßpfeil zuliebe, sondern gediegen im ganzen, einzeln jede Nummer von anständigem Niveau. Mit Walter Foxens lustiger Filmwoche lädt man sich hinein, mit einem ulkigen Hirschweigerakt wird man lachend entlassen. Dazwischen gibt es einen vollen Strauß netter Varietésoböllen. Eine kleine, mit Degen gespielte Kugel rollt eine Spirale hinauf und offenbart nach diesem und anderen Merkwürdigkeiten ihren Inhalt: Die große Dame Henriette. Ein Gorilla und ein Mensch riskieren den Hals auf dem Drahtseil, und schließlich entpuppen sie sich als Gebrüder. Die acht Brillen werden vom Varieté aus durch die Luft, ein Chaos, größer als bei Heusche, und doch geht es ohne Verletzungsakziden. Das Rollschuhläuferpaar Blank fährt so sicher, daß es sich hochkomische Verzerrungen seiner Kunst leisten darf. Viktor, der scheinbar direkt vom Riech kommende Apache, schmachtet sich mit süßen Geigennoten in die Herzen der Zweitausenden. Das Prunkballett Saffano und die Sisters Eden tanzen sich mit hübschem Gebein in unsere Augen, die ersten rhythmisch exakt, stillergleichheit, die letzteren mit zauberhaft bunten Lichtreflexionen. Die Weers, ein komischer Reittakt mit Hund und Pferd, entwickeln ein furores Zohuwahahn, wobei die schwarzweiße Föhne buchstäblich auf den Hund kommt. Und Eugen Loos, der lafe Humoresk, und Daniel und Audek, zwei Parodisten, erzeugen viel Heiterkeit. Di beiden letzten haben sogar den Ruf, Clown und August zu sein. Und da entdeckt man, daß so etwas doch noch Spaß macht als der hofraute Komiker, der ernst genommen sein will.

Ada.